

# UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

170 · Dezember 2004

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	1059
Konkrete Utopie	
Godwin zum Nachdenken	1061
PDS 1989 bis 2004	
DETLEF NAKATH, GERD-RÜDIGER STEPHAN Vor 15 Jahren: Bruch mit dem »Stalinismus als System« Kollektiver Rücktritt der SED-Führung – Zeitweiliger Arbeitsausschuss – Sonderparteitag	1063
MARIO KESSLER Aufstieg und Fall des Staatssozialismus. Helmut Bocks Dokumentation	1072
ANDRÉ BRIE Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004	1079
GESINE LÖTZSCH Zukunft konkreter Politik	1088
CHRISTINE OSTROWSKI PDS und Bürgernähe	1096
CLAUDIA GOHDE Den Tiger reiten. Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS	1106
MICHAEL SCHUMANN Gegen Rechtsextremismus. Eine Parlamentsrede	1114
WILLIBALD JACOB Neoliberale Lebensweise und christlicher Glaube sind unvereinbar. Ein Wort zu Bischof Dr. Wolfgang Huber	1119

## Medien & Gesellschaft

- DORIS KATHEDER  
Sexy Konkurrenz. Die Versprechen der Warenwerbung  
in Mädchenzeitschriften 1125

## Standorte

- JOACHIM HIRSCH  
Kommentar zum VorSatz 168 1133

## Festplatte

- WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 1136

## Bücher & Zeitschriften

- Franz Oswald:  
The Party That Came Out of the Cold War.  
The Party of Democratic Socialism in United Germany  
(Die Partei, die aus dem Kalten Kriege kam.  
Die PDS im vereinigten Deutschland)
- Jürgen P. Lang:  
Ist die PDS eine demokratische Partei?  
Eine extremismus-theoretische Untersuchung  
(WOLFRAM ADOLPHI) 1138
- Eske Bockelmann:  
Im Takt des Geldes. Zur Genese modernen Denkens  
(THOMAS TETZNER) 1141
- Bernd Hüttner:  
Archive von unten. Bibliotheken und Archive  
der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände  
(ECKART SCHÖRLE) 1142
- Martin Held, Gisela Kubon-Gilke, Richard Sturm (Hg.):  
Normative und institutionelle Grundfragen  
der Ökonomik, Jahrbuch 1  
(ULRICH BUSCH) 1144
- Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht.  
Die Militarisierung der Europäischen Union  
(STEFAN BOLLINGER) 1145
- Alexander Jakowlew:  
Die Abgründe meines Jahrhunderts.  
Eine Autobiographie  
(ROLF SEMMELMANN) 1147
- Summaries 1150
- An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 1152

# VorSatz

*Sommer 1989: Nachdem wir uns auf dem Czernowitzer Polizeirevier in der ortsüblichen Bestechung geübt und gegen einige Stücke Seife eine räumlich erweiterte Aufenthaltsgenehmigung eingetauscht hatten, fuhr uns ein Freund in die Karpatoukraine – in sein Heimatdorf. Alle Grundstücke waren von drei Meter hohen, aus allen möglichen Abfallhölzern zusammengesetzten Mauern uneinsehbar umgeben. Das Haus selbst, das wir besuchten, war kein Haus; es bestand aus zusammengenagelten Teilen anderer Häuser, Stück um Stück erweitert. Nach einigem Wodka, der an diesem Ort sonst kein Gastrecht zu genießen schien, begann der Vater zu reden. Darüber, wie im November 1952 eine NKWD-Einheit das Dorf umstellt, alle Einwohner auf LKW verladen und die Holzhäuser mit Stahlseilen, die an Traktoren hingen, eingeebnet habe. Ein »Informant« hatte von einer Anhöhe beobachtet, wie auf einem Hof ein Schwein geschlachtet worden war. In die kasachische Steppe verschleppt, seien die meisten Dorfeinwohner, absichtsvoll dem Winter schutzlos ausgesetzt, gestorben. Nur die Jungen, darunter er, der als Rotarmist 1945 bis Berlin gekommen war, und seine Frau hatten überlebt.*

*Als sie die Nachricht von Stalins Tod erreichte, nutzten sie die allgemeine Verunsicherung und wanderten Tausende Kilometer zurück, die Frau unseren Freund unter dem Herzen – der an diesem Abend zum ersten Male diese Geschichte hörte. Dreieinhalb Jahrzehnte hatte über dem Dorf und über den Familien das Blei des Schweigens gelegen. Denn dem Regime war es nicht nur gelungen, in der Gesellschaft jeden öffentlichen Raum zu zerstören, sondern es hatte selbst die Substanz menschlicher Existenz – die Privatheit, das Urvertrauen von Mensch zu Mensch, das den Menschen erst zum Menschen macht – stillzulegen verstanden. Auf unserer Reise durch die Bukowina und durch Galizien erlebten wir damals immer wieder, wie die Perestrojka das Menschsein zurückgab; in den Fernzügen mit ihren offenen Abteilen hörten wir als stumme Zuhörer die ergreifendsten Geschichten und erlebten, wie sich wildfremde Leute weinend in den Armen lagen – im Glauben, sich endlich wie Menschen benehmen zu dürfen, ohne dafür bedroht zu werden.*

*Der, der diesem Herrschaftstypus den Namen geliehen hatte, wurde offiziell vor 125 Jahren geboren: am 21. Dezember 1879. Unter den Revolutionsführern war er der geringste, der am wenigsten gereiste und der am meisten belächelte – damit der unsicherste.*

*Die 1918 von Westeuropa alleingelassenen russischen Revolutionäre hatten bald nach ihrer Revolution für die Erhaltung ihrer Macht keinen anderen Weg gesehen, als sich von der proletarischen Mas-*

senbasis zu lösen (»Kronstadt«) und bonapartistisch über den Klassen zu agieren – mit dem Ergebnis, den jeder echte Bonapartismus zeugt: in der Stadt und auf dem Land erstarkende bürgerlich-kapitalistische Schichten. Angesichts der Alternative, sich entweder an die Spitze einer prokapitalistischen Entwicklung zu stellen (was danach immer wieder Revolutionäre getan haben) oder von dieser Entwicklung weggefegt zu werden, entschied sich der, der kaum etwas anderes als Rußland kannte, für etwas Drittes: eine »zweite Revolution«.

Ging die Entwicklung nicht von allein dahin, wohin man sie wünschte – in Richtung klassenlose Gesellschaft –, mußte sie eben erzwungen werden: Die Politik begann, Gott zu spielen und Entwicklung »zu lenken«. Erst verschwanden die »NEP-Gewinnler«, dann die »Kulaken«, dann die neue, vom Bonapartismus gezeugte bürokratische Klasse, samt den Revolutionären der »ersten Revolution«, und verwandelte sie binnen kurzer Zeit zu »Lagerstaub«. Wenn sie nicht gleich gemeuchelt wurden wie das Führungskorps der Roten Armee von den Offiziersrängen aufwärts kurz vor Kriegsbeginn – auch diesen Preis bezahlte die Zivilbevölkerung.

Ein Menschenleben galt nichts, »die Sache« alles. Selbst die Folterknechte von heute konnten morgen mit glühenden Eisen traktiert werden und alles gestehen, was sie am Tag zuvor noch aus anderen herausgepeitscht hatten. Zum Zentrum permanenter Hirnwäsche wurde jedoch die einst revolutionäre Partei. Statt öffentlicher Auseinandersetzung über alle öffentlichen Angelegenheiten wurden in ihr »Stellungnahmen«, Zustimmungen sowie Denunziationen Dritter erpreßt und so jeder, wollte er nicht der nächste sein, in ein Bündnis mit seinen Unterdrückern hineingezwungen – die sich so ihre »Massenbasis« schufen. Dazu paßte die »Kommunalka«. Ursprünglich dem Wohnungselend geschuldet, war sie dem Regime die adäquatere Unterbringung, um einen Menschentypus zu zeugen, dem jegliche Individualität als »bourgeois« gelten sollte.

Zu Gott ist Stalin trotzdem nicht geworden – selbst wenn er vielen als solcher galt und sie mit seinem Namen auf den Lippen starben. Entwicklung läßt sich nicht »zwingen«, auch nicht durch die Auslöschung von noch so viel Millionen Menschen.

Es waren Deutsche, denen es gelang, daß sich die Völker der Sowjetunion 1941/42 trotzdem für Stalin entschieden – denn Hitler bedeutete endgültige Vernichtung, während bei Stalin die Hoffnung auf seinen Tod blieb. Sie hat nicht getrogen: Für solcherlei Regime fanden sich keine Nachfolger, nur Nachlaßverwalter, die sich in den achtziger Jahren – mit sechzig Jahren Verspätung und auf den Gebeinen von Abermillionen und auf den zerschundenen Seelen von Myriaden – an die Spitze einer prokapitalistischen Entwicklung setzten.

Die PDS ist ein zufälliges Produkt dieses Geschichtsabschnittes. Zwischen den Trümmern einer stalinistischen Staatspartei – die am privilegierten Rande des Imperiums vorsichhinherrschte – gaben sich 1989 Menschen einander zu erkennen, die es mit Emanzipation und Gerechtigkeit ernst meinten. Wie lange dieser Impuls trägt, weiß niemand. Trotzdem ist er uns wichtig genug, um statt über Stalin in diesem Heft über diese Partei nachzudenken – fünfzehn Jahre nach ihrem Zustandekommen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

# Godwin zum Nachdenken

*William Godwin (1756-1836), der englische Zeitgenosse der französischen Revolution, hat sein 1793 in London publiziertes Werk »An Enquiry concerning Political Justice« nicht als Utopie verstanden. Und doch war es eine Version des ewigen »Kein Ort Nirgends«. Die von Thomas Hobbes legitimierte autoritäre Staatsform einer bürgerlichen Gesellschaft, der John Locke eine liberale, Jean-Jacques Rousseau eine demokratische und Gerrard Winstanley eine kommunistische Alternative entgegengestellt hatten, bereicherte nunmehr dieser Godwin mit einem anarchistischen Gerechtigkeits-Entwurf für eine »society without government«, einer »equal distribution of property«, gar einer »community of property«. Indem er das Gerechtigkeits- im Eigentumsproblem gipfeln und die politischen Ungerechtigkeiten in den sozialen Ungleichheiten wurzeln ließ, wurde er zum Widerpart all jener, deren Gerechtigkeitsvokabular bloß einen verschönernden Schatten der realkapitalistischen Verhältnisse umschreibt. Die Gegenwartsprogramme aller politischen Parteien sind prall gefüllt mit Phrasen solcher Art. Man hat übrigens Marx vorgeworfen, er habe Godwin plagiiert. Nachfolgende Provokationen sind der erstmaligen deutschsprachigen Ausgabe von Godwins wichtigstem Werk entnommen: »Politische Gerechtigkeit«, Freiburg/ Berlin 2004. Provokieren heißt übrigens zum Nachdenken herausfordern, nicht zum Nachbeten.* H. K.

Es gibt etwas, was mehr als alles übrige von Bedeutung ist für das Wohlergehen der Menschheit – Gerechtigkeit!

Die Menschheitsgeschichte ist kaum etwas anderes als die Geschichte von Verbrechen.

Peitschen, Beile und Galgen, Kerker, Ketten und Folterbänke sind die bewährtesten und anerkanntesten Methoden, um die Menschen zum Gehorsam zu überreden.

Despotismus ist verurteilenswerter als selbst die Anarchie.

Die Reichen sind direkt oder indirekt die Gesetzgeber des Staates, und infolgedessen bringen sie die Unterdrückung in ein System.

Der arme Mann ist veranlaßt, den Zustand der Gesellschaft als einen Kriegszustand anzusehen

Man hat die Menschen zu glauben gelehrt, sie würden einander in Stücke reißen, wenn sie keine Priester hätten, die ihr Gewissen lenken, und keine Könige, die sie wohlbehalten durch die unerklärlichen Gefahren des politischen Ozeans steuern.

Nicht das Volk ist der wirkliche Feind der Freiheit; es sind jene höheren Stände, die von einem der Freiheit entgegengesetzten System profitieren.

Wer sich bemüht, die Autorität irgend einer Ansicht nicht durch Argumente, sondern durch Gewalt aufrechtzuerhalten, kann zwar etwas Nützliches beabsichtigen, richtet aber in Wirklichkeit außerordentlichen Schaden an, denn die Annahme, daß die Wahrheit durch ein anderes Medium als das der ihr innewohnenden Beweiskraft vermittelt werden könne, ist der schreiendste aller Irrtümer.

Strafe ist nichts anderes als der Zwang, welcher dem einen Menschen von einem anderen, zufällig stärkeren Menschen auferlegt wird.

Selbst die beste Regierung ist ein Übel, eine Machtanmaßung gegenüber dem Urteil und dem Gewissen der Menschheit.

Eine von denjenigen betriebene Reform, deren Interesse in der Verewigung der jetzigen Mißstände liegt, hat keinen Anspruch auf unsere Unterstützung.

Die Monarchie ist eine unnatürliche Institution, und wer seinen Unterhalt erarbeitet, der kann den Prunk eines Königs nicht erblicken, ohne daß ihn ein Gefühl von Ungerechtigkeit befällt.

Durch die Beseitigung von Autorität und Unterdrückung lehrt die Demokratie den Menschen, nur auf die Gebote der Vernunft zu hören und veranlaßt ihn, alle anderen Menschen als seinesgleichen zu betrachten.

Jede Regierung entspricht in gewissem Grade dem, was die Griechen als Tyrannei bezeichneten; der Vorwand kollektiver Weisheit ist die offenkundigste aller Betrügereien.

Es wird künftig keine Kriege mehr geben, keine Verbrechen, keine – wie man es nennt – Rechtsprechung, und keine Regierung.

Zwang kann zu keiner Zeit, weder ständig noch einstweilig, Teil irgend eines politischen Systems sein, das auf den Prinzipien der Vernunft gegründet ist.

Nichts kann schändlicher sein, als daß der eine Mensch im Überfluß lebt, solange es auch nur einen anderen Menschen gibt, der nicht hinreichend mit dem Lebensnotwendigen versehen ist.

Das gegenwärtige System des Eigentums billigt dem einen in Anbetracht des Zufalls seiner Geburt einen unermeßlichen Reichtum zu, während das fleißigste Mitglied der Gesellschaft häufig seine Familie nur unter größten Schwierigkeiten vorm Verhungern bewahren kann.

Noch lebt der feudale Geist, der die große Masse der Menschen zu Sklaven und Vieh im Dienste einiger weniger erniedrigt hat.

Der Geist der Unterdrückung, der Geist der Unterwürfigkeit und der Geist des Betrugs sind das unmittelbare Produkt des bestehenden Eigentumssystems.

Laßt uns niemals vergessen,  
daß aufgespeichertes  
Eigentum nichts anderes ist  
als Usurpation.

Das Eigentum ist es, was die Menschen zu einer allgemeinen Masse formt, und sie fit macht, wie eine seelenlose Maschine manipuliert zu werden.

DETLEF NAKATH,  
GERD-RÜDIGER STEPHAN

## Vor 15 Jahren: Bruch mit dem »Stalinismus als System«

Kollektiver Rücktritt der SED-Führung –  
Zeitweiliger Arbeitsausschuss – Sonderparteitag

Im Dezember 1989 – vor nunmehr 15 Jahren – kamen 2714 Delegierte zusammen, um über die Frage zu entscheiden, ob die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die vierzig Jahre lang nahezu uneingeschränkt die politische Macht in der DDR ausgeübt hatte, überhaupt noch eine Zukunft haben würde. Die letzte SED-Führung hatte sich als unfähig erwiesen, die gesellschaftliche Krise im Land zu überwinden. Alle Versuche, das Steuer im Herbst 1989 nochmals herumzureißen, »eine Wende einzuleiten«, waren gescheitert.<sup>1</sup> Der Sonderparteitag stand vor der Frage: Auflösung, Neugründung, Etiketten- und/oder Strategiewechsel?

Nach Erich Honeckers Rücktritt am 18. Oktober 1989 musste auch sein Kurzzeit-Nachfolger Egon Krenz nach 49 Tagen im Amt seine Funktionen an der Spitze der Partei, als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates niederlegen. Mit ihm traten am 3. Dezember 1989 das gesamte Politbüro und Zentralkomitee zurück.

Hans Modrows Bewertung dieses kollektiven Rücktritts fiel so aus: »Die letzte Tagung des Zentralkomitees der SED besiegelte zugleich das Ende der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in der DDR. So gesehen, ist dieses Plenum ein dramatischer Punkt ihrer Geschichte, aber daran gemessen, verlief die Tagung ohne jene apokalyptische Erregung, die ein solches einschneidendes Ereignis gewöhnlich vermuten ließe. Die Sitzung spiegelte den realen Verlauf der Dinge wider. Der Überbau fügte sich todmüde und erschöpft der Basis, die Führung – ob ZK, Politbüro oder Generalsekretär – hatte das Vertrauen bei der übergroßen Mehrheit der Parteimitglieder verloren.«<sup>2</sup>

Der »Kollaps der alten Garde«<sup>3</sup> kam zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr überraschend. Der in der Sowjetunion unter der Führung von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow begonnene Umgestaltungsprozess zwang zu einer Demokratisierung des politischen Systems. Honecker hatte »Glasnost« und »Perestrojka« grundsätzlich abgelehnt und setzte sein auf »Kontinuität und Erneuerung« gerichtetes Konzept vom »Sozialismus in den Farben der DDR« entgegen.<sup>4</sup> Dies wurde in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung und auch von großen Teilen der SED-Mitgliedschaft abgelehnt. Ihnen gingen die von Krenz und seiner Mannschaft auf den Weg gebrachten Veränderungen nicht weit genug. Die Parteibasis – so Gregor Gysi zehn Jahre später – »war immer weniger bereit, sich mit der Hinhaltetaktik, den Halbherzigkeiten und der Weigerung ihrer

Detlef Nakath – Jg. 1949, Historiker, Dr. sc. phil.; wiss. Koordinator des Projektes »Handbuch deutsche Zeitgeschichte seit 1945«, seit 2003 wiss. Mitarbeiter bei »Helle Panke e.V.« Berlin; Mitherausgeber und Autor zahlreicher Bände zur deutschen Zeitgeschichte und DDR-Geschichte, u. a. der Handbücher »Die SED« (1997) und »Parteien und Organisationen der DDR« (2002), Mitglied der Leibniz-Sozietät, zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Konferenz zur deutschen Zweistaatlichkeit, Heft 103/104 (Juli/August 1999)

Parteiführung unter Egon Krenz abzufinden«.<sup>5</sup> Für die Partei mit der selbsternannten »führenden Rolle« und ihre Führungsgremien begann ein verzweifelter Kampf um die Sicherung der politischen Macht und damit um den Erhalt des Staates DDR.

Überrollt von den Stimmungen an der Parteibasis und durch die innenpolitischen Probleme unter Druck geraten – es begannen Enthüllungen über Amtsmissbrauch, Vetternwirtschaft und Korruption –, gelang es den etablierten Kräften in der SED-Spitze nicht mehr, die Lage zu stabilisieren. Am 1. Dezember 1989 entschied die Volkskammer, die Führungsrolle der »Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« aus dem Artikel 1 der DDR-Verfassung zu streichen. Am gleichen Tag erschien auf einer der letzten Politbürositzungen der wenige Tage zuvor neugewählte Potsdamer SED-Bezirkssekretär Heinz Vietze und forderte Krenz sowie das gesamte Gremium auf zurückzutreten; die Brandenburger Stahlwerker drohen mit Streiks und verbrennen ihre Parteidokumente in den Schmelzöfen. Am 3. Dezember 1989 kapitulierte schließlich Zentralkomitee, Politbüro und ZK-Sekretariat sowie der Generalsekretär. Am 6. Dezember 1989 trat Egon Krenz auch als DDR-Staatsratsvorsitzender zurück und übergab die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter, dem langjährigen LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach. Mit dem Ende der alten SED-Führung beschleunigte sich das Ende der DDR.

Unmittelbar nach dem dramatischen Rücktritt der Übergangsführung der SED konstituierte sich ein zeitweiliger Arbeitsausschuss. Dieser legte den Beginn des Außerordentlichen Parteitages kurzfristig auf Freitag, den 8. Dezember 1989 fest, weil die Lage im Lande immer unübersichtlicher wurde. Dem Arbeitsausschuss blieb noch eine Vorbereitungszeit von fünf Tagen bis zur Eröffnung des Parteitages.

Noch vor dem Rücktritt von Zentralkomitee und Politbüro sowie der Einsetzung des Arbeitsausschusses war zunächst eine zentrale Forderung der Parteibasis nach Durchführung eines Sonderparteitages durchgesetzt worden. Die Einberufung eines Parteitages hatte die Mehrheit im SED-Politbüro, solange sie im Amt war, kategorisch abgelehnt bzw. hintertrieben. Stattdessen beschloss die 10. ZK-Tagung am 9. November 1989 die Einberufung einer Parteikonferenz zum 15. bis 17. Dezember 1989.<sup>6</sup> Dieser Hinhalte-Beschluss wurde von zahlreichen Rednern auf den Demonstrationen der Parteibasis in Berlin am 8. November 1989 vor dem ZK-Gebäude und zwei Tage später im Lustgarten scharf kritisiert.

Der Arbeitsausschuss begann am 3. Dezember um 16 Uhr – unmittelbar nachdem Politbüro und Zentralkomitee zurückgetreten waren – unter der Leitung des im November neu gewählten Erfurter SED-Bezirkssekretärs Herbert Kroker mit seiner Tätigkeit.<sup>7</sup> Brigitte Zimmermann, »Wochenpost«-Chefredakteurin und Sprecherin des Arbeitsausschusses, beschrieb die ungewohnte Situation: »Wir arbeiteten damals zusammen, aber auch jeder für sich, unter den Eindrücken der Stunde und des Tages, die bestimmt waren vom rapiden Zerfall der SED und damit einhergehend, von der Legitimationskrise vieler staatlicher Institutionen in der DDR.«<sup>8</sup>

Am 4. Dezember 1989 befand sich Ministerpräsident Hans Modrow in Moskau und nahm als DDR-Delegationsleiter an der Tagung

Gerd-Rüdiger Stephan – Jg. 1961, Historiker, seit 1998 Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Potsdam; zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der DDR, der SED, der FDJ sowie der deutsch-deutschen Beziehungen; gemeinsam mit Detlef Nakath und Lothar Hornbogen Herausgeber des im Dezember 1999 erschienenen Protokollbandes des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS 1989. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR (gemeinsam mit Clemens Burrichter), Heft 73/74 (November/Dezember 1996), S. 22-32.

1 Vgl. die Rede von Egon Krenz auf der 9. Tagung des SED-Zentralkomitees am 18. Oktober 1989 in: Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*, Berlin 1997, S. 106 ff.

2 Hans Modrow: *Ich wollte ein neues Deutschland. Mit Hans-Dieter Schütt*, Berlin 1998, S. 372.

3 Konrad H. Jarausch: *Die unverhoffte Einheit*.



des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages teil. Dort unterrichtete der sowjetische Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow die Repräsentanten der Bündnispartner über die Ergebnisse seiner Gipfelgespräche mit US-Präsident George Bush auf Malta. Modrow, der als DDR-Regierungschef formell nicht dem Arbeitsausschuss angehörte, wurde von dessen Vorsitzenden Herbert Kroker telefonisch gebeten, möglichst schnell wieder nach Berlin zurückzukehren, da nach Arbeitsantritt des Ausschusses sich die Lage in der DDR weiter destabilisiert hatte. Modrow erinnerte sich später: »Plötzlich kam ein Anruf. Herbert Kroker, Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Partei, bat mich dringlichst nach Berlin zurückzukehren. Die Situation in der DDR entspannte sich einfach nicht; in einer Sprechererklärung zu gefährlichen Anzeichen von Selbstjustiz und angesichts des wiederholten Eindringens von Demonstranten in öffentliche Gebäude hatte der Ausschuss zu Besonnenheit aufgerufen. Kroker fürchtete, dass es zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten mit unvorhersehbaren Folgen kommen könnte. Allein in Leipzig gingen am Abend des 4. Dezember 1989 bei der Montagsdemonstration erneut mehr als 150 000 Menschen auf die Straße. Weitere Tausende in Potsdam, Karl-Marx-Stadt, Halle, Gera und Neubrandenburg. Die Medien aus Ost und West berichteten umfangreich darüber. Als die offizielle Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau beendet war, baten wir Michail Gorbatschow um Verständnis für unseren sofortigen Rückflug. Nach dem traditionellen gemeinsamen Abendessen stand uns nicht der Sinn.«<sup>9</sup>

Die Auseinandersetzungen bei den Demonstrationen, die instabile wirtschaftliche Lage, fortgesetzte Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Korruption führender Partei- und Staatsfunktionäre und nicht zuletzt die am 3. Dezember 1989 bekannt gewordene spektakuläre Flucht des langjährigen KoKo-Chefs und Staatssekretärs im Außenhandelsministerium, Alexander Schalck-Golodkowski, in die Bundesrepublik beeinflussten den Arbeitsausschuss, den zunächst für den 15. bis 17. Dezember 1989 vorgesehenen Sonderparteitag vorzuziehen, um rasch eine von der Basis legitimierte und somit handlungsfähige Parteiführung zu wählen.

Den Erinnerungen Gregor Gysis zufolge sah die Situation in der DDR Anfang Dezember dramatisch aus: »Die so genannten Schutz- und Sicherheitsorgane – es liefen Ermittlungsverfahren wegen der Übergriffe am 7./8. Oktober – zeigten sich wie gelähmt. Die Polizei hielt sich überall verängstigt zurück, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfS drohten in Panik zu geraten, die Soldaten der Nationalen Volksarmee wollten schlicht nach Hause. Die Wirtschaft war im Begriff zusammenzubrechen, Verbindlichkeiten der DDR an ausländische Banken wurden fällig, praktisch war die DDR bankrott. In Moskau forderte Gorbatschow, unbedingt die DDR zu halten, in Bonn hatte Kohl ein Zehn-Punkte-Programm vorgestellt, das auf die deutsche Einheit zielte.«<sup>10</sup> Hinzu kamen massenhafte Ausstritte von SED-Mitgliedern.<sup>11</sup> Die Glaubwürdigkeit der Partei und ihrer Ziele befand sich auf dem Nullpunkt.

Um den Arbeitsausschuss ranken sich Legenden. Nicht zuletzt aufgrund der komplizierten Aktenüberlieferung aus der hektischen

1989-1990, Frankfurt a. M. 1995, S. 88 ff.

4 Vgl. Monika Nakath: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren (hefte zur ddr-geschichte, 9), Berlin 1993, S. 39 ff; Dies.: Ein neuer »Sputnik-Schock«. Die SED-Führung im Spannungsfeld von Glasnost und Perestroika, in: Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite« DDR im vergessenen Jahr 1989/1990, Berlin 1994, S. 10 ff.; Jens Hacker: Die politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR von 1985 bis zum Herbst 1989, in: Wiedervereinigung Deutschlands, Berlin 1998, S. 205 ff.

5 Gregor Gysi: Auch die SED-Basis wollte Veränderungen, in: Das Parlament, Nr. 43/44, 22./29. Oktober 1999, S. 6.

6 Vgl. Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan: Das Ende der SED, S. 273 f. – In der Geschichte der SED hatte es bis Mitte der fünfziger Jahre drei Parteikonferenzen gegeben: 1949, 1952 und 1956. Nach dem V. SED-Parteitag im Juli 1958 fanden Parteikonferenzen als Zusammenkunft zwischen den Parteitagern nicht mehr statt. Während der Amtszeit Honeckers wurde, erstmals am 25. Februar 1977 in Berlin, als neue Form die »Beratung des Politbüros und des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen« eingeführt, die jedoch nach dem Statut keine Beschlussvollmacht besaß. Dies war praktisch ein »kleiner Parteitag«.

7 Dem Arbeitsausschuss gehörten 26 Mitglieder an: Heinz Albrecht, Hans-Jürgen Audehm, Wolfgang Berghofer, Lothar Bisky, Ellen Brombacher, Roland Claus, Gregor Gysi, Hans-Joachim Hahn, Klaus Höpcke, Dagmar Hülsenberg, Norbert Kertscher, Dieter Klein, Herbert Kroker, Eva Maleck-Lewy, Bernd Meier, Peter Pechauf, Ulrich Peck, Wolfgang Pohl, Erich Postler, Gerd Schulz, Wolfgang Thiel, Heinz Vietze, Markus Wolf, Roland Wötzel, Brigitte Zimmermann. Nachträglich wurde Andreas Thun von der »Plattform WF« aufgenommen. Jochen Willering nahm an den Sitzungen teil. Als Vorsitzender fungierte Herbert Kroker, seine Stellvertreter waren Heinz Albrecht, Dieter Klein und Eva Maleck-Lewy.

8 Brigitte Zimmermann: Eine Woche der Überforderung – die Zeit des Umbruchs, in: Disput, H. 10/1999, S. 4.

9 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 378.

10 Gregor Gysi: Das war's. Noch lange nicht, Düsseldorf 1995, S. 92.

11 Von ehemals 2,3 Millionen Mitgliedern und Kandidaten der SED gehörten der PDS zum Ende des Jahres 1990 nur noch rund 200 000 Mitglieder an. Vgl. Chronik der PDS 1989 bis 1997, Berlin 1998, S. 39.

12 Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlungen zur Demokratie? Bonn/Berlin 1992, S. 132.

13 Brigitte Zimmermann: Eine Woche der Überfor-

Schlussphase der SED-Geschichte ergab sich Raum für Deutungsvarianten und Spekulationen. Nach Auffassung des Historikers Heinrich Bortfeldt ist die Tätigkeit des Arbeitsausschusses zur Parteitagsvorbereitung von einer Gruppe initiiert worden, die noch dem letzten Politbüro angehörte – Siegfried Lorenz, Wolfgang Herger, Wolfgang Rauchfuß. Sie gingen davon aus, dass »angesichts der Dramatik der Ereignisse kein Vakuum entstehen durfte«. Falls es zum Rücktritt der Führung käme, sei ein »Auseinanderbrechen der SED zu verhindern und die Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages zu gewährleisten«. <sup>12</sup> Brigitte Zimmermann schrieb hingegen zum Zustandekommen und zur Zusammensetzung des Ausschusses: »Mir schien, dass dabei Hans Modrow, der schon Ministerpräsident war, und die 1. Bezirkssekretäre der SED, die am Vormittag des 3. Dezember das versagende Politbüro zum Rücktritt gezwungen hatten, federführend gewesen sind.« <sup>13</sup>

Den Erinnerungen Edwin Schwertners, Leiter des Büros des Politbüros, zufolge hatte der Leipziger Bezirkssekretär Roland Wötzel im Auftrage der zu diesem Zeitpunkt bereits mit einem Mandat aller für den Sonderparteitag ausgestatteten neuen SED-Bezirkschefs die Initiative für die Bildung des Arbeitsausschusses ergriffen. Demnach unterbreitete Wötzel auf der letzten ZK-Tagung am 3. Dezember 1989 »den Vorschlag zur Bildung eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages der SED. Außerdem sollte ein Untersuchungsausschuss unter der Leitung von Gregor Gysi eingesetzt werden.« <sup>14</sup> Beides wurde einstimmig beschlossen. An der Tagung nahmen alle 15 inzwischen neugewählten 1. Bezirkssekretäre teil. Herbert Kroker formulierte gegen Ende der 12. und letzten ZK-Tagung in einer unübersichtlichen Situation auf Aufforderung von Egon Krenz: »Ich kann hier nur sagen: Der Arbeitsausschuss wird sich 16.00 Uhr konstituieren, weil noch Genossen herangeholt werden, die im Arbeitsausschuss mitwirken sollen. Die Liste liegt hier, und erst, wenn wir die Genossen da haben, können wir uns zusammensetzen und können wir das Papier erarbeiten, welches wir heute noch der Presse übergeben. Es geht ja nicht anders, sonst würden wir wieder als Erste Sekretäre ohne die anderen Mitglieder etwas hier vortragen.« <sup>15</sup> Zeitzeuge Edwin Schwertner bemerkte zur Zusammensetzung des Arbeitsausschusses: »Es entstand ein Gremium, bei dessen Zusammensetzung der Zufall und eigene Initiativen offensichtlich mitregiert haben. Einige Vorschläge dürften noch auf Egon Krenz zurückgegangen sein. Andere Mitglieder waren einfach da, kamen und gingen.« <sup>16</sup> Zur Aufnahme der Tätigkeit des Arbeitsausschusses erinnert sich Schwertner: »Bereits in der 1. Sitzung am 3. 12. 1989 spielte die Frage der Legitimation des Ausschusses eine große Rolle. Den Mitgliedern war klar, dass sie zwar delegiert, aber nicht von der Basis gewählt waren. Deshalb heißt es in der Erklärung des Arbeitsausschusses vom 3. Dezember 1989 »legitimiert durch die Sorge um die Zukunft des Sozialismus in unserer DDR übernimmt der Arbeitsausschuss, bestehend aus den gewählten Delegierten zum außerordentlichen Parteitag und weiteren Persönlichkeiten, mit sofortiger Wirkung die Aufgaben zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages.« Nicht die Leitung der Partei, allein die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages war

das erklärte Ziel des Arbeitsausschusses. Ein Parteitag sollte vorbereitet werden, der die »Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten einzuleiten vermag.«<sup>17</sup> Der Arbeitsausschuss appellierte an alle SED-Mitglieder, ihre Verantwortung für eine bessere DDR wahrzunehmen. Er sprach der Regierung Modrow das volle Vertrauen aus und die Achtung ihrer Souveränität.<sup>18</sup>

Fernab von allen »Verschwörungstheorien« beschrieb der Parteienforscher Gero Neugebauer den politischen und organisatorischen Ansatz für die Tätigkeit des Arbeitsausschusses: »Zwar sollte ein Tapeten- und Möbelwechsel sowie der Auszug der alten Einwohner aus der bel étage der Partei erfolgen, aber es blieb letztlich, trotz des im Arbeitsausschuss formulierten Parteitagmottos »Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei von unten«, bei dem grundsätzlichen Willen, keine neue Partei mit einer neuen Legitimation zu schaffen. Dafür gab es im Arbeitsausschuss keine Mehrheit.«<sup>19</sup>

Tatsächlich ging man im Arbeitsausschuss von der übergreifenden Zielstellung aus, die Auflösung bzw. das Auseinanderbrechen der SED zu verhindern. Die Reformierung und Modernisierung der Partei hatten Priorität. Diese Position wurde später nach heftigen Diskussionen in der Nacht der ersten Tagung des Sonderparteitages mehrheitlich bestätigt.

Gysi zufolge kam der Arbeitsausschuss »täglich zusammen und informierte sich über den Stand der Vorbereitungen des Parteitages.«<sup>20</sup> Für die neu gewählten 1. Bezirkssekretäre bedeutete das ein ständiges Pendeln zwischen ihrem Arbeitsort und Berlin ohne nennenswerte Ruhephasen, wie sich der Hallenser Roland Claus an diese Tage erinnert.

Am 4. Dezember hatte der Arbeitsausschuss einen Appell zu Ruhe, Besonnenheit und Gewaltlosigkeit beschlossen.<sup>21</sup> Auch wichtige organisatorische Aufgaben waren zu realisieren. Ebenfalls am 4. Dezember wurden Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Mitglieder des Arbeitsausschusses und zur Sicherung des ZK-Gebäudes festgelegt. Es mussten die dort lagernden Archivbestände, Beschlüsse und Arbeitsmaterialien gesichert werden. Frühere ZK-Abteilungen waren zu schließen und die Arbeitsräume der ehemaligen Politbüromitglieder zu versiegeln. Edwin Schwertner bemerkte dazu: »Neue Einlasskarten für alle Beschäftigten waren auszugeben und eine strenge Kontrolle beim Verlassen des Hauses zu gewährleisten. Im Laufe des Tages erfolgte auch die Zimmeraufteilung für die Mitglieder des Arbeitsausschusses, die sofort mit ihrer Arbeit begannen.«<sup>22</sup>

Aufgrund der Situation im Lande hatte der Arbeitsausschuss auf seiner Sitzung am 6. Dezember 1989 den alten Zeitplan für den Sonderparteitag – 15. bis 17. Dezember – kurzfristig verändert. Nunmehr musste die gesamte Organisation des Parteitages binnen 48 Stunden umgestellt und vorgezogen werden. Dabei bediente sich der Arbeitsausschuss vor allem des noch intakten Apparates des SED-Zentralkomitees. Der Apparat verhielt sich in der organisatorischen Vorbereitung loyal gegenüber dem Vorbereitungsgremium und trug dazu bei, die durch den Beschluss über die Vorverlegung schwierigen logistischen Probleme zu lösen.<sup>23</sup> Zugleich wurde die Tagesordnung für den Sonderparteitag festgelegt. Die Mitglieder des Arbeits-

derung – die Zeit des Umbruchs, S. 4.

14 Edwin Schwertner: Von der SED zur PDS. Der Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages. Manuskript, S. 8. Edwin Schwertner nahm in seiner Funktion als Leiter des Büros des Politbüros an den Politbürositzungen teil und fertigte auch die Beschlussprotokolle. Am 3. Dezember stellte er sich in den Dienst des Arbeitsausschusses.

15 Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan: Das Ende der SED, S. 478. Die Erklärung über die Konstituierung des Arbeitsausschusses vgl. in: Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989.

16 Edwin Schwertner, S. 10.

17 Ebenda.

18 Vgl. Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989.

19 Gero Neugebauer: Von der SED zur PDS 1989 bis 1990, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 108.

20 Gregor Gysi: Das war's. Noch lange nicht, S. 93.

21 Vgl. Neues Deutschland vom 5. Dezember 1989.

22 Edwin Schwertner, S. 15.

23 Vgl. Gespräch mit Edwin Schwertner am 14. Juni 1999 in Berlin.

ausschusses gingen unter Einbeziehung der von ihnen gebildeten Arbeitsgruppen in Eile und hektischer Tag-und-Nacht-Arbeit an die Ausarbeitung der benötigten Redemanuskripte und Beschlussdokumente und widmeten sich den komplizierten Fragen der Parteitageorganisation.

Das einzige aufgefundene Gedächtnisprotokoll über eine Sitzung des Arbeitsausschusses liegt vom 6. Dezember 1989 vor. Es dokumentiert die Entscheidung, den Beginn des Sonderparteitages auf den 8. Dezember vorzuziehen. Grundlage für diese Entscheidung war folgende Lageeinschätzung: »Die Genossen Kroker, Berghofer u. a. gaben eine Einschätzung der politischen Situation. Danach gab es Meinungen, wonach die SED nicht mehr tragbar sei. Es gehe um die DDR; der Sozialismus ist vielleicht noch rettbar. Die Austritte aus der Partei steigen weiter an. Die Staatsmacht verliert weiter an Autorität. Die Sicherheit in der DDR wird zur zentralen Frage, mit der sich der Runde Tisch beschäftigen muss. Es mehren sich die Stimmen, die die Auflösung der Partei fordern und die Abgabe ihres Vermögens.«<sup>24</sup> Vor diesem Hintergrund beschlossen die 17 anwesenden Mitglieder des Arbeitsausschusses die Vorverlegung des Parteitages sowie seine Tagesordnung. Zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages sollten am Donnerstag, dem 7. Dezember, in allen Bezirken Beratungen der gewählten Delegierten stattfinden. Laut Protokoll wurde am 6. Dezember im Ausschuss entschieden: »Als Kandidaten für die Funktion des Vorsitzenden und des Stellvertreters werden die Genossen Gregor Gysi und Wolfgang Berghofer vorgeschlagen«. Zudem: »Dem Parteitag wird als neuer Name vorgeschlagen: SED-Partei des demokratischen Sozialismus.«<sup>25</sup> Schließlich wurde der Beschluss gefasst, dass die Partei die Beteiligung an den Beratungen des Runden Tisches am 7. Dezember 1989 gewährleistet. Damit waren die wichtigsten Entscheidungen für den Beginn des Außerordentlichen Parteitages getroffen.

Der Außerordentliche Parteitag ist häufig als Sonderparteitag bezeichnet worden. Beide Termini werden häufig synonym verwendet. Dies liegt vor allem daran, dass die Parteibasis, die diesen Parteitag vehement einforderte, nahezu geschlossen von einem »Sonderparteitag« ausging. Die offizielle Bezeichnung lautete jedoch »Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS«. Der Außerordentliche Parteitag fand in zwei Tagungsrunden am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in der Berliner Dynamo-Sporthalle im Stadtbezirk Weißensee statt.<sup>26</sup> Die zwei Tagungen waren in der Planung des Arbeitsausschusses bereits vorgesehen.<sup>27</sup>

Am Freitag, dem 8. Dezember 1989, reisten die Parteitage delegierten mit Bussen und privaten PKW nach Berlin. Um 19 Uhr begann unter im Vergleich zu früher chaotischen Umständen der Parteitag. Die Organisatoren hatten bis in die Abendstunden fieberhaft nach Quartieren für die Delegierten gesucht, die dann aufgrund der Nachtsitzung gar nicht benötigt wurden.

Als Tagesordnung für die erste Sitzung am Freitag war die Eröffnungsrede des Arbeitsausschussvorsitzenden Herbert Kroker, die Konstituierung des Parteitages, eine Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow zur Lage in der DDR sowie die Wahl einer neuen Parteiführung vorgesehen. Unter der Versammlungsleitung des da-

24 Gedächtnisprotokoll über die Arbeitsausschuss-Sitzung, 6. Dezember 1989, PDS-Parteivorstand/Archiv.

25 Ebenda.

26 Vgl. Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.

27 Vgl. Gregor Gysi, Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990, S. 100.

maligen Dresdener Oberbürgermeisters Wolfgang Berghofer fand der erste Teil dieser Sitzung öffentlich statt und wurde z. T. vom DDR-Fernsehen live übertragen, u. a. Krokens Eröffnungsrede, die kurze Ansprache von Hans Modrow sowie die Rede Gregor Gysis und die sich daran anschließende Diskussion.

Der zweite Teil der ersten Tagung fand als Nachtsitzung statt und begann am 9. Dezember 1989 um 1.40 Uhr. Dieser Teil des Parteitages ist nichtöffentlich durchgeführt worden. In seinem Verlauf erfolgte die Wahl Gregor Gysis zum Parteivorsitzenden, die Wahl des Parteivorstandes, des Präsidiums des Parteivorstandes sowie der Schiedskommission. Unmittelbar danach fand die konstituierende Sitzung des Vorstandes statt.<sup>28</sup> Nach der Wahl konstituierten sich die gewählten Gremien und stellten somit die Arbeits- und Leitungsfähigkeit her. Dem neu gewählten, 101 Mitglieder umfassenden Vorstand gehörten mit Gerd König, Hans Modrow, Hans-Joachim Willerding und Herbert Richter nur noch vier ehemalige ZK-Mitglieder bzw. -Kandidaten an. In die Schiedskommission war mit dem früheren ZK-Abteilungsleiter für Jugendfragen, Gerd Schulz, ein weiteres ehemaliges ZK-Mitglied gewählt worden.

Herbert Kroker hatte den Parteitag mit den Worten eröffnet: »Die Lage im Lande und in der Partei hat uns zu seiner vorfristigen Einberufung veranlasst, obwohl noch nicht alle Dokumente den erforderlicher Arbeitsstand aufweisen. In dieser gesellschaftlichen Situation sieht es der Arbeitsausschuss als lebensnotwendig für unsere Partei an, auf diesem ersten Beratungstag des außerordentlichen Parteitages handlungsfähige Leitungsgremien zu wählen, die durch die Parteibasis legitimiert sind. Es geht auf diesem Parteitag nicht nur um unsere Partei, es geht auch um das Land! Wenn wir uns selbst zerstören, helfen wir mit, das Land zu zerstören, das viele von uns aus Trümmern mit aufgebaut haben. Wenn wir uns spalten, zerstören wir die Hoffnung auf eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft, die wir alle wollen.«<sup>29</sup>

Auch DDR-Ministerpräsident Hans Modrow forderte unmittelbar nach der Parteitagseröffnung in seiner Ansprache die Delegierten auf, »laßt diese Partei nicht zerbrechen, nicht untergehen, sondern macht sie sauber und stark«.<sup>30</sup>

Die Eröffnung des Außerordentlichen Parteitages fand angesichts der in der DDR entstandenen Situation in einer emotional stark aufgeladenen Situation statt. Dennoch wurde deutlich, dass für die große Mehrheit der Delegierten die neue DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow als Autorität galt. Aufgrund der Souveränität des Ministerpräsidenten verlief seine erste, die Lage in der DDR beschreibende Rede in relativ ruhiger Atmosphäre. Modrow, der dann noch einmal auf dem Parteitag sprach, erinnerte sich später an diese Situation: »Auf diesem Parteitag ergriff ich zweimal das Wort, einmal verabredungsgemäß zu Beginn, ein zweites Mal Stunden später, als der Saal zu explodieren und sich alles aufzulösen drohte. Die einen wollten ihr Zögern gleichsam zum Programm erheben, die anderen wollten alles über den Haufen werfen. Meine Rede zur Eröffnung des Parteitages ist in der Klosterstraße, dem Sitz der Regierung, entstanden; ich schrieb sie gemeinsam mit Karl-Heinz Arnold. Die Gedanken, die ich auf diesem Parteitag nach

28 Dem neu gewählten Präsidium des Parteivorstandes gehörten der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter und die Leiter der Kommissionen an. Zum Parteivorsitzenden wurde Gregor Gysi gewählt. Seine Stellvertreter waren Wolfgang Berghofer, Hans Modrow und Wolfgang Pohl. Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums des Parteivorstandes wurden gewählt: Monika Werner, Lothar Bisky, Marlies Deneke, Helmar Hegewald, Klaus Höpcke, Hans-Joachim Willerding.

29 Lothar Hornbogen u. a., S. 37.

30 Ebenda, S. 38.

31 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland, S. 379.

32 Lothar Hornbogen u. a., S. 93 f.

- 33 Kommissionsvorsitzende wurden Wolfgang Berghofer (Politisches System), Lothar Bisky (Bildung/Schulpolitik, Medien/Presse), Marlies Deneke (Frauen-/Jugendpolitik), Helmar Hegewald (Umweltpolitik), Klaus Höpcke (Wissenschaft/Kulturpolitik) und Hans-Joachim Willerding (Internationale Politik).
- 34 Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Partei des Demokratischen Sozialismus. 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 33.
- 35 Vgl. Detlef Nakath, Gero Neugebauer, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): »Im Kreml brennt noch Licht«. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989–1991, Berlin 1998, S. 83 ff.
- 36 Vgl. Lothar Hornbogen u. a., S. 178 ff.; Neues Deutschland vom 19. Dezember 1989.
- 37 Das Statut ist nur Wochen später ebenso wie das Parteiprogramm auf einem Wahlparteitag nochmals neu gefasst worden. Vgl. Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm und Statut, Berlin 1990, S. 46 ff.
- 38 Vgl. dazu den Abschnitt »Staatssozialismus und Stalinismus« in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 250 ff.
- 39 Vgl. Michael Schumann: Vor fünf Jahren, in: Joachim Bruhn, Manfred Dahlmann, Clemens Nachtmann (Hrsg.): Geduld und Ironie. Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag, Freiburg 1995, S. 171 ff.

Mitternacht hielt, entwickelte ich in der Ecke eines Beratungszimmers. Ich war nie der Typ der spontanen, aus dem Gefühl heraus sprudelnden Ansprachen; eher neige ich zu einem sorgfältigen Ordnen und Abwägen der Gedanken, und so setzte ich mich in besagten Winkel und sortierte, was ich zu sagen für notwendig hielt.«<sup>31</sup>

Modrows Erinnerungen verdeutlichen die brisante Situation. Der spätere PDS-Ehrenden Vorsitzende wandte sich in der geschlossenen Nachtsitzung vehement gegen die denkbare Auflösung oder Spaltung der SED, auch wenn er dies in seiner Rede nicht unmittelbar thematisierte. Er sah die Partei und ihre Mitglieder in der Verantwortung für die vierzigjährige Entwicklung der DDR und forderte ausdrücklich, sich der Verantwortung der Situation zu stellen: »Ich muss hier in aller Verantwortung sagen: Wenn bei der Schärfe des Angriffes auf unser Land dieses Land nicht mehr regierungsfähig bleibt, weil mir, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, keine Partei zur Seite steht, dann tragen wir alle die Verantwortung dafür, wenn dieses Land untergeht! Die Partei hat uns, den Delegierten, mit dem Mandat diese Verantwortung übertragen, und ich bitte euch, Genossen, dass wir jetzt gemeinsam den Weg mit Entschlossenheit gehen, dass unser Land und unsere Partei ihrer Verantwortung vor der Geschichte unseres Landes im Bündnis mit unseren Freunden, jawohl auch für Europa im Frieden, auch dieser Verantwortung gerecht werden.«<sup>32</sup>

Der Parteitag entschied sich schließlich nicht nur für die Wahl neuer Leitungsgremien. Nach einer Intervention Gregor Gysi – der dabei auch auf das beträchtliche Parteivermögen hinwies – wurde mit sehr großer Mehrheit die Auflösung der Partei abgelehnt.

Am späten Vormittag des 9. Dezember 1989 setzte der Parteitag seine erste Tagung öffentlich fort und wählte die Vorsitzenden von Kommissionen.<sup>33</sup> Gleichzeitig wurde ein »Bericht zur Diskussion auf dem ersten Beratungstag des außerordentlichen Parteitages« bestätigt, in dem sich die Delegierten beim Volk der DDR entschuldigen: »Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben.«<sup>34</sup> Danach vertagte sich der Außerordentliche Parteitag auf das nächste Wochenende. Zwischenzeitlich kam es zu mehreren Gesprächen und Telefonaten von Gregor Gysi mit Michail Gorbatschow und weiteren KPdSU-Spitzenpolitikern.<sup>35</sup>

Im Verlauf der zweiten Sitzung am 16./17. Dezember 1989 diskutierten die Delegierten Referate von Michael Schumann, Dieter Klein, Wolfgang Pohl, Gregor Gysi und hörten eine bemerkenswerte Gastrede von Rudolf Bahro.<sup>36</sup> Es wurde ein neues Parteistatut angenommen, welches das auf dem IX. SED-Parteitag 1976 beschlossene ablöste.<sup>37</sup>

Das vom Potsdamer Historiker Michael Schumann zu Beginn der zweiten Sitzung am 16. Dezember 1989 vorgetragene Referat »Zur

Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«, das im »Neuen Deutschland« und in der Parteitagsbroschüre des Dietz Verlages unter dem Titel »Wir brechen unwiderprüflich mit dem Stalinismus als System!« veröffentlicht wurde, markierte den später oft beschworenen »antistalinistischen Gründungskonsens«<sup>38</sup> der PDS. Schumann trug das Referat als Ergebnis von Diskussionen vor, die in einer Arbeitsgruppe des Arbeitsausschusses unter Leitung des Potsdamer Bezirkssekretärs Heinz Vietze geführt wurden.<sup>39</sup> An der Texterarbeitung, vorgetragen zweifellos in der Handschrift des Referenten, waren neben Vietze und Schumann die Historiker Günter Benser, Kurt Finker, Rolf Hoth, Karlheinz Jahnke, Kurt Libera, Gisela Schott, die Arbeitsausschussmitglieder Ulrich Peck, Markus Wolf und »Einheit«-Chefredakteur Manfred Banaschak beteiligt.

Schumann benannte als wichtigste politische Aufgabe der SED/PDS den Bruch mit dem »Stalinismus als System«. Honecker und sein Umfeld seien mit der Losung vom »Sozialismus in den Farben der DDR« auf Gegenkurs zu Perestrojka und Glasnost gegangen. Diese Zeit sei »Stalinismus in den Farben der DDR«.<sup>40</sup> Die neue SED/PDS-Führung setze sich auf dem Parteitag zum Ziel, die Organisation unwiderruflich von allen stalinistischen Strukturen zu befreien. Die angestrebte Entwicklung zu einer modernen sozialistischen Partei erschien damals bereits manchem als eine Aufgabe, die mindestens das nächste Jahrzehnt andauern werde.

Der Außerordentliche Parteitag war sowohl in der SED-Geschichte als auch der PDS-Entstehungsgeschichte ein singuläres Ereignis. Erstmals wurde ein Parteitag von der Basis erzwungen. Für die PDS steht dies am Beginn der eigenständigen Geschichte – als »Inaugural-Parteitag«. Zugleich ist es das formale Ende der SED. Die Bildung eines Arbeitsausschusses hatte noch die 12. (und letzte) ZK-Tagung – mithin ein SED-Gremium – am 3. Dezember 1989 beschlossen. Der Parteitag hingegen war auf für die SED einzigartige Weise durch den Druck der Basis gegen alle Verzögerungsversuche zustande gekommen – vor dem Hintergrund der zusammenbrechenden zentralistischen Struktur und Ordnung in SED und DDR.

Der Sonderparteitag war lediglich der erste Schritt auf dem langen Wege zu einer Modernisierung. Er konnte Fragen der konkreten historischen Situation aufwerfen und erste Antworten anbieten. Dass manche dieser Antworten bereits kurz nach dem Parteitag durch die gesellschaftliche Entwicklung in und außerhalb der DDR sowie bei den früheren Verbündeten überholt waren, lag im rasanten Tempo des Wandels 1989/90 begründet. Überdies sahen die Parteitagsdelegierten die Notwendigkeit der Erneuerung noch vor dem Hintergrund einer weiterexistierenden DDR. Diesbezüglich musste die PDS bald und schmerzvoll umdenken. Von Bestand blieb jedoch der vom Sonderparteitag ausgehende »antistalinistische Grundkonsens«.

40 Vgl. das ausführlich kommentierte Referat Michael Schumanns in: Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS, Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004, S. 33 ff.

Literaturhinweise:  
 Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS, Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989–2000, Berlin 2004.  
 Manfred Behrend, Helmut Meier (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS, Eine Dokumentation, Berlin 1991.  
 Lothar Bisky u. a. (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996.  
 Chronik der PDS 1989 bis 1996. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998.  
 Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik, Ein Handbuch, Berlin 1997.  
 Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999 (mit einer CD ausgewählter Original-Mitschnitte).  
 Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland. Mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1998.

MARIO KESSLER

# Aufstieg und Fall des Staatssozialismus. Helmut Bocks Dokumentation

Der Historiker Helmut Bock, Jahrgang 1928, gehört der so bezeichneten Flakhelfer-Generation an. Die Wege und Irrwege dieser Generation, die in seinen früheren Werken indirekt anklingen, sind Ausgangspunkt seiner als Selbstdokumentation bezeichneten Sammlung von Schriften aus fast zwanzig Jahren.<sup>1</sup> Diese kleineren Arbeiten geben Einblick in die Denkwege eines Forschers, dessen Arbeitsgebiete zunächst die deutsch-französischen Beziehungen« vor 1848, insbesondere das deutsche literarische Exil in Paris, sowie die preußische Militärgeschichte waren. Hinzu traten die deutschen Revolutionen von 1848 und 1918, die internationalen Auswirkungen der Russischen Oktoberrevolution und die Geschichte des linksbürgerlichen Pazifismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Neben zahlreichen Büchern zur Sozial- und Kulturgeschichte sind vor allem biographische Arbeiten zu Heinrich Heine, Ludwig Börne, über die preußischen Militärs Schill, Yorck und Gneisenau sowie über Bertha von Suttner hervorzuheben; die letztere Arbeit schrieb Bock zusammen mit seiner Frau, der Germanistin und Seghers-Spezialistin Sigrid Bock.<sup>2</sup>

Helmut Bock war, wie noch heute gut zu hören ist, ein Kölner Kind »von Eltern, die in jüdischen Geschäften angestellt und römisch-katholischen Glaubens waren. Von Haus aus faschistischer Gesinnung fremd, geriet ich aber«, so schreibt er, »als Schüler unter die germanophile Didaktik und den nationalen Romantizismus eines Nazi-Lehrers, wuchs ich bald gar im Braunhemd auf.« (S. 10) Dabei blieb es nicht lange: Kurzzeitig noch zur Kriegsmarine einberufen, aber nicht mehr eingesetzt, dabei nie auf einen Menschen geschossen, nahm ihm schon die allererste Begegnung mit der brutalen Wirklichkeit die Illusionen.

Nach kurzer englischer Gefangenschaft war Bock als Bau- und Landarbeiter in Westfalen und Berlin tätig und meldete sich zur Ostberliner Volkspolizei. Ab 1948 studierte er Germanistik, Geschichte und Pädagogik in Berlin. Seit 1951 arbeitete der sportinteressierte Bock, dessen Frau eine damals bekannte Leichtathletin (Mittelstrecklerin) war, an der neugegründeten Deutschen Hochschule für Sport und Körperkultur (DHfK) in Leipzig. 1956 legte er extern das Staatsexamen als Historiker an der Universität Leipzig ab, wo er 1960 auch mit einer Biographie Ludwigs Börnes promoviert wurde. Zu seinen akademischen Lehrern gehörten, neben Ernst Bloch und Walter Markov, auch Ernst Engelberg und Hans Mayer, die Gutachter der Dissertationsschrift, die einem interdisziplinären Ansatz zwi-

Mario Kessler, Jg. 1955, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam. Neueste Buchveröffentlichungen: *Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert* (Hamburg 2002); *Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943)* (Köln 2003); *Ein Funke Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus* (2004), zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Theo Bergmann 85 Jahre, Heft 125 (März 2001)

1 Helmut Bock: *Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000*, Berlin: Karl Dietz Verlag 2002, 383 S. Die in Klammern gesetzten Seiten-



schen Geschichte und Literatursoziologie folgte. Bock habilitierte sich 1970 mit einer weiteren historischen Biographie, diesmal über Ferdinand von Schill, und war von 1971 bis zur »Abwicklung« 1991 am Akademie-Institut für Geschichte in Berlin als Professor tätig. Ein Einzelvertrag im Wissenschaftler-Integrationsprogramm ermöglichte ihm die bezahlte Arbeit bis zur Rente 1994; damit war er eine seltene Ausnahme unter DDR-Historikern.

Die 27 Beiträge des Bandes, die der autobiographischen Skizze folgen, ordnen sich vier Schwerpunkten zu: Schriften am »Vorabend der Wende« (1983-1989) folgen solche aus Wende- sowie aus Nachwendezeiten. Ein »historischer Epilog: Freiheit, Gleichheit – und kein Ende« befaßt sich mit Utopien humaner wie umstrittener Art: von Maximilien Robespierre, aber auch von Jacques Roux bis Alfred Nobel. Auch ein Beitrag zu Heine fehlt nicht, dessen Sentenz aus den *Lutezia*-Berichten »Wir haben erst den Anfang gesehen« den Titel dieses Buches abgab.

Aus der Vielzahl der darin behandelten Themen seien die Fragen nach Helmut Bocks Geschichtsverständnis sowie nach dem Umgang mit dem DDR-Erbe in geschichtspolitischen Debatten der Gegenwart herausgegriffen. Dabei ist ein Interview, das Bock 1983 der kulturpolitischen Zeitschrift *Sonntag* gab, hervorzuheben: »Ich glaube nicht an mechanischen Siegeslauf«, hielt er in diesem für ihn durchaus typischen Text fest. Er wandte sich darin in recht deutlicher Form gegen die parteioffizielle Sicht von den vorgeblich wirkenden Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der Gesellschaft. Jener kritische Umgang mit herrschenden Dogmen war, auch wenn dies in der heutigen vereinfachten Sicht kaum wahrgenommen wird, für reformorientierte Sozialisten in der DDR mitunter ermutigender als lautstarke publizistische Stimmen im Westen.

Entschieden widersprach Bock jenem Vulgärmarxismus, der mit dem Vorteil des Nachgeborenen historische Entwicklung danach beurteilt, wie deren Resultate ein simplifiziertes Geschichtsbild bestätigen. »Die Vorväter in ihrer Zeit aber waren wie Schwimmer inmitten eines Flusses, verspürten die Strömung, witterten Vorteile und Gefahren, sahen nur wenig die Landschaft, wußten nicht genau, was hinter der nächsten Flußbiegung kam. Deshalb muß der Historiker – trotz seines Resultatwissens – versuchen, im Geiste mit ihnen zu leben, indem er damalige Gedanken und Handlungen streng unter den damaligen Bedingungen reproduziert und beurteilt. Das schließt die Wertung des Anteils an den Ergebnissen ihrer Epoche nicht aus. Aber es wäre ein Unrecht, die Menschen, die doch in einer Entwicklung standen, ausschließlich anhand der später erst überschaubaren Resultate zu beurteilen. Der Weg zur Erkenntnis beginnt immer mit halbverstandenen Eindrücken, vagen Umschreibungen, vorschnellen Schlagworten, er erfordert stets die Mühe der Erfahrungen, die Preisgabe der Illusionen, die unablässige Korrektur der Praxis und der Zielvorstellungen.« Allerdings, so Bock, »gibt es eine praktizierte Geschichtsinterpretation, die bei objektiven Gesetzmäßigkeiten als einem schlechthin Beschreibenswerten stehenbleibt. So kommt eine abstrakte, sogar moralisierende Erklärungsweise zustande, in der das konkrete Leben verschwindet. In unserer Geschichtsschreibung der ersten Jahrzehnte (der DDR) und noch heute

zahlen beziehen sich auf diese Quelle.

2 Eine Bibliographie Helmut Bocks befindet sich in der ihm zugeeigneten Festschrift: Walter Schmidt (Hg.): *Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke*, Berlin 2000, S. 245-268.

im Schulunterricht störte und stört mich der einseitige Abstraktionsgrad, bei dem Prozesse, aber kaum lebende Menschen gezeigt werden.« (S. 32 f.) Im Hause des von Margot Honecker beherrschten Ministeriums für Volksbildung konnten solche Sätze nicht anders denn als Ketzerei verstanden werden. Die ursprünglich als Serie geplanten weiteren Interviews mußten abgebrochen werden, und Bock erhielt von der Leitung der Akademie eine Verwarnung.

Er vergaß aber nicht, daß die dogmatisch fundierte Selbstsicherheit seiner Kritiker das – wichtigste und vielleicht einzige – »Gesetz« der historischen Wissenschaft nicht außer Kurs setzen konnte: daß der Historiker sich der Begrenztheit seiner Forschung und seines Standpunktes bewußt sein muß und jedes Resultat der wissenschaftlichen Arbeit einer methodischen Kontrolle unterwirft, die die Wandelbarkeit geschichtlicher Urteile in Rechnung stellt. Deutliche Worte gegen parteifromme Scharfmacher, die ein solches Denken unter den Verdacht der Konterrevolution stellten, konnte Bock allerdings erst in Wendezeiten öffentlich äußern. So schrieb er 1990 aus Anlaß der deutschen Vereinigung über jene, deren kritische Fragen ihnen Repressalien eingetragen hatten:

»Die Fragesteller, darunter gestandene Altkommunisten und viele der jungen Intelligenz, hatten die Logik, aber nicht die Macht auf ihrer Seite. An der Parteibasis hagelte es Parteistrafen, und wie Walter Janka, so wurden noch weitere hinter Gitter gesperrt, andere ins westliche Ausland vertrieben. Das einstweilige Resultat? Man hatte der Partei und dem Staatsvolk die ›Instrumente‹ gezeigt – und die Genossen der innerparteilichen Opposition, die potentiellen Anhänger des ›Prager Frühlings‹, der ›Perestrojka‹ und ›Glasnost‹, sofern sie nicht resignierten oder gar zerbrachen, überlebten ähnlich Brechts ›Galilei‹: Wir hielten an der Idee fest. Wir suchten uns für eine bessere Gelegenheit aufzusparen. Wir bewahrten die Glut unter der Asche. Doch versteckt und vereinzelt in Freundeskreisen, gefesselt von den Kontrollen der Staatssicherheit und den eigenen Skrupeln einer objektiv falschen Disziplin, verpaßten wir den entscheidenden historischen Auftritt. Nicht wir waren die Kraft, die 1989 das Volk mobilisierte.« Die knapp gewendete alte Machtelite suchte zu retten, was (nicht mehr) zu retten war: »Nach dem Sturz Honeckers betrieb sein übel belasteter Schüler und Nachfolger Egon Krenz eine Strategie bürokratischer Schadensbegrenzung und Systemerhaltung. Doch genau dies besiegelte, so Bock, »das Schicksal der Revolution: Unter Mißachtung der Volkskammer und aller Möglichkeiten, geeignete außenpolitische Absprachen für eine einstweilige Souveränität, eine vernunftmäßige Verhandlungs- und Kooperationsfähigkeit des Landes zu führen, ließ Krenz in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 die Grenzen bedingungslos öffnen. Seitdem nämlich hat sich die Umwälzung der DDR unter der Regie politischer und wirtschaftlicher Exponenten der Bundesrepublik Deutschland vollzogen – abzielend auf die Wiederherstellung der Kapitalwirtschaft und auf ihre wichtigste Bedingung: die schnellstmögliche ›Wiedervereinigung‹ der Deutschen.« (S. 192 f.)

Diese Passage rief die Kritik Wolfgang Mommsens hervor, damals Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD). In einem hier abgedruckten Brief an Helmut Bock brachte er die Mei-

nung des Verbandes zum Ausdruck, als er am 16. November 1990 schrieb: »Aus unserer Sicht haben die Bürger der DDR spätestens seit dem Herbst des letzten Jahres unzweifelhaft mit ihren Füßen gegen die Mauer votiert, und man darf darin gewiß ein demokratisches Votum sehen; mehr ist dies natürlich dann mit der Wahl vom März des Jahres (1990) gegeben. Gewiß ist es eine naheliegende Erwägung, daß die Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus in der DDR durch diese Ereignisse verhindert worden ist, aber Ihr Artikel erweckt den Eindruck, als ob Sie die demokratische Entscheidung zugunsten der deutschen Einheit als solche nicht als legitim empfinden.« (S. 198)

In seiner Antwort betonte Helmut Bock, er respektiere die Entscheidung des Beitritts zur Bundesrepublik, sehe sie aber nicht als historisch beste Lösung an: »Viele Grundrechte und soziale Errungenschaften des werktätigen Volkes waren und sind nicht garantiert. In der Außenpolitik existierte eine Fragwürdigkeit, die gerade vor den Erfahrungen der von mir betriebenen Friedens- und Konfliktforschung neuralgisch erscheinen mußte: Der regierende Kanzler verweigerte fortdauernd die definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens ... Welche weiteren Unwägbarkeiten, etwa einer hegemonialen NATO-Strategie, einer innenpolitischen Abschottung gegenüber einem Mehr an Demokratie, mochten sich dahinter verbergen? Kurz – eine Erneuerungsbewegung mit souveräner Volksvertretung hätte, so war zu denken, in paritätischen Verhandlungen auf dem Weg zur Einheit Deutschlands aktuelle Weiterungen der Demokratie und der Friedenspolitik verfechten, bei genügend Öffentlichkeit vielleicht gar bewirken können.« (S. 200)

Die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung habe aber überhaupt kein Interesse an irgendeinem Sozialismus gehabt, da mit diesem Begriff die Diktatur der SED-Führung verbunden gewesen sei, hielt Mommsen entgegen. Die Bürger der DDR hätten zumeist auch kein Interesse am Fortbestand des ostdeutschen Staates gehabt, ja, mehr noch: »In gewisser Weise wird man sagen dürfen, daß es die Bürger der DDR waren, die den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland eine schnelle Wiedervereinigung nach den im Westen gültigen Grundprinzipien oktroyiert haben, und nicht umgekehrt.« (S. 202) Daran ist viel Wahres, und doch blendete Mommsen die durch bundesdeutsche Medien und Parteien geschürte nationale Demagogie aus seiner Argumentation aus.

Anlaß des Briefwechsels war Bocks Frage an Mommsen, ob er an der Mitgliedschaft von DDR-Historikern im bundesdeutschen Fachverband interessiert sei. Mommsen bejahte dies grundsätzlich, sofern sich die Antragsteller nicht durch ihre Tätigkeit »im Dienst des SED-Regimes kompromittiert« hätten, was eine dehnbare Auslegung zuließ. Er erinnerte seinen ostdeutschen Briefpartner daran, daß die Historiker-Gesellschaft der DDR »bekanntlich als Gegenorganisation zum Verband der Historiker Deutschlands begründet worden« ist. (S. 198 f.)

Die neutrale Formulierung weist auf Kernprobleme nicht nur im Zusammenwirken deutscher Historiker hin. Die DDR-Historiker hatten 1958, durchaus medienwirksam inszeniert, den bislang gesamtdeutschen Historikertag in Trier verlassen. Vorangegangen wa-

3 Dem Kunsthistoriker Heinz Ladendorf wurde der Dokortitel nach der Flucht in den Westen aberkannt. Diese Aberkennung war in der Bundesrepublik indes juristisch unwirksam. Fälle von Historikern sind bislang nicht bestätigt worden. Der Verfasser dieser Zeilen hat bei seinen Untersuchungen über Stern und Engelberg keinerlei Hinweise gefunden, die einen solchen Vorwurf stützen könnten. Vgl. Mario Keßler: Exilierfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln etc. 2001, bes. S. 250 ff.

4 Vgl. jetzt Mario Keßler: Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Köln etc. 2003.

5 Ossip K. Flechtheim: Westdeutschland am Wendepunkt, Frankfurt a. M. 1967, S. 9.

6 Wolfgang J. Mommsen: Der Ort der DDR in der deutschen Geschichte, in: Jürgen Kocka, Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen-Hypothesen-Perspektiven, Berlin 1994, S. 28.

ren westdeutsche Vorwürfe, Historiker der DDR hätten sich für die Aberkennung von Dokortiteln jener Kollegen eingesetzt, die aus Ost- nach Westdeutschland geflüchtet waren. Namentlich richtete sich der Vorwurf gegen Ernst Engelberg, Max Steinmetz und Leo Stern, die ihn – wohl mit Recht – zurückwiesen.<sup>3</sup> Dennoch betonte der damalige VHD-Vorsitzende Hermann Aubin, der bisherige Brauch freier Aussprache könne gegenüber Verfechtern eines politischen Gewissenszwanges nicht mehr gelten. War Aubin in diesem Augenblick bewußt, daß er, einstiger Gefolgsmann der Nazis, sich gegen Historiker wandte, von denen zwei vom Nazismus verfolgt und ins Exil getrieben worden waren?

Bock druckt den interessanten Briefwechsel mit Mommsen ohne Kommentar ab, erinnert aber nicht an die Vorgänge von Trier, von denen er als damaliger Assistent Ernst Engelbergs doch gewiß viel mitbekommen hat. Dabei macht diese Kontroverse unter Historikern im Kleinen deutlich, worin das Dilemma der großen Politik lag: Nach 1945 war im Osten Deutschlands, um Wolfgang Mommsen zu zitieren, »eine Kombination von utopischem Denken und bürokratischer Herrschaft« errichtet worden, die »ein perfekt ausgebautes Sozialsystem garantierte, (die Bevölkerung) aber in politische Knebelung und ökonomische Misere hineingetrieben hat, und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil auch die verantwortlichen Intellektuellen, und nicht zuletzt die Historiker, bis zur letzten Minute der Chimäre nachgelaufen sind, daß es möglich sein könnte, ein ideales System einer demokratischen Ordnung sozialistischen Zuschnitts mit autoritären und bürokratischen Methoden durchzusetzen.« (S. 203)

Das deutsche Kaiserreich krankte, wie Arthur Rosenberg einst schrieb, daran, daß der politische Kompromiß zwischen Junkern und Bürgertum die Arbeiterklasse außerhalb der Staatsordnung gestellt hatte. Die Weimarer Republik litt, nach dem Urteil desselben Historikers, an der 1918 nicht vollzogenen Demokratisierung. Der Kaiser war gegangen, doch seine Industriekapitäne, Großagrarien, Generäle und Juristen – auch seine Historiker – waren geblieben.<sup>4</sup> Ossip Flechtheim, Rosenberg geistig verpflichtet, betonte 1967, auch »die zweite deutsche Republik war von vornherein mit schweren Geburtsfehlern belastet. Sie war nicht als Ergebnis einer demokratischen Massenerhebung ins Leben getreten, sondern als Folge einer totalen Niederlage Deutschlands ... Auf der anderen Seite schufen die Sowjets die DDR, nachdem sich ihre ursprünglichen Deutschlandpläne als undurchführbar erwiesen hatten.«<sup>5</sup> Deren Grundfehler hatte Mommsen in seiner Kritik an Bock zumindest deutlich umrissen. Auch an anderer Stelle notierte er »das weitgehende Versagen der Intellektuellen, die sich dem Regime vielfach bereitwillig zur Verfügung stellten.«<sup>6</sup> Obwohl Wolfgang Mommsen in Wendezeiten mehrmals betonte, die DDR-Historiker sollten keineswegs flächendeckend aus ihren Anstellungen hinausgedrängt werden, geschah genau dies. Sie hätten sich dem Regime und ihren Würdenträgern angedient und jede kritische Frage nach den Defiziten des eigenen Systems gescheut, hieß es oft zur Begründung bei Entlassungen. Doch auch, wer dies nicht getan hatte, verlor in aller Regel seinen Arbeitsplatz und erhielt keine Chance auf eine reguläre Weiterbeschäftigung in seinem Beruf.

Der Vorwurf, Historiker hätten sich einem gewalttätigen Regime angedient, wurde wenige Jahre nach diesem Briefwechsel in ganz anderer Weise erhoben. Nachdem die führenden Historiker der frühen Bundesrepublik gestorben waren, wurden sie Ziel einer breiten Kritik, die ihre Kollaboration mit dem Naziregime zum Inhalt hatte. Manche Tatsache, die eine solche Kollaboration belegte, war indes schon Jahrzehnte früher bekannt gewesen. Auch Wolfgang Mommsen, Schüler des im Dritten Reich wie in der Bundesrepublik sehr einflußreichen Theodor Schieder, konnte sich der Frage, was ihm bekannt gewesen sei, nicht entziehen. Es sei nicht Aufgabe eines Assistenten, sich mit der Vergangenheit seines akademischen Lehrers zu befassen, schrieb er. Ein moralisches Urteil nachgeborener Historiker spreche nicht für deren »Fähigkeit, sich über das eigene Tun rational Rechenschaft zu geben«; wer »die Kämpfe um das Geschichtsbild in den fünfziger und sechziger Jahren nicht mehr mitgemacht habe«, sei nicht zum Richter über vergangene Generationen von Historikern berufen.<sup>7</sup>

Zwar verhartete Mommsen nicht in dieser wissenschaftlich fragwürdigen Haltung. Wenig später veröffentlichte er die überarbeitete Fassung eines Vortrages aus dem Jahre 1998, die sehr kritisch das Versagen deutscher Historiker unter Hitler reflektierte.<sup>8</sup> In einem Interview verneinte er im Jahr 2000 entschieden die Frage, ob ein Historiker seinen Nazismus durch ein vorbildliches Wissenschaftlerdasein in der Bundesrepublik kompensieren könne. Doch zugleich gestand er, es wäre um seine wissenschaftliche Karriere geschehen gewesen, hätte er seinen Lehrer Schieder um eine Erklärung für dessen frühere nazistische Aktivitäten gebeten.<sup>9</sup> So wenig vergleichbare Pseudowissenschaft die meisten der 1990 entlassenen DDR-Historiker produziert hatten, legt man ihre Arbeiten neben das rassisch-völkische »Schrifttum« deutscher Historiker unter Hitler,<sup>10</sup> so sehr fällt auf, wie durchgängig ihnen ein Wissenschaftlerdasein nach dem Zusammensturz ihres Lehrgebäudes verwehrt wurde.

War die Bundesrepublik, Flechtheims Urteil zufolge, sowenig wie die DDR Produkt einer demokratischen Volkserhebung gewesen, so wurde doch das Ende der DDR durch eine solche Erhebung eingeleitet. Aber der »Ausbruch des Vierten Standes aus der Unmündigkeit«, so ein oft von Helmut Bock gebrauchtes Bild, endete mit der Einordnung in die Republik des bürgerlich-kapitalistischen »Dritten Standes«. So war die Erhebung der DDR-Bevölkerung in der Tat die einzige geglückte bürgerliche Revolution auf deutschem Boden. Doch fand sie nur in einem Teil Deutschlands statt, dessen Bewohner sich mehrheitlich nach der Entmachtung der alten Herrscherklasse einer anderen unterstellten. Die bürgerlich-kapitalistische Klasse und ihre Funktionsträger, darunter auch Historiker, handelten, wie jede Herrscherklasse handelt: Sie sicherten ihre Macht, und sie taten dies, indem sie politische Alternativen und deren Vertreter ausschalteten. Dies geschah natürlich nicht wie im Nazireich, auch nicht wie im Stalinismus, aber es geschah.

Wiederum weisen die deutschen Historiker-Zustände auf die politischen Verhältnisse im Ganzen hin. Wie die ostdeutschen Historiker, gleich ob vor 1989 Funktionsträger, einfache Mitglieder der SED oder der Staatspartei nicht zugehörig, wurden insgesamt so-

7 Wolfgang Mommsen in einem Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 1999, auch teilweise zitiert und kritisch kommentiert von Joachim Petzold: DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Potsdam 2000, S. 382.

8 Wolfgang J. Mommsen: Vom »Volkstumskampf« zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Osteuropa. Zur Rolle der deutschen Historiker unter dem Nationalsozialismus, in: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999, S. 183-214.

9 Vgl. das Interview mit Wolfgang J. Mommsen in: Rüdiger Hohls, Konrad H. Jarausch (Hg.): Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus, Stuttgart 2000, S. 191-217, bes. S. 203 f., 209.

10 Mit Recht wurde mehrfach angemerkt, daß auch im NS-Staat wissenschaftlich seriöse Arbeiten entstanden. Die Untersuchungen der letzten Jahre zeigen jedoch eindrücklich sowohl das Ausmaß an Kollaboration in Wissenschaftspolitik und Ideologie wie auch die Übernahme nazistischen Gedankenguts in Arbeiten, die den Anspruch erhoben, der Muse Klio zu dienen.

wohl »Aktivisten wie auch Untätige und Widersacher des Aufbruchs vom Herbst 1989 ... sämtlich zu Bundesbürgern zweiter Klasse«, um Helmut Bock zu zitieren. (S. 22) Bedarf es des Weitblicks eines Arthur Rosenberg, eines Ossip Flechtheim, um darin den Grundfehler der »Berliner Republik« zu sehen? Wie dieser Widerspruch überwinden wird, wie sich die Emanzipation der Menschen nicht nur in Gesamtdeutschland, sondern überhaupt jenseits nationaler Grenzen im 21. Jahrhundert gestaltet, wissen wir noch nicht, denn *Wir haben erst den Anfang gesehen*.

Sicher ist jedoch, daß die politische Emanzipation des Citoyen ohne eine soziale Befreiung, die Macht und Besitz aus der Gewalt der Wenigen in die Hände der Vielen legt, stets gefährdet ist. Sie bleibt mit der Gefahr einer Restauration im Sinne des Bourgeois konfrontiert, die, einmal vollzogen, »mit dem triumphalen Behagen aller Restaurationen der Geschichte« stets an den Sozialisten aller Schattierungen »exekutiert« wird. (S. 22) Dagegen suchte Helmut Bock seine Identität zu wahren, »indem er von der verdeckten oder gefesselten Opposition im Staats-Sozialismus zur legalen Opposition in der bürgerlichen Demokratie gelangte.« Diese Haltung, die er selbst als »dialektische Position« (S. 23) bezeichnete, und die vom Konvertitentum wie von Halsstarrigkeit gleichermaßen weit entfernt ist, eröffnet den Lesern seines Buches einen Spielraum an Hoffnung.

#### **Buchpublikationen von Helmut Bock:**

- Börnes Werke in zwei Bänden, hg. v. H. Bock u. Walter Dietze (1959, 5. Aufl. 1986);  
 Ludwig Börner. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller (1962);  
 Rebell im Preußenrock. Tauroggen 1812 (1963);  
 Zwischen Thron und Vaterland. Gneisenau im preußischen Krieg 1806-1807 (1966);  
 Schill. Rebellenzug 1809 (1969, 4. Aufl. 1988);  
 Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte, Mithg. (1973-1979);  
 Unter dem Regenbogen. Historische Porträts zur deutschen frühbürgerlichen Revolution, hg. v. H. Bock u. Marianne Thoms (1978, 4. Aufl. 1989);  
 Gewalten und Gestalten. Miniaturen und Porträts zur deutschen Novemberrevolution 1918/1919, hg. v. H. Bock, Wolfgang Ruge, Marianne Thoms (1978);  
 Grundriß der deutschen Geschichte, Mithg. u. Mitautor (1978);  
 Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution 1830 bis 1831 (1980);  
 Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Porträts 1933/35, hg. v. H. Bock, Wolfgang Ruge u. Marianne Thoms (1983);  
 Deutsche Geschichte, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789 bis 1871, Mitautor (1984);  
 Unzeit des Biedermeiers. Historische Miniaturen zum deutschen Vormärz 1830 bis 1848, hg. v. H. Bock u. Wolfgang Heise (1985);  
 Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart, hg. v. H. Bock u. Marianne Thoms (1989);  
 Bertha von Suttner, Die Waffen nieder!, hg. u. eingeleitet v. H. u. Sigrid Bock (1990);  
 Napoleon und nationale Unabhängigkeit. Der Widerspruch des Fortschritts, hg. v. H. Bock u. Renate Plöse (1990);  
 Aufbruch in die Bürgerwelt. Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier, hg. v. H. Bock u. R. Plöse (1994);  
 Ferdinand von Schill (1998);  
 Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers 1983 bis 2000 (2002).

ANDRÉ BRIE

## Strategische Konsequenzen aus den PDS-Wahlkämpfen 2004

Auch wenn ich mich eng auf das Thema konzentrieren möchte: Strategische Konsequenzen aus den aktuellen Wahlkämpfen der PDS lassen sich nicht ziehen, ohne die großen gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen in der Gesellschaft, ihre veränderten Wirtschafts- und Kulturbedingungen sowie Probleme der Globalisierung zu berücksichtigen. Von besonderer Bedeutung für mein Thema ist *erstens* die geistige, kulturelle und politische Hegemonialität des Neoliberalismus, die gesellschaftsgestaltend und -umgestaltend ist. Nicht zuletzt werden die Parteiprofile unter diesem Druck zu Einheitsbrei zermahlen; die Parteien geben ihr Profil und ihre politische und soziale Funktion zugunsten verschiedener Varianten des Neoliberalismus auf.

Zugleich zerstört der Neoliberalismus die Rolle von Politik und Demokratie, allerdings nicht in einem naturwüchsigen Prozess, sondern die Politik selbst bereitet der Herrschaft von Markt, Wirtschaft und Profit über die Gesellschaft sowie der eigenen Selbsterstörung den Weg. Wie immer man dazu steht: Politische und demokratische Spielräume und Handlungsmöglichkeiten sind bereits gefährdet und müssen vielfach erst durch alternative Politik und Bewegung zurückgewonnen werden. In weiten Teilen der Bevölkerung wird dies durchaus realistisch als Schwäche der Parteien und der politischen Institutionen gesehen.

*Zweitens* weise ich auf die soziale und kulturelle Ausdifferenzierung der Gesellschaft, der sozialen Klassen und Schichten, widerspruchsvolle Prozesse der Individualisierung (deren soziale und politische Konsequenzen durchaus differenziert zu sehen sind) sowie die Auflösung traditioneller sozialer Milieus hin. Das sind zweifellos keine neuen Entwicklungen; aber eine Analyse der Wahl- und Umfrageergebnisse der neunziger Jahre und ganz aktuell der Ergebnisse 2004 zeigt, dass diese Tendenz offensichtlich ein neues Ausmaß mit gravierenden und sehr konkreten Veränderungen für das Wahlverhalten angenommen hat. Alle Großorganisationen haben darauf und insbesondere auf die kulturellen Veränderungen, die damit verknüpft sind, keine Antworten, nicht die Parteien, nicht die Gewerkschaften, nicht die Wohlfahrtsverbände, nicht die Kirchen. Ob neue soziale und globalisierungskritische Bewegungen wie beispielsweise Attac dazu besser und nachhaltig in der Lage sein werden, ist offen, entbindet aber die Parteien nicht, selbst nach neuen Möglichkeiten und Bedingungen zu suchen, um junge Menschen anzusprechen, Mitglieder zu gewinnen, ihre gesellschaftliche Akzeptanz wieder zu erhöhen.

André Brie – Jg. 1950, Dr. phil., von 1976 bis 1990 Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Beziehungen Potsdam, Forschungsschwerpunkt: internationale Sicherheits- und Abrüstungspolitik, von 1990 bis 1999 und 2003/2004 Wahlkampfleiter der PDS und seit Juli 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Zukunft der Arbeit: Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung, Heft 137 (März 2002)

### *Neue Herausforderungen*

Die politischen wie die sozialen und kulturellen Verhältnisse sind in höchstem Maße widersprüchlich, ebenso können es verantwortungsvolle und wirklich alternative linke, demokratische und soziale Antworten nur sein. Stellt sich die Linke diesen Widersprüche nicht, ist sie unfähig, in dieser sozialen, politischen, kulturellen Widersprüchlichkeit zu agieren, wird sie keine zukunftsfähige Rolle spielen können. Die Zeiten, in denen die Linke von polarisierender Vereinfachung zehren konnte, sind vorbei. Das hat sich politisch-geschichtlich erledigt, das ist auch aufgrund der skizzierten gesellschaftlichen und globalen Veränderungen nicht mehr möglich. Ich erwähne das auch deshalb, weil zugleich aber gerade Wahlkämpfe Einheitlichkeit, Einfachheit, Emotionalisierung verlangen und Parteien ohnehin parteiisch sein müssen oder nicht dauerhaft sein werden; sie können nicht alle sozialen und politischen Interessen in der Gesellschaft vertreten, und eine linke Partei muss zuerst und entschieden die Interessen der sozial Benachteiligten, der sozial Schwachen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Wird sie vor allem anderen in dieser Hinsicht nicht klar, eindeutig erkennbar, insbesondere für ihre eigene Klientel, verliert sie ihre politische Funktion und ihren Gebrauchswert. Auch dieser Widerspruch zwischen komplexer, differenzierter, konstruktiver politischer Alternative einerseits und der Parteilichkeit einer linken Partei sowie den Erfordernissen (Gesetzen) von Wahlkämpfen muss ausgehalten, muss gestaltet werden können. Auch in dieser Hinsicht führen die erwähnten sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen zu noch höheren Anforderungen an Politikorganisation, Öffentlichkeitsarbeit, Wahlkampfgestaltung sowie politischer Kultur. Wir werden in Europa sicherlich keine Amerikanisierung von Wahlkämpfen erleben; aber die Rolle von Medien, Bildern, Persönlichkeiten, Aktionen, PR, Emotionalisierung, Professionalität, Werbung nimmt auch in europäischen Wahlkämpfen deutlich zu. Das darf für eine linke Partei keine Relativierung von politischen Inhalten und aufklärerischer Politik bedeuten; aber wehe dem, der diese Entwicklungen missachtet.

Das Europawahlergebnis ist in dieser Hinsicht absolut eindeutig. Diese allgemeinen, grundsätzlichen, langfristigen und meiner Meinung nach unumkehrbaren Veränderungen gehen zumindest in Deutschland (mir scheint, aber auch in anderen europäischen Ländern) mit einer wachsenden Dynamik, Labilität und Widersprüchlichkeit des Wahlverhaltens und der Wählerpotenziale einher beziehungsweise sind eine ihrer wesentlichen Ursachen. Fünf charakteristische Erscheinungen möchte ich hervorheben:

*Erstens:* Die Zahl der Wechselwählerinnen und -wähler oder wechselbereiten Wählerinnen und Wähler und die Wählerwanderung haben weiter zugenommen. Die Wechselbereitschaft wächst aber nicht nur quantitativ, sondern auch als Wechselbereitschaft nicht nur zwischen politisch oder kulturell einander nahen Parteien, sondern quer durch das ganze Spektrum. In Ostdeutschland, wo das Wahlverhalten schon seit 1990 ohnehin viel labiler war, konnte auch in der Vergangenheit ein verbreiteter Wechsel von der CDU zur PDS oder umgekehrt festgestellt werden. Diese Dynamik nimmt nun auch in Westdeutschland zu.



*Zweitens:* Die Wahlentscheidung fällt immer später. Nach der Wahltagsbefragung von *Infratest dimap* am 13. Juni 2004 haben beispielsweise 18 Prozent der PDS-Wählerinnen und -Wähler sich erst am Wahltag entschieden, 57 Prozent insgesamt in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl. Auch hier zeigen sich verstärkte Labilität und Dynamik des Wahlverhaltens. Der Mobilisierungsfähigkeit in Wahlkämpfen, insbesondere in ihrer letzten Phase, einschließlich der emotionalen Seite, kommt damit eine nicht mehr zu überschätzende Bedeutung zu.

*Drittens:* Die PDS ist in Ostdeutschland hinsichtlich der Breite und Heterogenität ihrer Wählerschaft eine Volkspartei, erreicht sozial, aber auch politisch sehr, sehr unterschiedliche, widersprüchliche Schichten. Die Widersprüchlichkeit der Wählerpotenziale im allgemeinen und die der PDS im besonderen nimmt jedoch darüber hinaus zu und wird in mancher Hinsicht problematisch. Es gibt insbesondere teilweise scharfe Gegensätze zwischen dem programmatischen und politischen Selbstverständnis und den Forderungen der PDS auf der einen und den Orientierungen nicht weniger ihrer Wählerinnen und Wähler auf der anderen Seite. So gibt es (im übrigen bei allen Parteien) auch in einem Teil der PDS-Wählerschaft ausländerfeindliche Momente, vor allem aber scharfe Kritik an oder sogar Ablehnung von Parteien, ernste Politik- und Demokratieskepsis sowie Law-and-order-Orientierungen. Ich plädiere dafür, diese Probleme erst einmal zur Kenntnis zu nehmen. Der Versuch einer wie auch immer gearteten linken »Reinigung« der Wählerschaft wäre fatal, weil sie erstens Ausdruck für die Wiederholung eines elitären und arroganten Avantgardismus, zweitens eine sektiererische Flucht aus der widerspruchsvollen Realität wäre. Die Aufgabe besteht vielmehr in aufklärerischer (nicht populistischer, sehr wohl aber auch populärer) Politik und massenwirksamer Argumentation: Mit dem Gesicht zum Volke, wie es Michael Chrapa immer gefordert hat, bedeutet nicht, dem Volk nach dem Munde zu reden, aber ebenso wenig, ihm dann nicht zuzuhören, wenn man selbst gründlich anderer Meinung ist.

*Viertens:* Gerade in dieser Hinsicht wäre es dringend erforderlich, die offenbar gewordenen Defizite der PDS zu analysieren und zu diskutieren (was leider nicht geschieht). Insgesamt hat die PDS 2004 Wahlergebnisse über dem Niveau ihres bisherigen »Rekordjahres« 1999 erreicht. Aber: Zwar sind die Sympathiewerte für die PDS seit 2003 deutlich gestiegen, auch ihre positive Einschätzung als »Partei für die kleinen Leute« oder »für die Ostdeutschen«, aber selbst bei ihrem Schlüsselthema »soziale Gerechtigkeit«, erst recht in Fragen wie der Wirtschafts- oder der Außen- und Sicherheitspolitik wird ihr wenig (bei sozialer Gerechtigkeit) oder keine Kompetenz zugetraut. Äußerst problematisch ist auch, dass die PDS zwar von vielen Wählerinnen und Wählern positiv als Partei des gesellschaftlichen Protests oder als ostdeutsche Partei, aber selbst von ihren eigenen Wählerinnen und Wählern nur in geringem Maße als »die sozialistische Partei« wahrgenommen wird. Die PDS hat 2004 einige ihrer Verluste von 2002 bei jungen Menschen, Selbstständigen, Freiberuflern, Unternehmern und vor allem ihre Verluste bei Frauen wettmachen können. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 oder der Berliner Ab-

»Seit Anfang an konnte die PDS in ihrer Kommunikation mit der Gesellschaft davon ausgehen, daß sie ihre Erfolge bestenfalls in zweiter Linie den Inhalten ihrer geschriebenen oder gesprochenen Texte verdanke. Viel wichtiger waren die zwischen und hinter den Zeilen liegenden Subtexte, die oft nicht verbalisierten Botschaften sowie positiv besetzte Assoziationen, die bewußt, nicht selten auch unbewußt vermittelt wurden: Die PDS stand für einen Wärmestrom, der sich aus verschiedenen Elementen

speiste: Ostidentität, Gerechtigkeit (vor allem für den Osten), Partei der Tat (Rente, Wohnung), intellektuelle Brillanz, Frieden, Tabubruch (für Jüngere). Das galt innerhalb der Partei als so selbstverständlich, daß es gar nicht oder nur unzureichend reflektiert wurde.

Unterdessen schmelzen die Milieus, die die PDS stützten. Die ehemalige Dienstklasse der DDR bedarf immer weniger einer eigenen Interessenvertretung; der Verlust des intellektuellen Charmes ... treibt Intellektuelle in die Abstinenz ... Daneben wenden sich auch die stets aufs neue zu gewinnenden Anhänger ab: Jugendliche, für die das Wählen der PDS einen kalkulierten Tabubruch bedeutete; die neuen intellektuellen Eliten aus den IT- und Kreativbereichen, die mit PDS eine andere politische Kultur assoziierten.«  
 Jörn Schütrumpf: Krisenhafte Kommunikation. Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003), S. 615.

geordnetenhauswahl 2001 bleiben jedoch auffällige Rückgänge bei jungen Menschen und Menschen mit Hochschulbildung bestehen. Offensichtlich ist die intellektuelle und kulturelle Ausstrahlung der PDS nicht ausreichend.

Äußerst dringend wäre im Übrigen auch eine Debatte darum, was die Wahlerfolge der Neonazis für die PDS, ihre Politik, ihre Kultur und ihre Wahlkämpfe bedeuten müssen. Die rechtsextremen Parteien profitieren in nicht geringem Maße von einer legitimen Proteststimmung in der Gesellschaft. Die unzureichend beantwortete Frage ist, wie es der PDS gelingen kann, diesen berechtigten Protest möglichst vollständig demokratisch und links zu integrieren und ihm eine nachhaltige Form zu geben. Die PDS jedenfalls hat in dieser Hinsicht eine besondere und durch andere Parteien nicht ersetzbare Verantwortung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland.

Um wenigstens noch ein *fünftes* Problem zu nennen: Die Wahlergebnisse 2004 der PDS sind von einer Nivellierung nach oben gekennzeichnet. Sie hat vor allem in Ostdeutschland dort besonders stark zugelegt, wo sie in der Vergangenheit schwach war. Aber sie hat in bestimmtem Maße ihre früheren Hochburgen dafür verloren.

#### *Linkes Wählerpotenzial von 10 bis 15 Prozent*

Die Wahlergebnisse, die Wahlforschung und die Meinungsumfragen im Jahr 2004 haben die Existenz eines linken (links von der SPD) Wählerinnen- und Wählerpotenzials in Deutschland in einer Höhe von 10 bis 15 Prozent der Wahlbevölkerung gezeigt. Erstmals seit 1990 war die PDS in Westdeutschland, insbesondere im Saarland und im Ruhrgebiet, messbar in der Lage, über traditionelle linke Milieus (und die ostdeutschen Zuwanderer) hinauszukommen, vor allem ehemalige SPD-Wählerinnen und Wähler zu erreichen. So bedeutsam diese Entwicklung ist – sie erfolgte allerdings auf niedrigem Niveau. 80 bis 90 Prozent des linken Wählerpotenzials in Westdeutschland werden weiterhin von der PDS nicht erreicht.

Es gibt durch die Wandlung der SPD und der Grünen in Deutschland, insbesondere in Westdeutschland, auf niedrigerem Niveau aber auch in Ostdeutschland, für gesellschaftskritisch, solidarisch und sozial orientierte Menschen eine beträchtliche Vertretungslücke, die von der PDS wahrscheinlich auch mittelfristig nicht ausreichend gefüllt werden kann. Die kulturellen, geschichtlichen und politischen Hürden erweisen sich als zu hoch und stabil, obwohl die Übereinstimmung mit den programmatischen Positionen und politischen Forderungen der PDS ausgesprochen groß ist. Die Ausfüllung dieser Vertretungslücke ist eine demokratische Aufgabe und zugleich eine strategische Chance für die Veränderung des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Klimas sowie der politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland. Eine konkrete Analyse der Wahlergebnisse 2004 und der Meinungsbilder, die sich in den Umfragen zeigten, kann ich hier nicht vornehmen; aber sie ergibt eindeutig, dass Proteststimmungen gegen und Ablehnung der herrschenden neoliberalen Politik in ihren christ-, sozial-, öko- und freidemokratischen Varianten weit über das linke Potenzial von 10 bis 15 Prozent der Wähler

rinnen und Wähler hinausgehen, in vielen Fragen eine Mehrheit der Bevölkerung umfasst. Diese Meinungen und Stimmungen äußern sich zeitweilig auch in Protestbewegungen oder im Wahlverhalten (aber nicht nur in Form einer oppositionellen Linkswahl); sie sind aber sowohl stabil als auch meist durch eine gesellschaftspolitisch resignative und passive Haltung gekennzeichnet.

Strategisch ergeben sich aus dieser Situation meiner Meinung nach drei Schlussfolgerungen:

*Erstens:* Die PDS ist auch im Wahl-Erfolgsfall, wenn man so will, strukturell nur in der Lage, die Hälfte des bestehenden linken Wählerpotenzials zu erschließen. Da sie zugleich mit einer Erosion ihres Stammwählerpotenzials und der zunehmenden Dynamik im Wahlverhalten konfrontiert ist, wird die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde für die PDS eine enorme Herausforderung, aber auch eine reale Möglichkeit bleiben.

*Zweitens:* Auch wenn das linke Wählerpotenzial in Deutschland gegenwärtig bis zu 15 Prozent umfasst, so kann es keine Basis für zwei linke Bundestagsparteien sein, zumal ein beträchtlicher Teil davon sich im Nichtwählerlager befindet, das nicht leicht erreichbar ist. Ohne dass ich zu einer sicheren Einschätzung der Aussichten der *Linken Wahlalternative* fähig bin, glaube ich, dass sie mit ihrer aktuellen Konzeption, ihren organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten und ihrem Erscheinungsbild auch nur einen eher geringen Teil des vorhandenen Potenzials ansprechen wird (auch wenn sie sicherlich eine vergleichsweise große Medienaufmerksamkeit genießen dürfte). Sie wird aber zum einen, zumindest in Westdeutschland, durchaus eine Konkurrenz um die gleichen Stimmen für die PDS sein (ich kann das Ausmaß natürlich nicht quantifizieren, aber angesichts von Stimmenanteilen der PDS zwischen einem und zwei Prozent und der bundesweiten Fünf-Prozent-Hürde kann diese Konkurrenz für die PDS in negativer Form wahlentscheidend sein). Zum anderen dürfte eine linke Konkurrenz für nicht wenige potenzielle Linkswähler demotivierend sein und könnte daher bei den Linksparteien Stimmen kosten.

*Drittens:* Selbst wenn die PDS-Führung das Problem der *Linken Wahlalternative* offensichtlich als nicht gravierend für die Wahlausichten der Partei 2006 ansieht und daher auf Abwarten setzt, und selbst wenn sie damit Recht behalten sollte, ist zu fragen, ob die wahlstrategische Verantwortung der PDS tatsächlich primär im Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde besteht, oder nicht ein neues und viel ambitionierteres politisch-strategisches Ziel gestellt werden muss? Nach meiner Überzeugung ist eben das dringend notwendig.

Es geht ja nicht einfach um die wahltaktischen Möglichkeiten von 10 bis 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die gewiss nicht kurzfristig und vollständig mobilisierbar sein werden. Es geht vielmehr darum, die demokratische Interessenvertretung und parlamentarische Repräsentation eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung wieder herzustellen, eines Bevölkerungsanteils, der im neoliberalisierten Deutschland nicht nur nicht ausreichend politisch vertreten ist, sondern auf die politische Interessenvertretung auch besonders angewiesen ist, handelt es sich doch wesentlich um sozial Benachteiligte und um Verlierer der »Modernisierung« und Globalisierung.

»Die Autoren dieser Analyse empfehlen der PDS, mit sehr langfristiger Perspektive den Weg einer gestaltenden Oppositionskraft zu beschreiten und ihr Hauptziel in einem Beitrag zur Veränderung von geistigen und politischen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft, der Schaffung von Voraussetzungen für eine deutliche Linkswende zu sehen. Unter den gegebenen Bedingungen kann gestaltende Oppositionskraft nur bedeuten, radikal-demokratische Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Die Gestaltungsmacht sollte vor allem im Hinblick auf die Formierung alternativer Ansätze, das Erproben von konkreten Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit auf kommunaler und regionaler Ebene, die Förderung breiter alternativer gesellschaftlicher Koalitionen, die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die Stärkung von Protestfähigkeit und realer Partizipation entwickelt werden. Dadurch wäre der wichtigste eigenständige Gebrauchswert der PDS zu bestimmen. Dies schließt Regierungsbeteiligung (auch perspektivisch auf der Bundesebene) nicht prinzipiell aus, ordnet sie aber der gesellschaftlichen Opposition gegenüber dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten unter. Die PDS muss in parlamentarischer Oppositions- bzw. Regierungsverantwortung den Test auf ihre Praxistauglichkeit bestehen, kann nachweisen, was mit ihr anders ist als ohne sie. Sie muss sich auch der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischen Wirkens stellen, ohne deshalb in die

Falle einer antiparlamentarischen Position zu gehen. Es wäre ein Ansatz, der Aktivität, Selbstbestimmung und demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen sucht und nicht bestrebt ist, politische Ziele vor allem dadurch zu erreichen, indem für »unsere Menschen« besser verwaltet wird. Es ist ein Ansatz der Aktivierung der politischen Gesellschaft anstelle ihrer Verwaltung, der Veränderung von unten anstelle der Verordnung von oben und der Selbstorganisation anstelle der Bevormundung. Dies schließt Regierungskoalitionen auf Länderebene nicht aus, ordnet sie aber diesem Ziel unter und betont damit die strategische Eigenständigkeit der PDS. Die PDS würde sich als Partei des sozialen und demokratischen Engagements für Gerechtigkeit und Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger sowie friedlicher Konfliktlösung profilieren.«

André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, rls standpunkte 7/2002 – [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Es geht auch darum, der weit über dieses linke Potenzial hinausreichenden Ablehnung beziehungsweise Kritik des herrschenden neoliberalen Gesellschaftsumbaus eine wirkungsvolle demokratische Stimme zu geben. Wenn die PDS in ihrer jetzigen Form diese Aufgabe nicht in diesem Ausmaß lösen kann, so müsste in qualitativ neuer Weise über ihre politische, organisatorische und kulturelle Öffnung gegenüber Kräften nachgedacht werden, die gemeinsam mit der PDS zu einer solchen Repräsentanz fähig wären.

Nur mit einem Abwarten, dass sich die *Wahlalternative* totläuft, zerstreitet oder gesellschaftlich nicht wirksam wird, ist es jedenfalls nicht getan. In diesem Zusammenhang wäre auch eine vielleicht prinzipielle Veränderung des Selbstverständnisses der PDS erforderlich: Sie wird zwar eine Minderheitenpartei bleiben; aber sie sollte (realistisch) einen großen gesellschaftlichen Anspruch erheben: Nicht weniger als eine wesentliche Kraft für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel zu sein (was übrigens keine Absage an Regierungsbeteiligungen auf Landesebene bedeuten soll, wohl aber ihre langfristige Einordnung in das strategische Projekt einer prinzipiellen Alternative zum Neoliberalismus). Abstrakt ist dieses Ziel zumindest gelegentlich auch schon formuliert worden, so im Leitantrag an den jüngsten Parteitag. Aber mit der Selbstbescheidung auf die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde und der Passivität gegenüber anderen gesellschaftskritischen Kräften, oder einfach auch der politischen, personellen und organisatorischen Überforderung, einen nachhaltigen, substanziellen Dialog mit ihnen zu entwickeln, demonstriert die PDS letztlich doch eine parteipolitische Binnenorientierung.

### *Strategische Optionen für 2006*

Kurz und wohl auch deutlicher gesagt: Die PDS muss sich meiner Meinung nach hinsichtlich ihres Wahlkampfes 2006 zwischen drei Optionen entscheiden, wobei die erste schon 2002 schief gegangen ist und aus meiner Sicht die wichtigste Ursache ihrer Wahlniederlage war.

*Erstens* kann die PDS in den Wahlkampf 2006 mit der Absicht gehen, eine Regierungsübernahme von CDU/CSU und FDP zu verhindern, die zweifellos den Kurs zur Zertrümmerung des Sozialstaats noch beschleunigen und erweitern würden. Die PDS müsste sich dafür glaubhaft als linkes Korrektiv innerhalb des rot-grünen Lagers definieren. Glaubhaft hieße nicht nur die Rolle als linkes Korrektiv und die Möglichkeit überzeugend zu vermitteln, dass Rot-Grün sich überhaupt links korrigieren ließen, sondern Millionen Wählerinnen und Wählern auch klar machen zu können, dass die PDS tatsächlich zu diesem Lager gehört und in diesem Lager zumindest nach dem Wahltag auch als Partnerin akzeptiert würde. Ich halte eine solche Strategie unter den gegenwärtigen Bedingungen für politischen Selbstmord, auch wenn die Verhinderung einer CDU-CSU-FDP-Regierung alles andere als unwichtig ist und der eindeutige Oppositions-, Protest- und Alternativwahlkampf zur Europawahl auch nicht problemlos war und nicht ohne weiteres auf die Bundestagswahl 2006 mit ihrem zu erwartenden Lager- und Regierungswahlkampf (den es 2004 nicht gab) zu übertragen ist. Die PDS

würde in einem politischen Bermudadreieck von Anti-Merkel- (oder Anti-Stoiber-), Pro-Schröder-Positionen und ostdeutscher Orientierung verschwinden.

Zum einen könnte die PDS programmatisch und politisch anstellen, was sie wollte, viele ihrer Wählerinnen und Wähler würden sie dann auch mit der Politik von SPD und Grünen identifizieren, die gerade von der potenziellen PDS-Wählerschaft massiv abgelehnt wird. Zum anderen dürfte es aber völlig illusionär sein zu glauben, dass die SPD die PDS 2006 als Koalitionspartnerin in einer Bundesregierung akzeptieren oder eine Minderheitsregierung von ihr tolerieren lassen würde. Auch die Wählerinnen und Wähler dürften eine solche Möglichkeit weitgehend ausschließen, so dass entscheidende Teile der PDS-Wählerinnen und -Wähler in diesem Fall wie 2002 den anderen, den einzig sicheren Weg gingen: gleich SPD wählen.

Schließlich, und das ist strategisch weitaus wichtiger, steht die SPD real wie in der Bewertung durch die Bevölkerung nicht für eine alternative Politik. Man könnte (und mittelfristig muss man) hoffen, dass die SPD zu ihrer sozialen und demokratischen Tradition zurückkehrt, aktuell haben SPD und Grüne den neoliberalen Systemwechsel in Deutschland weit vorangetrieben und der CDU/CSU und FDP den Boden für noch weiter gehende Schritte bereitet. Und so sehen das auch sehr viele Wählerinnen und Wähler. Selbst wenn die SPD aus welchen Gründen auch immer einen Kurswechsel vornähme – im linken Spektrum der Wählerinnen und Wähler ist sie zutiefst diskreditiert und sicherlich nur nach einem längeren Veränderungsprozess wieder glaubwürdig.

Eine Orientierung der PDS auf das aktuelle Regierungslager – z. B. mit dem zutreffenden Argument des kleineren Übels – würde die PDS unter ihren eigenen Wählerinnen und Wählern und ihr politisches Profil sowie ihre politische Funktion gefährlich beschädigen. Es kann und darf sich daraus kein Antisozialdemokratismus ergeben; aber die PDS wird strategisch ohnehin nur eine Partnerin für die Sozialdemokratie (eine erneuerte Sozialdemokratie) sein können, wenn sie ein überzeugendes eigenständiges Profil mit Dialog- und Zusammenarbeitsfähigkeit verknüpft.

Ein Richtungswechsel der Sozialdemokratie ist für ein soziales und demokratisches Deutschland (Artikel 20 des Grundgesetzes) unerlässlich; aber die PDS wird zu ihm nicht beitragen, wenn sie sich in das rot-grüne (oder das anti-schwarz-gelbe) Lager begibt. Aktuell, da sind die Wahlergebnisse von 1998 bis 2004 und alle Meinungsumfragen schonungslos eindeutig, hat die PDS ohnehin nur eine Chance im Wahlkampf 2006, wenn sie ihren politischen Gebrauchswert und dessen Bedeutung für Millionen Menschen außerhalb der beiden Regierungslager und alternativ zu beiden Lagern als Stimme der sozialen Gerechtigkeit, der realistischen, zukunftsfähigen sozialen Alternative sowie als ostdeutsche Stimme und Stimme des demokratischen, kulturvollen gesellschaftlichen Protestes überzeugend vermitteln kann. Das wird zweifellos schwierig; aber wahlstrategisch ist es meiner Meinung nach die einzige Möglichkeit für die PDS, und gesellschaftspolitisch ist es ihre Verantwortung.

Die zweite und die dritte Option, die ich oben bereits umrissen habe, sind gleichermaßen Alternativen zur ersten Möglichkeit, aber

»Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die dreizehn-jährigen Versuche, die PDS im Westen (mit fünf Sechsteln der Bevölkerung Deutschlands) zu etablieren, nur sehr begrenzte Erfolge hatten. Die PDS-Strukturen im Westen sind sehr labil, anfällig für Sektierertum und fast ohne soziale Verankerung. Es ist der PDS nicht gelungen, im Westen Personen und Gruppen zu gewinnen, die die PDS aus ihrer Isolation wirklich herausgeführt hätten. Das dafür in der West-PDS vorhandene Potenzial ist noch zu gering. Die weitere Verfolgung einer Westausdehnung der PDS scheint mir unter den gegenwärtigen Bedingungen unzureichend schnell und erfolgreich zu sein. Es wäre zu beachten, dass die West-Schwäche der PDS, die eng mit ihrer Bundeschwäche zusammenhängt, einen wachsenden Grund für die Schaffung einer alternativen linken politischen Partei jenseits von SPD und Grünen und auch in Trennung von der PDS darstellt. Die sozialen nichtsektiererischen Potenziale dafür sind in den linken Gewerkschaften, Sozialverbänden, der Friedensbewegung und globalisierungskritischen Bewegung gegeben. Wenn dieses Potenzial durch die PDS nicht für gemeinsame parteipolitische Ziele erschlossen wird, wird es auch kein linkes politisches Parteiprojekt geben, dessen Teil die PDS wäre. Die PDS kann gegenwärtig noch viel in ein solches Projekt einbringen und verfügt auch über ein hinreichendes Potenzial dafür, ohne aber ein solches Projekt allein tragen zu können. Ein solches Projekt sei PDS Plus genannt. Es zielt auf die Verbindung der

wie bereits erwähnt, sind es doch zwei unterschiedliche strategische Ziele. Sie schließen sich vielleicht auch nicht aus, außer dass das zeitliche Fenster für eine aktive Rolle der PDS in diesen Prozessen wohl nicht mehr lange offen sein wird.

Die *zweite strategische Option* der PDS 2006 bestünde in der Konzentration aller Kräfte und ihrer Politik auf den Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den deutschen Bundestag. Gelänge dies, bliebe die *dritte Option* offen, misslänge es, wären wohl sowohl die Möglichkeiten der PDS erschöpft, eine entscheidende Rolle bei der Formierung einer starken neuen linken Bewegung in Deutschland (nicht einer Fünf- bis Sechs- oder Sieben-Prozent-Partei, sondern einer mittelfristig Zehn- bis Fünfzehn-Prozent-Partei) zu spielen, sondern wahrscheinlich auch die Chancen einer solchen linken Kraft insgesamt vorerst verspielt.

Es gibt für keine dieser beiden Strategien eine Erfolgsgarantie, keine politische und keine für das Wahlergebnis. Abgesehen aber davon, dass, wie schon dargestellt, die Reduzierung auf die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde (ich spitze mit dem Wort »Reduzierung« sehr zu, um das Problem deutlicher zu machen) besonders große Erfolgsrisiken in sich birgt (die PDS müsste ihr Wählerpotenzial unter den schwierigen Bedingungen eines Lagerwahlkampfes, in dem sie keinen Platz hat, weitgehend ausschöpfen; was aber 1998 erfolgreich gelang), meine ich, dass es die Verantwortung der PDS als sozialistische Partei und ihre Chance als Partei mit den Wahlerfolgen von 2004 ist, den Wahlkampf 2006 zur Formierungsphase einer neuen, weitaus stärkeren Linken in Deutschland zu machen.

Ich war auch öffentlich immer ein entschiedener Befürworter von Gysis Rückkehr in die Politik. Für die Wahlaussichten der PDS 2006 wäre sie in jedem Fall positiv. Aber ehrlich gesagt, hielt ich seine Rückkehr auch nur in der Verknüpfung mit einem solchen neuen strategischen Projekt für wirklich richtig. Alles andere wäre eine Wiederholung, die für die PDS sicherlich bedeutsam wäre, aber gerade daher auch den schalen Geschmack mangelnder Perspektivfähigkeit der PDS verbreiten würde.

Die PDS selbst würde dabei nicht (wie von einigen befürchtet) aufgegeben. Es hat sich gerade in ihrem 15. Jahr gezeigt, dass es bei allen Schwierigkeiten und Defiziten ohne PDS keine erneuerte sozialistische Linke in Deutschland geben wird. Es wäre zu hoffen, dass man dies endlich auch bei den Initiatoren der *Wahlalternative* begriffe, denn inhaltliche Differenzen zwischen PDS und ihnen konnte ich in ihren programmatischen Dokumenten kaum entdecken. Die erforderliche Öffnung der PDS allerdings wäre alles andere als eine unproblematische Formalität. Wenn die PDS Katalysator und die wesentliche organisatorische Plattform für eine neue Linksbewegung sein will, brauchte sie gleichberechtigte Partner aus der *Wahlalternative* (beziehungsweise den Wahlalternativen), den Gewerkschaften, ATTAC und anderen globalisierungskritischen Bewegungen, den Wohlfahrtsverbänden, aus linken Kirchenkreisen, der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst, den Medien. Die Betonung liegt auf »gleichberechtigt«. Es geht nicht um eine Neuauflage von »Gysis bunter Truppe«, sondern um eine strategische, inhaltlich substanzreiche und weit in die gesamte Gesellschaft gerichtete gleich-

berechtigte Zusammenarbeit der PDS mit anderen alternativen demokratischen und sozialen Kräften.

Natürlich muss die PDS weiterhin eine sehr nachdrückliche ostdeutsche Stimme sein (das aber nicht regionalpolitisch, sondern von links); doch die notwendige Öffnung wird zum einen vor allem eine ehrliche und sicherlich nicht einfache Öffnung zu den konkreten gesellschaftlichen Problemen in Westdeutschland beziehungsweise der spezifischen westdeutschen Widerspiegelung allgemeiner Gesellschaftsfragen und zu westdeutscher Kultur sein müssen. Zum anderen wird diese Öffnung auch eine Öffnung in Richtung auf die Universitäten, den Hightech-Bereich, die Forschungsinstitute, die modernen Dienstleistungen und Medien bedeuten müssen. Ob die PDS dafür personell, kulturell, aber auch organisatorisch gewappnet ist, ist nicht sicher. Schließlich müssen sich die PDS und die Linke insgesamt kommunikativ und kulturell jenen stärker und wirksamer öffnen, die sie in besonderem Maße vertreten und vertreten wollen: den sozial Benachteiligten und durch die neoliberale »Modernisierung« (die gesellschaftspolitisch in Wirklichkeit in das 19. Jahrhundert führt) Deklassierten und Globalisierungsverlierern (viele davon im Nichtwählerlager). Wer sich nicht selbst in die Tasche lügt, wird eingestehen müssen, dass Sprache, Kultur, Politik- und Kommunikationsformen der PDS nur teilweise diesem Anspruch gerecht werden.

Stärken der PDS mit jenen Potenzialen, die außerhalb der PDS für ein sozialistisches parteipolitisches Projekt in Deutschland bestehen und nicht direkt durch die PDS erreicht werden können.

Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? rls standpunkte, 3/2003 (Mai 2003, erweiterte Internet-Version)  
– [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de).

## GESINE LÖTZSCH

# Zukunft konkreter Politik

Ich bin keine Historikerin und möchte auch nicht den 15. Jahrestag der PDS mißbrauchen und den Historikern ins Handwerk pfuschen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um über Probleme nachzudenken, die mich seit der Gründung der PDS bewegen und für die ich noch keine befriedigende Lösung gefunden habe.

Nach der sogenannten Wende gaben uns viele Politiker anderer Parteien den Rat, erst einmal die eigene Geschichte aufzuarbeiten. Wir haben uns jedoch sofort in die konkrete Politik eingemischt. Wir haben uns sogar in die Politik *gestürzt* und uns dabei nicht immer ausreichend Zeit genommen, über unsere Geschichte gründlich nachzudenken und daraus Schlußfolgerungen für unsere aktuelle Politik zu ziehen. Wenn ich auf die 15 Jahre zurückblicke, frage ich mich, was wir als PDS konkret erreicht haben. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Die Antwort setzt voraus, daß wir uns fragen, was unsere konkreten Ziele waren. Doch wer hat schon alle Leitstränge und Beschlüsse der PDS im Kopf?

### *Konkrete Ziele der PDS Anfang der 90er Jahre*

Die PDS war direkt nach der Wende für viele Menschen ein unverzichtbarer Berater, Anwalt und Gesprächspartner. Gemeinsam wurde für den Erhalt von Arbeitsplätzen gestritten, die Betriebskostenabrechnung oder der Rentenbescheid überprüft. Als viele Menschen bereit waren, alles über Bord zu werfen, hat die PDS auch gegenüber anderen Parteien, Medien, Organisationen und Gruppen für eine differenziertere Sicht geworben. Ich erinnere mich z. B. an die heftigen Angriffe von Vertretern der Alternativen Liste gegen die Spezialschulen in Ostberlin. Die Körperbehindertenschule in Lichtenberg wurde in Frage gestellt. Das konnte man nicht in Westberlin. Wir konnten den Erhalt der Schule durchsetzen. Das war zwar nur ein kleiner Erfolg der PDS. Doch kann wahrscheinlich fast jeder Genosse von erfolgreichen Abwehrkämpfen berichten.

Schaut man jedoch zurück, so ist es uns nicht gelungen, die unsinnige Abwicklungswut in den ersten Jahren nach dem Anschluß der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu stoppen. Vielleicht lag das auch nicht in unserer Macht. Erst jetzt erkennen einige wenige Abwickler der 90er Jahre, was sie angerichtet haben. Doch nur wenige sind bereit, über diese schweren Fehler nachzudenken, die bis heute nachwirken. Viel lieber klagen die damals Verantwortlichen über die angeblich jammernden Osis und ihre angeblich unzureichende Flexibilität und Mobilität.

Gesine Löttsch – Jg. 1961, Dr. phil., Studium und Promotion am Bereich Germanistik der Humboldt-Universität zu Berlin, Wahl in die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung im Mai 1990, 1991 bis 2002 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, seit 2002 Mitglied des Bundestages; Homepage: [www.gesine-loetzsch.de](http://www.gesine-loetzsch.de)  
Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Alpträume? Rede zum Politischen Aschermittwoch 1993 im Haus am Köllnischen Park, Heft 27/28 (Januar/Februar 1993), S. 99-103.



Nach und nach ist mancher bereit, Polikliniken neu zu gründen oder im Zusammenhang mit PISA positiv über Elemente des DDR-Schulsystems nachzudenken. Doch die Zerschlagung des Industrie- und Forschungspotentials der DDR ist auf absehbare Zeit nicht wieder gutzumachen.

### *Konkrete Ziele der PDS Ende der 90er Jahre*

Viele Ostdeutsche haben – trotz hoher Arbeitslosigkeit und vieler anderer Probleme Ende der 90er Jahre – ihre Orientierung im ziemlich verworrenen und bürokratisierten bundesdeutschen Koordinatensystem gefunden. Sie haben dies sogar erstaunlich schnell getan. Über 80 Prozent der Ostdeutschen haben ihre Arbeitsstelle wechseln müssen. Eine beeindruckende Zahl, die zeigt, daß viele Ostdeutsche eine unglaubliche Flexibilität an den Tag legen. Eine solche wünschte man sich von den Politikern, die sie immer wieder von uns einfordern.

Die PDS hat sich insbesondere in der Kommunalpolitik gut auf die neue Situation eingestellt und konkrete Ziele formuliert, um die gewaltigen Strukturveränderungen in den Städten und Gemeinden im Sinne der Betroffenen zu bewältigen.

### *Konkrete Politik – konkrete Losungen*

Es wäre eine lohnende Aufgabe, über die Geschichte von Losungen eine Studie zu verfassen. »Sozial mit ganzer Kraft« ist z. B. eine wirksame Losung. Ebenso hat die Losung »Veränderung beginnt mit Opposition« viele Menschen bewogen, PDS zu wählen. Aber vielleicht sollten wir auch über »parteiinterne« Losungen nachdenken, z. B. »Veränderung beginnt mit Analyse«.

Losungen sind die komprimierte Form politischer Programme. In der Regel sind es die Losungen – und nicht Leitanträge oder Programme –, die »die Massen« erreichen. Deshalb ist es erstaunlich, mit welcher Vehemenz in der Vergangenheit über Leitanträge und Parteiprogramme gestritten wurde und wie wenig Beachtung Parteitags-Lösungen fanden. Mit einer Losung wird in der Regel ein politisches Ziel beschrieben. Wir sind unterschiedlich gut bei der Formulierung unserer Ziele. Ich möchte die These aufstellen: Je klarer wir unsere Ziele formulieren und je beharrlicher wir sie verfolgen, desto größer ist der allgemeine Zuspruch. Das ist der PDS in den letzten 15 Jahren in der Kommunalpolitik gelungen. Wir nehmen die Sorgen und Wünsche der Menschen auf und gehen dann mit ganzer Kraft daran, Jugendklubs, Seniorenheime und Fußgängerüberwege zu bauen, Genossenschaften oder Kulturvereine zu gründen und vieles andere mehr. Im Osten haben viele Menschen die Erfahrung gemacht, daß die PDS ihre Sorgen und Probleme ernst nimmt, praktische Lösungen sucht und diese meist auch findet. In den nächsten Jahren haben die PDS-Kommunalpolitiker die Chance, neue konkrete Ziele zu formulieren, die über das hinausgehen, was im bundesdeutschen Maßstab herkömmlicherweise als Kommunalpolitik verstanden wird.

In Lichtenberg wollen wir in diesem Jahr einen Haushalt aufstellen, an dessen Erarbeitung die Bürger nach dem Vorbild von Porto Alegre direkt beteiligt werden. Ich freue mich auf den Tag, an dem

»Die Mehrzahl der PDS-Mitglieder ist vorrangig in den Kommunen mit den Ergebnissen der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklung der Bundesrepublik konfrontiert. Hier sind sie in unmittelbarer Berührung mit dem Alltag der Gesellschaft und anderen Menschen. Hier kann die PDS als sozialistische Partei erlebbar sein, den Nachweis führen, daß sie gebraucht wird. (...) Nur wo die Partei erfahrbar ist, Menschen motiviert, für ihre Interessen und die Interessen Diskriminierter einzutreten, erweist sie sich als notwendig.« – André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Dietz Verlag Berlin 1997, S. 324.

»Die nach 1990 wesentlich gewachsene Akzeptanz der PDS in der ostdeutschen Bevölkerung hatte zweifelsohne mit dem Wirken der Tausenden Kommunalpolitikerinnen und -politiker der PDS in Gemeinden, Stadt- und Kreistagsfraktionen zu tun. Die PDS wies, nicht zuletzt auch durch ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Politikfähigkeit, Realismus und Kompetenz nach. Gleichzeitig zeigten sich jedoch die beträchtlichen Herausforderungen und Probleme für linke Kommunalpolitik im Spannungsfeld zwischen kommunaler Alltagspolitik und der Lösung von Verwaltungsaufgaben einerseits und sozialistischen Grundsätzen, Wertorientierungen und Zielen

andererseits. Der Anspruch der PDS, daß Bürgerinteressen vor Parteiinteressen gehen müssen, kann keine Maxime für prinzipienlose Orientierung an Mehrheitsmeinungen und -stimmungen sein. Die gelegentlich zu hörende These »Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger zu machen«, führt mitunter dazu, daß vernachlässigt und versäumt wird, andere zum Handeln zu ermutigen, Lobby für Menschen ohne Lobby und für die globalen und zukünftigen Erfordernisse zu sein sowie über die Strukturen der gegenwärtigen Gesellschaft hinaus zu denken. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die die geringsten politischen Spielräume haben, sind wohl am stärksten mit diesem Problem konfrontiert.« Ebenda.

bayerische Kommunalpolitiker nach Lichtenberg kommen, um von unseren Erfahrungen zu lernen. Das ist keineswegs überheblich. Ich glaube wirklich, daß in der Ex-DDR vieles noch nicht so in Beton gegossen ist wie in der Alt-BRD. Wenn es uns als PDS gelänge, durch innovative Kommunalpolitik im Osten auch in den alten Ländern Akzente zu setzen, dann würde sich dies auch auf den Aufbau der PDS im Westen auswirken.

Auf der Landes- und Bundesebene ist es häufig schwieriger, konkrete Ziele zu formulieren. Es muß alles sozialer, gerechter, ökologischer, feministischer oder sonstwie sein. Wir müssen immer 30 Euro mehr fordern als die SPD und/oder die Grünen. Ist das der Schlüssel zum Erfolg? Ich habe beobachtet: In dem Maße, wie die eigenen politischen Ziele unklarer wurden, rückte die Umsetzung dieser unklaren Ziele in den Mittelpunkt.

Ich meine beispielsweise die unfruchtbare Diskussion in der PDS, ob man opponieren, tolerieren oder regieren sollte. Ich halte diese Frage für eine abgeleitete. Das ist ein wichtiges methodisches Problem. Eine demokratische Partei muß in der Lage sein, alle Formen der Demokratie zu beherrschen. Sie muß ebenso opponieren wie regieren können. Gerade, wer einmal regiert hat, weiß, was eine gute Opposition eigentlich erreichen kann, wo die Stärken und Schwächen des Regierungsapparates liegen. Solches Wissen ist auf keinen Fall zu unterschätzen. Die Entscheidung über Beteiligung an Regierungen ist auch kein Problem, wenn wir wissen, was wir wollen und was wir nicht wollen. Wenn die PDS sehr konkrete Ziele hat, kann sie am besten prüfen, wie diese Ziele zu erreichen sind. Das geht manchmal in der Opposition besser, manchmal in der Regierung. Wichtig ist nur, daß man nicht umgekehrt vorgeht und die Ziele davon abhängig macht, ob man sich im Augenblick in der Regierung oder in der Opposition befindet. Die Diskussion über die Art und Weise der Beteiligung an der Demokratie hat zur Vernachlässigung der Bestimmung konkreter für die Menschen nachvollziehbarer Ziele geführt. Es wurde vermehrt nach dem Gebrauchswert der PDS gefragt. Die SPD konnte sich manches Ost-Themas bemächtigen, weil wir es vernachlässigt hatten und unklar in der Definition unserer konkreten Ziele wurden.

Doch in der Krise der PDS wurde weniger über die konkreten Ziele der Partei als vielmehr über die methodische Frage, ob man regieren oder opponieren solle, gestritten. Das führte zu der absurden Situation, daß manche meinen, daß wir nur in der Opposition wirklich etwas verändern können. Wenn man allerdings fragt, was sie in der Opposition verändert haben, wird häufig auf gute Kooperation mit Bündnispartnern und funktionsfähige Netzwerke verwiesen, was aus meiner Sicht aber erst der Anfang von Veränderung und noch nicht die Veränderung selbst ist. Allerdings ist es so, daß die bloße Existenz der PDS, ob in Opposition oder Regierung, Regierungshandeln verändert bzw. eingeschränkt hat (z. B. in der Frage des Rentenunrechts). Andere wiederum schwören auf Regierungsbeteiligungen, weil man in der Opposition eigentlich gar nichts erreichen könne. Allerdings sind die gleichen Genossen unentwegt damit beschäftigt, zu erklären, was alles in der Regierung nicht geht, anstatt zu sagen, was geht. Beide Ansichten sind in ihrer Verabsolutierung

problematisch. Ich bin der festen Überzeugung, daß die PDS in den letzten 15 Jahren weder die Möglichkeiten der Opposition noch die Möglichkeit des Regierens ausreichend genutzt hat. Ich würde mir wünschen, daß wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir diese Möglichkeiten besser nutzen können, anstatt uns gegenseitig vorzuwerfen, daß die jeweilige Form der demokratischen Beteiligung völlig ungeeignet sei, um unsere politischen Ziele zu verwirklichen.

Ich habe in einer Regierungsfraktion und in einer Oppositionsfraktion gearbeitet und möchte unsere noch nicht genutzten Möglichkeiten exemplarisch an Beispielen darstellen.

Als Stadtverordnete der PDS in Ostberlin arbeitete ich Anfang der 90er Jahre am Entwurf der Berliner Verfassung mit. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es um die Frage, ob das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft in der Verfassung stehen sollte oder nicht. Wie selbstverständlich hatte der Ausschußvorsitzende, der von der SPD gestellt wurde, Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche als Sachverständige zu dieser Frage eingeladen. Die Vertreterinnen der Bündnisfraktion, Bärbel Bohley und Ingrid Köppe, waren entsetzt, daß das Wort der Kirchenvertreter (alles Männer) schwerer wiegen sollte als das Wort der Vertreterin eines Frauenverbandes. Kurze Zeit sah es so aus, als hätten die Kirchenvertreter sich durchgesetzt. In der PDS-Fraktion gab es nun Stimmen, die dafür plädierten, die möglichst einvernehmliche Verabschiedung der Verfassung zum primären Ziel zu erklären und dafür »Abstriche« in dieser Frage hinzunehmen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen in unserer Fraktion. Ich hatte keinerlei Verständnis für die Männer, die für das höhere Ziel der Verfassung bereit waren, »Untergeordnetes« wie die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper zu opfern. Die Auseinandersetzung war beileibe nicht theoretischer Art, denn der Einigungsvertrag sah ja bekanntlich die Schaffung einer neuen gesamtdeutschen Lösung nach einer Übergangsfrist vor. Daß schließlich die anderen Fraktionen zu der Formulierung »Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft« zurückkehrten, ersparte uns weitere interne Auseinandersetzungen.

Aus diesen Diskussionen habe ich gelernt, daß es unerläßlich ist, die eigenen Ziele genau und ausführlich zu diskutieren und sie dann aber auch beharrlich zu verfolgen. Hier bin ich an einen Punkt gelangt, der uns in der Opposition wie in der Regierung gleichermaßen betrifft: Wie gehen wir mit unseren einmal bestimmten konkreten Zielen um? Wie ernst nehmen wir unsere eigenen Ziele? Ich habe immer wieder beobachtet, daß ohne Bestimmung der eigenen Ziele Verhandlungen mit anderen Parteien begonnen wurden. Manchmal wurde der Kompromiß sogar zum Ausgangspunkt der Verhandlungen gemacht. Um nicht mißverstanden zu werden: Meine Episode stammt aus Zeiten, als an eine Regierungsbeteiligung gar nicht zu denken war.

Die Wiederherstellung von Nikolai Bersarins Ehrenbürgerschaft in Berlin ist ein gutes Beispiel aus den Zeiten des Übergangs von einer Oppositionsfraktion zu einer Regierungsfraktion. Der Regierende Bürgermeister Diepgen hatte Bersarin von der Ehrenbürgerliste Berlins auf der Grundlage völlig unhaltbarer Beschuldigungen streichen lassen. Daraufhin gab es – wie auch bei vielen Straßen-

»Kommunen sind schließlich auch konkrete Orte von PDS-Politik in anderen relevanten Fragen. Antirassismus-, Antifaschismus- sowie Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, soziales Engagement, ökologische Initiativen der PDS usw. werden politisch wirksam, wenn sie mit der Kommunalpolitik verbunden werden.«  
Ebenda.

»Kommunalpolitik ist kein Sturm auf die Bastille, das englische Teeschiff im Hafen von Boston oder den Winterpalast. Gleiches ließe sich von gewerkschaftlichem, feministischem und ökologischem Engagement oder der Arbeit in Internationalismus- und Friedensgruppen sagen. Doch Realpolitik und Alltagspolitik, politische Kompromisse, Teilschritte und selbst das Ringen darum, Rückschritte kleiner als von den Herrschenden betrieben ausfallen zu lassen, sind nicht von vornherein eine Absage an gesellschaftliche Wandlungen und Brüche oder visionären Anspruch. Sie sind eine unerläßliche Bedingung dafür, Politik aus ihrer aktuellen Blockierung zu befreien, Wandel aus den bestehenden Realitäten und nicht aus den Wunschträumen über den Zustand von Massenbewußtsein, Politik, Gesellschaft zu entwickeln, den notwendigen gesellschaftlichen Aufbruch mit Menschen gemeinsam zu beginnen, die sich von ihren gegenwärtigen Interessen und Erfahrungen leiten lassen und nicht von abstrakten Gesellschaftszielen.«

Ebenda, S. 349.

umbenennungen – heftige Bürgerproteste. Die PDS hat diese Proteste immer wieder aufgegriffen und unterstützt.

Die Beschuldigungen konnten schnell ausgeräumt werden, und SPD, Grüne und PDS beschlossen gegen die Stimmen der CDU, daß Bersarin wieder Ehrenbürger werden solle. Während der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und PDS bestand ich darauf, daß die Wiederherstellung von Bersarins Ehrenbürgerschaft zu thematisieren und letztendlich auch festzuschreiben sei, und sei es auch nur als Protokollnotiz. Nach der Regierungsbildung brachte ich Bersarins Ehrenbürgerschaft erneut in die Debatte. Aus den eigenen Reihen war zu hören, daß wir das der SPD und den Westberlinern einfach nicht zumuten könnten. Die Frontstadterfahrungen saßen noch zu tief. Man müsse bei den Westberlinern erst um Verständnis und Vertrauen werben. Ich habe das eingesehen und eine Broschüre über Bersarin erarbeitet, in der sein hilfreiches Wirken nach dem Krieg in Berlin und die ganze Geschichte der Streichung seines Namens von der Berliner Ehrenbürgerliste dargestellt wurde. Die Broschüre ging an alle Bezirksbürgermeister und Bibliotheken der Stadt. Es kam kein Protest. Bersarin wurde wieder Ehrenbürger, und es gab keine einzige Demonstration gegen diese Ehrenbürgerschaft. Die Zumutung für die SPD und die Westberliner hielt sich wohl doch in Grenzen. Ich habe übrigens engagierte Westberliner kennengelernt, die sich über viele Jahre für Bersarin eingesetzt haben.

An diesem Beispiel wird ein Problem deutlich, mit dem wir tagtäglich zu kämpfen haben. Wir denken häufig mehr über die möglichen Zumutungen für andere nach als über unsere eigenen Forderungen und konkreten Ziele. Manchmal habe ich den Eindruck, daß der Regierende Bürgermeister schwer herzkrank sein müsse, wenn mir meine Genossen flüsternd mitteilen, warum man ihm eine bestimmte Forderung nicht zumuten könne. Ich weiß, Klaus Wowereit erfreut sich bester Gesundheit und ist nicht unzufrieden mit dem Koalitionspartner PDS.

Es geht bei diesem Beispiel aber nicht nur um den Koalitionspartner. Es geht auch um die wirklichen oder auch nur eingebildeten Sachzwänge. Bersarin wieder auf die Ehrenbürgerliste zu bekommen, war für mich nicht nur Herzenssache, sondern auch ein methodisches Experiment, mich mit den vermeintlichen Sachzwängen auseinanderzusetzen.

In Anbetracht der dramatischen Berliner Haushaltslage ist die Durchsetzung jeder Idee, die Geld kostet – und sei sie noch so gut – äußerst schwierig. Ich wollte deshalb Vorschläge machen, die kein Geld kosten. Ich war schon erstaunt, wie viele »Sachzwänge« – außer der Haushaltsnotlage – noch alles existieren, die sich bei intensivem Bohren und Nachfragen in Luft auflösen. Wäre es nicht eine sinnvolle Aufgabe, über konkrete Ziele nachzudenken, die wenig oder gar kein Geld kosten und die Umsetzung konkreter Ziele der PDS befördern?

Ich habe mich aus sehr unterschiedlichen Gründen für eine Beteiligung der PDS an der Regierung in Berlin ausgesprochen. Ein Grund war der Bankenskandal. Viele Menschen hatten es einfach satt, von Landowsky und der CDU regiert zu werden. Sie wollten, daß die Verursacher des Bankenskandals endlich von der politischen

Bühne verschwinden, und einige – leider nicht alle – sind ja dann auch verschwunden. Ich meine, daß die PDS sich an Regierungen beteiligen sollte, selbst wenn der finanzielle Handlungsspielraum gering ist. Ich bin der Auffassung, daß PDS-Politiker besondere Fähigkeiten haben sollten, mit Mangel sozial gerecht umzugehen – im Gegensatz zu Scheckbuchpolitikern wie Klaus Landowsky und Co. Ich bin der festen Überzeugung, daß viele Menschen sogar bereit sind, sich einzuschränken, wenn gleichzeitig die Umverteilung von unten nach oben gestoppt und Unrecht korrigiert wird. Aber auch wenn letzteres – aus unterschiedlichen Gründen – nicht erreicht wird, muß immer wieder erklärt werden, warum es nicht erreicht wurde und wer dafür die Verantwortung trägt.

Ich habe auf dem letzten Parteitag der PDS die 500 Änderungsanträge zum Parteiprogramm gewürdigt und vorgeschlagen, 500 Ideen zur Umsetzung des Programms zu entwickeln. Das Programm kann ja seine Wirkung nur entfalten, wenn wir die großen Ziele in viele konkrete Teilziele aufteilen und daraus unser praktisches Handeln ableiten.

Ich glaube, ein Erfolg der Grünen besteht genau in der Fähigkeit, ihre globalen Ziele zu definieren, aber gleichzeitig Ziele zu benennen, die jeder einzelne für sich umsetzen kann. Wir haben doch die kuriose Situation, daß ein grüner Anwalt oder eine grüne Gymnasiallehrerin bei der täglichen Mülltrennung das Gefühl hat, ein bißchen die Welt gerettet zu haben. Ob das stimmt, ist natürlich eine andere Frage. Aber zumindest kann der grüne Wähler sein tägliches Handeln irgendwie gefühlsmäßig mit den Zielen der Grünen in Übereinstimmung bringen, und das ist ein Erfolgsrezept, wie wir bei den letzten Wahlen beobachten konnten.

Ich kann nur schwer Bürger für die PDS gewinnen, wenn ich nach den konkreten Zielen der PDS gefragt werde. Soll ich sagen, daß wir eine solidarische Bürgerversicherung wollen oder eine friedlichere Welt? Dann kommt doch sofort die Frage des Bürgers: »Und was soll ich dabei machen?« Globale Ziele und Visionen sind wichtig, um Wähler zu gewinnen. Aber sie reichen nicht aus, um Menschen dauerhaft zu binden. Und es geht ja eigentlich auch gar nicht um die Bindung. Es geht vielmehr darum, Menschen für die Erreichung unserer und ihrer eigenen Ziele zu gewinnen. Doch dazu müssen die Ziele konkret sein, damit jeder etwas mittun kann, um diese Ziele zu erreichen.

### *Konkretes Ziel: Antifaschismus*

Wir alle sind entsetzt über die Wahlerfolge der Rechtsradikalen. Und wir sind gleichzeitig verunsichert bis ratlos. Natürlich ist es richtig, »Gesicht zu zeigen«, Naziaufmärsche zu verhindern. Doch das reicht offensichtlich nicht aus. Es ist nachgewiesen, daß bis zu 15 Prozent der Deutschen ein rechtsradikales Weltbild haben. Und das werden wir als PDS nicht wirklich ändern können. Die Union gibt vor, Menschen mit national-konservativem Denken einzubinden, hat in dieser Hinsicht jedoch offensichtlich versagt. Die PDS – im Osten unbestreitbar eine Volkspartei – muß verhindern, daß rechtsextrêmes Gedankengut weiter um sich greift. Das setzt Wissen voraus. Ich habe meine Schülerpraktikanten gefragt, ob sie wissen, was während des

»Politik, so wie von Max Weber verstanden, verlangt Geduld und Ungeduld zugleich, und jedes zu seiner Zeit und auf seinem Gebiet, die Fähigkeit zu konsequentem Realismus und zur Zusammenarbeit mit Andersdenkenden, Andereswollenden und Anderspolitikmachenden ebenso wie Prinzipienfestigkeit und Klarheit über die eigenen Leitbilder. Linke Politik wird zudem nicht das Ziel und schon gar nicht die Hoffnung aufgeben dürfen, das »Unmögliche« möglich zu machen: eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, die Freiheit von Gleichen, die Bewahrung der Natur, menschheitliche Solidarität und die Beendigung des fünftausendjährigen Krieges verwirklicht werden.«  
Ebenda, S. 350.

2. Weltkrieges in Oradour geschehen ist. Keiner wußte es. Das historische Wissen ist erschreckend lückenhaft. Das ZDF berichtet zwar ausführlich über Hitlers Frauen, Generäle, Sekretärinnen und Hunde, aber offensichtlich schaffen diese Sendungen mehr Verwirrung als Klarheit. Hier muß die PDS auf Defizite hinweisen, Aufklärung einfordern und selbst immer wieder aufklären.

Die deutschen Resistance-Kämpfer organisierten im Sommer eine Fahrt nach Oradour, auf die sie auch Jugendliche mitnahmen. Da nicht alle Jugendlichen in der Lage waren, die Reise selbst zu bezahlen, habe ich drei Plätze finanziert. Alle kamen sehr beeindruckt aus Oradour zurück. Es wurde Emotionalität und Wissen vermittelt, wie es wohl kein Lehrbuch und auch kein noch so guter Lehrer im Unterricht vermitteln könnte. Wäre es nicht ein konkretes Ziel, wenn die PDS zusammen mit Gewerkschaften, Lehrern und anderen Helfern möglichst viele antifaschistische Schülerreisen oder Camps organisieren bzw. unterstützen könnte? So werden aus Rechtsradikalen keine Antifaschisten, aber es wäre ein kleiner Beitrag, um die allgemeinen Abwehrkräfte der Gesellschaft konkret zu stärken.

*Konkretes Ziel: Politik für Schüler erlebbar machen*

Ich kann es nicht mehr hören, wenn unentwegt auf die Lehrer geschimpft wird, auch wenn manche Kritik berechtigt sein mag. Politikverdrossenheit unter Jugendlichen ist in erster Linie Kritik an den Politikern selbst, und diese müssen ganz konkret etwas dagegen tun. Ich habe einem lokalen Anzeigenblatt in meinem Wahlkreis ein Interview gegeben und angekündigt, daß ich ab sofort Schülerpraktikanten in meinem Bundestagsbüro betreuen werde. Ich habe seitdem regelmäßig zwei, manchmal auch mehr Praktikanten in der Woche. Die Bewertung der Praktika durch die Schüler kann man auf meiner Internetseite nachlesen. Meine Erfahrung ist, daß die Politikverdrossenheit mit 15 Jahren noch nicht wirklich tief sitzt. Nach zwei Wochen hatten die meisten Schüler ein differenzierteres Bild von Politik, und sie werden wohl auch in Zukunft nicht auf billige Sprüche und pauschale Vorwürfe der Bildzeitung hereinfliegen. Nun werden nicht alle Schüler in Zukunft PDS wählen, aber sie hatten zumindest einen konkreten Kontakt mit der PDS. Wäre es nicht ein sinnvolles Ziel, daß jeder der etwa 6 000 Mandatsträger der PDS nur 10 Schülern im Jahr ein solches Praktikum anbietet?

*Konkretes Ziel: Abschaffung der Praxisgebühr*

Ich halte die Praxisgebühr für gesundheitspolitisch falsch und sozial ungerecht. Ich habe dagegen eine Postkartenaktion initiiert, die viel Resonanz gefunden hat. Der Protest hatte Erfolg und damit auch viele Mütter und Väter. Die Praxisgebühr ist zwar nicht abgeschafft, aber es gibt inzwischen viele Ausnahmeregelungen. Es ist nur eine Frage der Zeit und des weiteren Protestes, daß die Praxisgebühr endgültig beseitigt wird. Leider hat man immer wieder den Eindruck, daß wir dieses Ziel als Partei schon wieder aufgegeben haben und zum nächsten Protestthema übergehen. Es ist immer wieder zu beobachten, daß wir mit Unterschriftenlisten und Postkarten gegen etwas protestieren, aber nicht den Atem haben, unser Ziel konsequent zu verfolgen. Häufig beginnt und endet unser Protest mit einer schar-

fen Presseerklärung. Das ist für viele Menschen, die auf einen Erfolg unseres gemeinsamen Protestes gehofft haben, eine herbe Enttäuschung. Auf diese Weise tragen wir nur zur Kanalisierung des Protestes bei, ohne daß sich wirklich etwas ändert. »Veränderung beginnt mit Opposition«, aber es ist eben wirklich nur der Anfang, und damit dürfen wir uns nicht abfinden, wir müssen auch verändern, egal, ob wir gerade regieren oder opponieren. Die Menschen spüren, wenn wir nur Protest anstoßen, letztendlich aber sich nicht wirklich etwas ändert.

Ich habe in meinem Beitrag meine konkreten Erfahrungen dargestellt, und ich weiß, daß viele Genossen ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Ich würde mich über einen regen Meinungs-austausch über unsere konkreten Ziele freuen.

## CHRISTINE OSTROWSKI

# PDS und Bürgernähe

August 1993, Aktionstag in Bischofferode, zur Unterstützung der Kalikumpel, die seit Tagen im Hungerstreik sind. Auch ich bin den 13. Tag im Hungerstreik. Auf dem Gelände die übliche »linke« Volksfeststimmung: Infostände von PDS bis MLPD, Transparente, Kleiner Buchladen, das ND, Musik aus der Konserve, Bratwurst (Thüringer!) und Broiler, Kameras und Mikrofone. Inmitten tausender Solidaritäts-Bekunder halten vier gut im Fleisch stehende junge Männer ein großes Transparent. Es ruft den hungernden Kumpeln zu: »Haltet durch! Es geht uns alle an!«

Uff!

Auf dem »Kommunalpolitischen Parteitag« der PDS 1996 in Magdeburg wird der Antrag, aktive Kommunalpolitiker bevorzugt zur Diskussion sprechen zu lassen, von den Delegierten mit Mehrheit abgelehnt. Es ist jener Parteitag, auf dem auch unwidersprochen der denkwürdige Satz fällt, daß Kommunalpolitik das Einfallstor der Reaktion sei.

Das Wort *Bürgernähe* wird von PDS-Politikern allenthalben benutzt, in guter Absicht und mit ehrlicher Überzeugung. Aber was bedeutet es? Ständig »vor Ort« zu sein? Regelmäßige Sprechstunden im Wahlkreis abzuhalten? Auf Demos gemeinsam mit den Bürgern zu protestieren? Gummibärchen und Kondome vor Gymnasien zu verteilen? Sind Zeichen der *Bürgernähe* markige Sprüche auf Plakaten, beispielsweise »Es reicht!«? Oder Infostände vor Einkaufszentren? Oder Bürgerversammlungen und Rechtssprechstunden?

Das alles gehört zum politischen Geschäft. Das alles wird getan, und zwar in Sinuskurven, auch bei der PDS. Geringe Aktivität in Zwischenwahlzeiten, große in Wahlzeiten. Aber *Bürgernähe* ist es nicht. Nicht wirklich.

*Dem Bürger nahe sein ...*

Ja, welchem Bürger eigentlich? Diese Frage wird selten gestellt. Meist gehen alle irgendwie davon aus, daß man denselben Bürger meint. Aber auch in der PDS ist *Bürger* nicht gleich *Bürger*.

»Meine Öffentlichkeit ist die Linke«, hielt mir Hans Modrow in einer Sitzung des Parteivorstandes Anfang 1993 entgegen – einer Krisensitzung wegen meines Treffens mit dem Führer einer rechten Partei. Ich war mit diesem zusammengekommen, um zu versuchen, den damals gängigen regelmäßigen Schlägereien zwischen linken und rechten Jugendlichen in einem Dresdner Jugendklub ein Ende zu setzen. Nach der Sitzung trat ich von der Funktion der stellver-

Christine Ostrowski – Jg. 1945, Immobilienmanagerin, Sachsen Treuhand GmbH; Stadtvorsitzende der Dresdner PDS von 1990 bis 2000, Mitglied des Sächsischen Landtages 1994-1998 und des Deutschen Bundestages 1998-2002 (jeweils wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion), Stadträtin in Dresden seit 1994; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: Teilnahme an der Debatte »Alternative Politik ohne Neues Denken?«, Heft 41/42 (März/April 1994), S. 141-144.



tretenden Bundesvorsitzenden zurück, kam damit der unvermeidlichen Abwahl zuvor.

Bei Modrows Feststellung fiel es mir damals wie Schuppen von den Augen. Bis zu diesem Moment hatte ich mir nie ernsthaft einen Kopf gemacht, wer Adressat von PDS-Politik ist, es offenbar jedoch ganz unbekümmert völlig anders praktiziert, als es der Ehrenvorsitzende für richtig hielt. In meinen damaligen Aufzeichnungen notierte ich: *»Sie kann nichts anfangen mit solchen Bemerkungen wie mit denen von Modrow, seine Öffentlichkeit sei die Linke. Ihre Öffentlichkeit sind die Bürger, schon immer, und sie hat sich in ihrer Politik in Dresden immer bemüht, auf die Bürger zu setzen und nicht auf die Minderheit der Linken und sie weiß, daß sie gerade deshalb erfolgreich war. Und irgendwie spürt sie, daß sie grundsätzlich anders an Politik herangeht als die meisten der anwesenden Vorstandsmitglieder.«*

1993 liegt sehr weit zurück, aber diese grundsätzliche Differenz, die mir damals zum ersten Mal so blitzartig klar wurde, begleitete mich in meiner gesamten politischen Laufbahn und begegnet mir bis heute. Sie hat sich gar weiter zugespitzt.

Als ich Mitte der 90er Jahre in Dresden eine PDS-Mittelstandsvereinigung gründete, bekam ich zu hören, daß die PDS Politik nicht für »Unternehmer« und »Kapitalisten« mache.

Als wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, die sich angesichts des horrenden Wohnungsleerstandes für den Erhalt der ostdeutschen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen engagierte, wurde mir ganz ähnlich mehr als einmal der Vorwurf gemacht, daß die PDS Politik für Mieter mache, nicht für Vermieter. Öffentlich für persönliches Wohneigentum und kleine Hauseigentümer einzutreten ist innerparteilich sowieso bis heute eine kitzlige Angelegenheit – selbst unter PDS-Mandatsträgern, die sich, begünstigt durch ihre finanziell gute Lage, längst ein eigenes Häuschen geleistet haben. Nicht selten mußte ich bangen, ob entsprechende, von mir erarbeitete Anträge und Gesetzentwürfe bereits in der Fraktion die erforderliche Mehrheit erhalten würden.

Doch hinter der Frage, welchen *Bürger* man »zu vertreten« meint, versteckt sich in der Konsequenz, welche Sicht man auf Politik und Gesellschaft hat, verbirgt sich letztlich, wie *nah* man dem *Bürger* wirklich ist.

Versteht man sich ausschließlich als Interessenvertreter einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe, kann man im Grunde ungerührt all das zum politischen Ziel erklären, von dem man *meint*, daß es im Interesse dieser Gruppe liegt. Daß man damit bei den Adressaten gut ankommt, scheint sicher. Aber – und das ist das eigentliche Problem: Mögliche negative Folgen einer denkbaren Realisierung solcher Ziele glaubt man nicht bedenken zu müssen.

Ein aktuelles, besonders prägnantes Beispiel dafür befindet sich im Mieter-ABC, herausgegeben vom Parteivorstand im Wahlkampf 2004. Dort ist mit Blick auf das Überangebot an Wohnungen in Ostdeutschland zu lesen: *»Statt nun die Mietpreise zu senken, um unterversorgten Familien und Wohnungslosen eine Chance auf Verbesserung ihrer Wohnsituation ermöglichen zu können, setzen sie (die Vermieter – C.O.) vor allem auf Marktberreinigung durch Abriß.«*

»Unsere wichtigen Politikfelder liegen in der AUßERPARLAMENTARISCHEN ARBEIT! Das ist unserer Meinung nach der Schlüssel, die PDS zu einer basisdemokratischen Bewegung umzuformen, die vorhandene »Leere« in der Parteiarbeit mit konkretem Inhalt auszufüllen und von der PDS-Nabelschau wegzukommen.

Wir sehen drei Säulen der außerparlamentarischen Arbeit.

Erstens: Alle Formen der direkten Demokratie, mit denen interessierte und betroffene Bürger unmittelbar Einfluß auf Entscheidungen nehmen. Dazu gehören neben den »klassischen« Formen Volksabstimmung/Volksentscheid auch konkrete Aktionen (Proteste, Demonstrationen, Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, ziviler Ungehorsam, Streiks, Käuferboykotts usw.).  
Zweitens: Erweiterung der Mit- und Selbstbestimmung in der beruflichen Tätigkeit (Gewerkschaften, Räte aller Art, Berufsverbände usw.), einschließlich der (Re)Integration Arbeitsloser und sogenannter sozialer Randgruppen.

Drittens: Projekte, in denen selbstorganisierte, selbstbestimmte Gemeinschaften alternative Wirtschafts- und Lebensformen entwickeln und erproben.

Unserer Auffassung nach ermöglicht die Arbeit in Projekten (Ökodörfer, kommunale Projekte wie z. B. Frauen- und Jugendhäuser, Lebenshilfe, Selbsthilfegruppen, Kinderprojekte, Bildungsprojekte, kulturelle Zentren, Kommunikationszentren usw.) eine partielle Veränderung der Gesellschaft von unten, Selbstverwirklichung und Selbst-

veränderung der Beteiligten sowie eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für alternative Lebensweisen und damit verbundene Werte. Projektarbeit ist für uns das PROBIERFELD für eine künftige Gesellschaft, die Schaffung von Freiräumen und Ausweichmöglichkeiten in der jetzigen Gesellschaft. Dabei geht es uns nicht um »PDS«-Projekte, sondern um solche, in denen sich Menschen zusammenfinden, die eine bestimmte Lebensweise praktizieren wollen, also alternative linke Projekte.«

Aus den »Diskussionsthesen der Dresdner Plattform«, Dezember 1990, unterzeichnet von Christine Ostrowski, Ronald Weckesser, Jürgen Kluge, Bernd Koschitzki, Peter Frohberg, Henry Friebe, Thomas Müller, Peter Franz, Friedrich Boltz, Christina Wopat, Ralf Wopat, hier zitiert nach: Christine Ostrowski: Im Streit, Dingsda-Verlag Cornelia Jahns Querfurt 1993, S. 50.

Die Autoren des Papiers benutzen hier die Gruppe der »unterversorgten Familien und Wohnungslosen« – das ist ein momentan vergleichsweise winziger Teil der Bürger –, um Mietpreissenkungen zu propagieren und sich gegen Wohnungsabriß zur Wehr zu setzen. Da kommt Freude auf, man darf sich im Wohlwollen der Adressaten sonnen, denn niemand wird gegen Mietsenkungen protestieren, auch niemand aus der Gruppe der finanziell Bessergestellten.

Aber die gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik wären verheerend: Den Wohnungsunternehmen würde der Konkurs drohen, kommunales und genossenschaftliches Eigentum würde den Bach runter gehen, während sich Kapitaleigentümer – und diesmal »richtige« – gegen einen bescheidenen Obolus im ostdeutschen Wohnungsmarkt breit machen und anschließend mit Dumpingmieten auch noch den Rest der Wohnungswirtschaft zugrunde richten würden. Den »unterversorgten Familien und Wohnungslosen« und darüber hinaus der gesamten ostdeutschen Mieterschaft hätte man damit den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen; man hätte *gegen* ihre Interessen gehandelt. Und so entpuppt sich obiges Zitat, das auf den ersten Blick wahnsinnig *bürgernah* klingt, als das ganze Gegenteil. Nämlich *bürgerfern*. Und es ist Populismus pur.

Natürlich ist es legitim, nur bestimmten Bürgern »nahe zu sein«, nur Teilinteressen zu artikulieren. Schadlos vor allem, solange man in Opposition ist. Unter Umständen kann diese Politik sogar *richtig* sein. Obwohl es schon vorgekommen sein soll, daß man sich in Zeiten der Opposition nur unzulänglich auf das Tragen der Verantwortung für einen Gesamtorganismus vorbereitet hatte und vom plötzlichen Regieren-Müssen überrascht wurde.

Teilinteressen zu vertreten ist nicht meine Sicht. Auch und gerade eine linke Partei muß, wenn sie bürgernah sein will, den Gesamtorganismus Gesellschaft und damit *alle Bürger* und deren vielfältige, zum Teil divergierende Interessen im Blick haben. So schwierig das auch sein mag.

Denn es hat *immer* Folgen, wenn man in so komplexe Gebilde eingreift, wie es moderne Gesellschaften sind. Ein in bester Absicht verfolgtes Ziel kann sich in sein Gegenteil verkehren und damit gegen große Teile der Bevölkerung richten. Daß die Gefahr ungewollter Wirkung besonders groß ist, wenn man sich in der Politik von partiellen Interessen leiten läßt, steht für mich außer Frage. Schließlich und endlich kann man, will man Demokrat sein und bleiben, Politik nicht gegen Mehrheiten durchsetzen. Letztere Sicht ist nur ein anderer Ausdruck für *Bürgernähe*.

### *Direkte Demokratie*

Nun scheint gerade das unstrittig: Volksbegehren und Volksentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind schließlich von der PDS vehement vertretene Instrumente direkter Demokratie. Und bekanntlich praktiziert man mit diesen Formen *Bürgernähe pur*.

Doch kühn ist das Wort oftmals nur, wenn es die Tat nicht sein muß. Auch die Haltung zu solchen geheiligten Grundwerten gerät ins Wanken, wenn Gefahr besteht, daß das Volk anders entscheidet, als es PDS-Politiker für richtig halten. Mithin *falsch*.

So geschehen in Dresden, in jener Stadt, in der seit nunmehr acht Jahren ein verbissener politischer Streit um eine Brücke tobt, die Waldschlößchenbrücke. Die PDS ist aus guten Gründen Gegnerin dieses Brückenbaus, die CDU ist dafür – aus ihrer Sicht ebenfalls aus guten Gründen.

Im alten Stadtrat beantragte die PDS einen Bürgerentscheid darüber, ob der Bau dieser Brücke in der angespannten Haushaltssituation begonnen werden solle. In der sicheren Gewißheit, daß die CDU mit ihrer Mehrheit diesem Anliegen keinesfalls zustimmen würde. Doch mittendrin kam die Kommunalwahl, und alles wurde anders. Die CDU sackte jämmerlich ab, plötzlich ergab sich im neuen Stadtrat eine linke Mehrheit der Brückengegner: PDS, Grüne, SPD und Bürgerliste.

Doch die letzte Sitzung des alten Stadtrates fand zwar schon nach der Wahl, jedoch noch mit den alten Mehrheiten statt, und unter anderem stand der Antrag der PDS zum Bürgerentscheid auf der Tagesordnung. Die CDU, die noch wenige Wochen zuvor den Antrag der PDS mit großer Geste vom Tisch gewedelt hätte, ließ verlauten, daß sie einem Bürgerentscheid zustimmen werde. Und auf der anderen Seite griffen die tapferen, ewigen Kämpfer für Aufklärung, Selbstbestimmung und Basisdemokratie – diverse Bürgerinitiativen der Brückengegner sowie die Grünen – skrupellos zum Mittel von Telefonterror und organisierter Internet-Kampagne, um die PDS zu bewegen, den Antrag zu einem Bürgerentscheid in der Brückenfrage zurückzuziehen.

Dieser Meinungsterror wäre zu ertragen gewesen – so ist eben Politik –, wenn nicht die Gefahr bestanden hätte, daß ihm auch Politiker der Dresdner PDS zu erliegen drohten. Daß sie drauf und dran waren, den Grundwert Bürgerdemokratie über Bord zu werfen. Allein aus der Befürchtung heraus, daß das Volk auf jeden Fall *für* die Brücke votieren werde. Man müsse die Brücke jedoch um jeden Preis verhindern. Und das solle man nun besser dem neuen Stadtrat überlassen, dort habe man schließlich eine frisch gewählte, demokratisch legitimierte Mehrheit. Vergessen war, daß man stets beklagt hatte, wie eine CDU-Mehrheit jahrelang über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden hatte.

Am Ende ist es nicht so gekommen, doch es war ein zähes Ringen, und es bedurfte eines gerüttelten Maßes an Argumenten, um vorerst »die Eigenen« zu überzeugen. Und es erforderte ein noch größeres Maß an taktischem Scharfsinn und politischer Erfahrung, um die aufregende und öffentlich stark beachtete Stadtratssitzung ohne Gesichtsverlust zu überstehen.

In meiner Amtszeit als Stadtvorsitzende gehörte ich zu den Initiatoren von immerhin vier Bürgerbegehren. Und engagierte mich auch bei Bürgerbegehren, die von anderen initiiert wurden. Als prominente Gegnerin der stadtschneidenden Trasse der Autobahn 17 kämpfte ich mit der Dresdner PDS anläßlich eines von der CDU in Gang gesetzten solchen Begehrens dafür, eine Mehrheit der Bürger für unsere Position – also gegen die Trasse – zu gewinnen. Zwei der von uns initiierten Bürgerbegehren haben wir zum Erfolg geführt, den Bürgerentscheid zur Autobahn gewann die CDU.

Das mag enttäuschend sein. Doch kein noch so hehres Ziel rechtfertigt es, sich für dessen Durchsetzung im Zweifelsfall auf parla-

»Eine der heftigsten Auseinandersetzungen in der PDS-Diskussion um das Programm 1992/93 betraf das Verhältnis von Partei und Bewegung im allgemeinen und zu Bewegungen außerhalb der PDS sowie die Haltung zum außerparlamentarischen Kampf im besonderen. Die PDS und ihre Mitglieder griffen damit Debatten der 68er Bewegung in Westdeutschland und Westberlin auf, die zentrale Fragen linker Politik und das Verhältnis zu den existierenden Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft betrafen.

In der Programmdiskussion zeigten sich durchaus bedeutende Gemeinsamkeiten: Es war erstens Konsens, daß die PDS den Antiparlamentarismus in der kommunistischen Bewegung überwinden wollte. Die parlamentarische Demokratie wird von der PDS nicht als abzulehnende politische Institution, sondern als zivilisatorische Errungenschaft angesehen, deren offensichtliche Krise konstruktiv gelöst werden muß. Zweitens stimmte die PDS darin überein, daß die Haltung der PDS zu sozialen Bewegungen emanzipatorisch geprägt sein muß, sie also Gewerkschaften, die Frauenbewegung und andere Bewegungen nicht als »Transmissionsriemen« (Lenin) ihrer Politik benutzen will. Drittens war es gemeinsame Position, daß ohne Veränderung des geistigen und politischen Klimas in der Gesellschaft, ohne öffentlichen Druck und starke emanzipatorische Bewegungen (weitreichende Veränderungen in der ›Zivilgesellschaft‹) keine fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen denkbar seien.«

André Brie, Michael Brie,

Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Dietz Verlag Berlin 1997, S. 319-320.

mentarische Mehrheiten zurückzuziehen – in der Annahme, besser zu wissen, was gut für den *Bürger* ist. Auch Linke sind nicht unfehlbar.

### *Objektives Handicap*

Dem *Bürger* kommt man – genau genommen – dann am nächsten, wenn man in ähnlicher Lage lebt wie dieser, wenn folglich die soziale Zusammensetzung der Partei annähernd dem Querschnitt der Bevölkerung entspricht. Daß das bei der PDS nicht so ist, scheint eine Binsenwahrheit. Doch es schadet nichts, sich die Fakten immer wieder bewußt zu machen.

Die sächsische PDS mit ihren 17 572 Mitgliedern hat ein Durchschnittsalter von 68 Jahren (Stand 2003). Das weicht signifikant vom Durchschnittsalter der sächsischen Bevölkerung ab, das bei 44 Jahren liegt.

Der Anteil der sächsischen PDS-Mitglieder, die sich im Rentenalter befinden, liegt bei knapp 70 Prozent. Darüber hinaus ist von der ohnehin bescheidenen Gruppe der Mitglieder im erwerbsfähigen Alter ein Großteil ohne Arbeitsplatz.

Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen: Das alles spricht dafür, daß die soziale gesellschaftliche Kommunikation des überwiegenden Teils der Mitgliedschaft außerordentlich stark reduziert ist. Der Alltag der meisten Mitglieder spielt sich im wesentlichen *außerhalb* der üblichen gesellschaftlichen sozialen Beziehungen ab. Die PDS befindet sich in einem relativ geschlossenen Kommunikationskreis.

Der hat die Tücke, daß man im Grunde immer wieder mit denselben Leuten kommuniziert, daß man sich die eigenen Ansichten und Anschauungen gegenseitig immer wieder aufs Neue bestätigt und man deshalb leicht dazu neigt, diese für die Ansichten und Anschauungen der *Bürger* zu halten.

Auch bei den Dresdner Wahlkampfveranstaltungen der PDS-Direktkandidaten für die Landtagswahlen 2004 war das wieder offensichtlich. In der Regel waren die Mitglieder der zuständigen Basisgruppen und eine Handvoll allseits bekannter Sympathisanten zu diesen Veranstaltungen anwesend.

Nur eine Veranstaltung fiel deutlich aus diesem Rahmen heraus: Eine Dresdner Direktkandidatin, außerdem eine der wenigen Unternehmerinnen in der PDS, lud zur Feier ihres 10jährigen Firmenjubiläums. Bei ihr tummelten sich rund 200 Bürger aller Schichten, aller politischen Richtungen, aller Altersklassen und Geschlechter.

Wie die Vergangenheit zeigt, gelang es trotz guter Absichten und enormer Anstrengungen nicht, die soziale und altersmäßige Zusammensetzung der PDS nachhaltig zum Positiven zu verändern. Auch Gabi Zimmers Mahnung auf dem Cottbusser Parteitag 2000 – und diese ließ es an Deutlichkeit nicht fehlen – blieb diesbezüglich folgenlos: *»Wir brauchen Vertreter aller Generationen in unseren Reihen – und nicht nur, weil wir sonst auszusterben drohen. (...) Wir brauchen vor allem die Vertreter der mittleren Generation, die der 35- bis 51Jährigen: Sie wissen, wie die Uhren hierzulande ticken. Ihr Wissen, ihre Fähigkeiten fehlen der Partei besonders.«*

Hinreichend sicher kann man davon ausgehen, daß die PDS auch zukünftig kaum Mitglieder in ihren Reihen haben wird, die wissen,

wie die Uhren hierzulande ticken. Die Mitgliedschaft wird weiter altern, die Partei droht, auszusterben und wird sich vom *Bürger* damit (objektiv) noch weiter entfernen.

### *Rolle der Politiker*

Umso wichtiger ist die Rolle der PDS-Politiker. Sie haben in der Partei naturgemäß die Meinungsführerschaft, tragen besondere Verantwortung für *Bürgernähe*. Doch gerade sie laufen auch besondere Gefahr, sich vom Bürger zu entfernen und sich vom Leben abzuheben, ohne daß sie dies beabsichtigen. Denn auch sie sind den größten Teil ihres politischen und parlamentarischen Alltags unter sich, auch ihre Kommunikation ist weitgehend geschlossen, selbst wenn sie dies heftig abstreiten.

Es war 1990 (man beachte: erst 1990!). Ich war für die kurze Übergangszeit bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl Abgeordnete des Bundestages, der damals seinen Sitz noch in Bonn hatte. Am Nachmittag machte ich einen Stadtbummel und kam dabei an eine Boutique, an deren Eingang ein Wühltisch aufgebaut war. Welche Frau kann schon an einem Wühltisch vorbeigehen. Ich kramte also unter den Pullovern – einer schöner als der andere – und fand einen, ohne den ich das Geschäft nie und nimmer zu verlassen gedachte. Ich marschierte zur Kasse und zahlte völlig selbstverständlich rund 300 DM. Gekauft!

Erst später wurde mir bewußt, was mir soeben unterlaufen war: Ohne einen einzigen Gedanken an den Preis hatte ich für einen Pull-over vom Wühltisch (!) 300 Mark hingeblickert, weil diese Summe gemessen an meinen damaligen Diäten für mich völlig unerheblich war.

Ich kenne den Lebensalltag der Politiker aus eigener Erfahrung, sowohl auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus habe ich heute den Vorteil, das PDS-Getümmel aus der Distanz beobachten zu können. Das macht den Blick frei, recht gut zu sehen, wie PDS-Politiker, ihre Äußerungen, ihre Aktivitäten beim *Bürger* ankommen. Und ob überhaupt.

Eine Reihe Politiker sind mittlerweile ohne Unterbrechung 14 Jahre lang Abgeordnete in Landtagen und werden es, zum Beispiel in Sachsen, noch für weitere fünf Jahre sein. Einen regelrechten *Lebensabschnitt* haben sie damit in der verantwortungsvollen, aber sozial gut gesicherten und gesellschaftlich anerkannten Position des Parlamentariers zugebracht, quasi die gesamte Umbruchzeit seit der Wende, mit ihren sozialen und strukturellen Verwerfungen, denen sich Millionen nicht so leicht entziehen konnten. Für nicht wenige von ihnen ist es mittlerweile der letzte große Lebensabschnitt *vor dem Renteneintritt*.

Für eine angemessene, vernünftige Rotation bin ich immer eingetreten. Drei Wahlperioden, in Landtagen oder im Bundestag, scheinen mir – auch heute noch – in der Regel ausreichend. Eine, um sich einzuarbeiten, die zweite, um das angeeignete Wissen voll zu nutzen, die dritte, um Nachfolger einzuarbeiten. Eine entsprechende PDS-Regelung habe ich mir folglich gewünscht. Doch dazu ist es bisher nie gekommen. Offenbar waren die Eigeninteressen der Politiker stärker, auch gab es auf Parteitagungen nie entsprechende Mehrheiten.

»Die Frage des Verhältnisses von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf wurde im Programm letztlich nicht konkret beantwortet. Die Frage von Partei und Bewegung dagegen war bereits im Statut zugunsten einer Dialektik von Partei und Bewegung entschieden worden: Ausdruck dessen war die Übertragung von Mitgliederrechten auf Nichtmitglieder. Die Arbeits- und Interessengemeinschaften, die sich in besonderem Maße als Partner für soziale und andere Bewegungen entwickeln sollten und zumindest teilweise aktiv in ihnen mitarbeiten, wurden politisch und organisatorisch hervorgehoben. Sie sind offene Strukturen der PDS, um entsprechend konkreter Interessen in emanzipatorischen Bewegungen mitwirken und die Politik der PDS mitgestalten zu können. Sie sind Subjekte

- konkreter Bündnispolitik, regional, bundesweit und international;
- der Mobilisierung von externem Sachverstand;
- der Stärkung und Vernetzung emanzipatorischer Bewegungen;
- für die Entwicklung und Gestaltung alternativer Kultur;
- der Verbindung zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Kampf und zwischen analytischer und konzeptioneller Arbeit.«

Ebenda, S. 321.

»Die PDS entstand aus der Bewegung von SED-Mitgliedern gegen das Politbüro und das Zentralkomitee im November 1989 und tausendfacher, wenngleich sehr später Beteiligung an der Volksbewegung des Herbstes 1989. Ihre Mitglieder haben in den vergangenen Jahren zwei wichtige Erfahrungen im zivilgesellschaftlichen Kampf gesammelt: Erstens: Dort, wo die PDS auf Menschen zugeht, die sich gegen Ungerechtigkeit wehren, erfährt sie zumeist Aufgeschlossenheit. Menschen, die zu kämpfen begannen, gewinnen selbst Einsichten in die komplexen, oft verborgenen Funktionsmechanismen und Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft. Wer bei ihnen ist, kann mitlernen. Zweitens: Die PDS konnte und kann sich als Partnerin für Kämpfende erweisen durch

- Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen bei der Vorbereitung und Durchführung politischer und anderer Aktionen;
- Mobilisierung von Kompetenz in Sachfragen und zur Entwicklung alternativer Konzepte;
- Herstellung von Öffentlichkeit (einschließlich parlamentarischer) und Aufklärung des öffentlichen Bewußtseins über Tatsachen und Zusammenhänge;
- Organisation von Solidarität.

Ebenda, S. 321-322.

Das Problem »Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen« ist allerdings auch mit meinem Vorschlag nicht zu lösen, das sei zugestanden.

Allerdings haben die PDS-Politiker der »ersten Generation« einen großen Vorzug, auch wenn sie ihre Tätigkeit als Abgeordnete bis heute ununterbrochen ausüben. Sie, die zu Wendezeiten um die 40 waren, hatten bereits ein gerüttelt Maß Lebenserfahrung, waren im Leben verwurzelt, wenn auch in einer anderen Gesellschaft. Sie hatten eine qualifizierte Ausbildung, waren an verantwortlicher Stelle tätig, hatten Familie, Kinder geboren und großgezogen. Sie wußten, was es heißt, reale Verantwortung zu tragen – von Anfang bis Ende. Eine Sache nicht nur zu beginnen, sondern sie auch zu Ende zu führen – unter Umständen, die anders und zum Teil komplizierter waren, als sie es heute sind. Das hat sie und ihre Charaktereigenschaften geprägt.

Dieser Lebenserfahrung der ersten Politikergeneration der PDS ist das Überleben und nachfolgende Sich-Etablieren der PDS maßgeblich geschuldet. Mögen Begriffe wie »Pflichtbewußtsein« und »Arbeitsdisziplin« vielen – insbesondere Jüngeren – suspekt sein: Ich nenne sie ganz bewußt und plädiere für ihre Renaissance. Denn Politik ist Arbeit, harte Arbeit.\*

### *Die neue Politikergeneration*

Mittlerweile ist auch die Nachwende-Politiker-Generation der PDS auf dem Weg zum Berufspolitiker. Zur Wende jugendlich oder fast noch Kind, stürzt man sich heute zum Teil bereits in die nächste oder übernächste Wahlperiode. Man hat also seinen ersten großen Lebensabschnitt *nach dem Kindesalter*, bevor man richtig ins Leben gerochen hat, sofort als Politiker begonnen. Und man hat diesen Abschnitt in der Regel nicht begonnen, um ihn so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Denn auch in der PDS gilt: einmal Politiker, immer Politiker.

Zur PDS bzw. in ihr Umfeld oder ihre »Vorfeldvereinigungen« kamen diese jungen Leute im allgemeinen nach ihrer Schulausbildung, meist vor dem Abschluß eines Berufs oder Studiums, selten danach. Sie erhielten teilweise (gering) bezahlte Arbeitsplätze, z. B. in Wahlkreisbüros, Vereinen etc. Ihr Lebensmittelpunkt in der Zeit *vor* ihrer Wahl in Ämter und Mandate war nach Elternhaus, Freundeskreis und Schule ausschließlich die PDS und ihr Umfeld. Dieser Alltag setzt *nach* der Übernahme von Mandaten und Funktionen nahtlos fort.

Bei dieser Generation der jungen und jüngeren PDS-Politiker, die z. B. auch in Sachsen bereits wichtige Funktionen und Mandate innehaben, ist mir erst in letzter Zeit so richtig klar geworden, daß ihnen gerade diese oben genannte Lebenserfahrung fehlt – aus meiner Sicht die unentbehrliche Grundlage für wirkliche *Bürgernähe*. Natürlich ist ihnen das nicht vorzuhalten, sie fehlt ihnen altersbedingt. Zu kritisieren ist jedoch, daß ihr Umfeld es ihnen so leicht macht, den scheinbar am meisten Erfolg versprechenden, den bequemsten Weg einzuschlagen – ohne Berücksichtigung negativer Folgen. Im Nacken die ungünstige Altersstruktur der Mitgliedschaft mit ihren unausweichlichen Konsequenzen. »*Geschlagen ziehen wir*

nach Haus, die Enkel fechten's besser aus!« heißt das unausgesprochene Motto.

Gerade in den jungen Lebensjahren, in denen die Persönlichkeit für ein ganzes Leben geprägt wird, sind ihr soziales Umfeld und ihre soziale Kommunikation auf die PDS reduziert. Das Leben außerhalb dieses engen Kreises kennen sie nur durch Stippvisiten, dort mußten sie sich nie wirklich behaupten – im Gegensatz zu den Politikern der ersten Generation.

Wenn eine 17jährige Abiturientin für einen aussichtsreichen Listenplatz nominiert wird und mit 18 gesichert in den Landtag einzieht, steht das als besonders prägnantes Exempel für eine Personalpolitik, die ich jedoch auch aus der Sicht von *Bürgernähe* für verfehlt halte. Da ist es vorerst zweitrangig, daß es bei ihrer und der Nominierung anderer Jugendlicher formell »korrekt« (das heißt satzungskonform) zugeht: Der Landesjugendtag der »PDS-Jugend Sachsen« ist laut Satzung Gliederung des Landesverbandes und hat Vorschlagsrecht.

Das eigentliche Kernproblem ist, daß sich von den rund 300 Jugendlichen der sächsischen PDS unter 30 nur knapp über 40 an dieser Veranstaltung beteiligten und ihr Votum abgaben. Eigentlich darf man es gar nicht zu Ende denken, denn letztlich hatten damit *gerade einmal zwei Promille* der Mitgliedschaft der sächsischen PDS einen Einfluß, der es ermöglicht, neun Bewerber auf den umstrittenen ersten 40 Plätzen der Landesliste unterzubringen und für fünf von ihnen je eines der insgesamt schwer errungenen einunddreißig Landtagsmandate zu sichern. Wenn schon die gesamte PDS in ihrer sozialen Struktur fernab vom Querschnitt der Bevölkerung liegt, trifft dies auf diesen winzigen Teil der Partei – wenn auch auf völlig andere Weise – erst recht zu.

Ich habe viele Jahre lang in Dresden sehr energisch politischen Nachwuchs gefördert. Die hier beschriebene Problematik ist keine Abkehr von dieser Position, keine »neue, bessere Einsicht«, wohl aber ein Plädoyer für eine verantwortungsbewußtere Förderung, als sie mir in meiner aktiven Zeit selbst gelungen ist. Denn schon die Institution »PDS-Jugend Sachsen« repräsentiert nicht mal die sächsische PDS-Jugend – wer sich nicht in den einschlägigen »Strukturen« bewegt, hat nicht den »richtigen Stallgeruch« und demzufolge dort keine Lobby. Und erst recht repräsentiert diese »PDS-Jugend Sachsen« nicht »die Jugend« Sachsens. Nicht einmal annähernd.

Zwei Gymnasiasten, die in der Zeit des Wahlkampfes eine Belegarbeit über die PDS schrieben und sich selbst eher links verorteten, konnten insgesamt über das Jugendwahlprogramm der »PDS-Jugend Sachsen« nur die Köpfe schütteln. Insbesondere über Sätze wie »Rausch ohne Reue«.

Ich bin als langjährige Dresdner Stadtvorsitzende entschieden, doch leider oft genug ohne Erfolg, dafür eingetreten, daß den Jugendlichen wenigstens ein Berufs- oder Hochschulabschluß abverlangt werden sollte, *bevor* sie Politiker werden und dem Bürger alsdann verkünden, wo es ihrer Meinung nach lang zu gehen hat. Das gilt umso mehr, wenn Politik vollberuflich ausgeübt wird. Ganz zu schweigen von zu erwartenden Schwierigkeiten einer Rückkehr ins Leben »normaler Bürger«. Nicht ein jeder kann Außenminister werden.

»Ohne Zweifel sind 100 000 Unterschriften für Verfassung und Mietstop in Sachsen ein achtbarer politischer Erfolg der PDS. (...) Analysiere ich, dann komme ich auf folgendes Ergebnis: 14 000 PDSlerInnen in Dresden sammelten 55 000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren. Ein PDS-Mitglied hat also im Durchschnitt rund vierzehn BürgerInnen erreicht oder anders ausgedrückt: das Vierzehnfache der PDS-Mitgliederzahl wurde an Unterschriften eingebracht. (...) 2. Der Landesverband der PDS hat 45 000 Mitglieder. Bei 48 000 Unterschriften für die Verfassung ergibt sich annähernd ein Verhältnis von einem PDS-Mitglied zu Null BürgerInnen oder Null-Komma ... BürgerInnen, d. h., die Verfassungsunterschriften kamen im wesentlichen durch die eigenen Mitglieder zustande. So und nicht anders ist der Tatbestand. (...) Nur mal theoretisch angenommen, wäre im Landesverband als Zielstellung in der Verfassungsunterschriftenaktion pro Mitglied zehn Unterschriften gestellt und wäre dies entsprechend »geführt« und organisiert worden, hätten wir 450 000 Unterschriften erreichen können. (...) Beim Bürgerbegehren war (...) von vornherein eindeutig, daß wir ungeheuer viele PDS-Mitglieder bewegen mußten, ihre Scheu vor den Menschen zu überwinden: Denn die nötige Zahl der Unterschriften war durch den aktiven, aber kleinen Kreis der PDSlerInnen niemals zu erzielen. (...) Erst als wir, wild entschlossen, die zweite Tagung der Stadtdelegiertenkonferenz einberiefen und dort Klartext mit den GenossInnen sprachen

(Klartext hieß: über Opposition zu schwatzen, ist keine, sondern zur Opposition wird mensch, indem er handelt), gelang uns der Durchbruch.« Christine Ostrowski in einem Brief an den Landesvorsitzenden der PDS Sachsen, Peter Porsch, vom 22. Juni 1992, hier zitiert nach: Christine Ostrowski: Im Streit, a. a. O., S. 142-146.

Heute glaube ich zu wissen, daß eine solche Mindestforderung allein noch nicht ausreicht. Vielmehr müssen junge Leute in einem Beruf *gearbeitet*, ausreichend Erfahrungen auf kommunaler Ebene gesammelt oder auf andere Weise nachgewiesen haben, daß sie (sie ganz persönlich!) im Leben *außerhalb* der schönen kleinen PDS-Welt für eine Sache abrechenbar, konkret und erkennbar Verantwortung getragen, Konflikte bewältigt, Niederlagen eingesteckt und überwunden haben. Bevor sie den Weg des Berufspolitikers beschreiten.

Das liegt in ihrem Eigeninteresse, auch wenn das bestritten wird, aber auch im Interesse der PDS und ihrer *Bürgernähe*. Nur so wird annähernd zu gewährleisten sein, daß PDS-Politik nicht von Wünschen, sondern von Realitäten her zu entwickeln ist. Daß die PDS begreift, in welcher Welt sie lebt.

### *Die Sprache*

Schließlich hat auch Sprache – in der PDS vernachlässigt, trotz moderner gewordenen Trainingskurse – mit *Bürgernähe* zu tun. Ja, vielleicht beginnt *Bürgernähe* gerade dort zuallererst.

Bärbel Romanowski schärfte mir wie allen anderen Bundestagsabgeordneten vor unseren Reden stets ein: »*Die Oma am Fernseher muß euch verstehen, niemand sonst. Ihr redet für sie, nicht für die Politiker im Plenarsaal.*« Sie hatte recht. Dem Volk mehr aufs Maul zu schauen, wäre unseren Politikern jedenfalls dringend zu empfehlen, und vorbeugend füge ich umgehend hinzu, daß dieser Lutherische Spruch nichts damit zu tun hat, dem Volk nach dem Munde zu reden.

»*Die Gesamtsituation ist unrockbar – wir bringen die Verhältnisse zum Tanzen*« steht als Überschrift über dem bereits erwähnten Jugendwahlprogramm der sächsischen PDS. Wie viele Bürger werden das verstehen, geschweige denn so sprechen?

Oder: »*Wer krank ist, wagt sich nicht mehr zum Arzt, aus Angst vor den Kosten. Das gab es in Sachsen schon sehr lange nicht mehr – daß man aus Furcht, die Medizin nicht bezahlen zu können, nicht zum Doktor geht!*« liest man im Landtagswahlprogramm. Hier ist zwar die Sprache verständlich, aber der Inhalt fiel üblicher PDS-Rhetorik und Übertreibung zum Opfer. Der *Bürger*, der eine solche Einschätzung liest, greift sich an den Kopf, denn natürlich sind auch in Sachsen die Wartezimmer der Ärzte nach wie vor voller Patienten.

Und schließlich kennt jeder das alltägliche Bild aus PDS-Veranstaltungen zur Genüge und seit Jahren: Der Redner ruft »*Gerade jetzt wird die PDS als konsequent sozialistische Partei links von der SPD gebraucht!*«, das Auditorium spendet begeistert Beifall. Keiner der Anwesenden hebt die Hand und fragt: »*Was, Genosse Politiker, meinst Du mit ›konsequent sozialistisch‹, und was bedeutet ›links von der SPD‹?*« Welch ein Glück, daß in solchen Veranstaltungen der *Bürger* in der Regel gar nicht erst nicht anwesend ist.

Der Untertitel des *Briefes aus Sachsen*, den ich 1996 gemeinsam mit Ronald Weckesser veröffentlichte, lautete *Für einen eigenen Weg statt ›links von der SPD‹*. Wir erläuterten darin ausführlich, was wir unter einem »eigenen Weg« verstehen. Vordergründig erreichte uns jedoch unisono ein Aufschrei, der sich auf die Floskel



reduzierte, daß diese Gesellschaft eine Partei »links von der SPD« eben *einfach brauche*.

Sprache und Denken bilden eine Einheit. Wer vom *Bürger* her denkt, vermeidet Partei-, Polit- und Klienteljargon und weiß sich verständlich, überzeugend und menschlich auszudrücken. Und es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Begrifflichkeit unserer Sprache uns die falschen Fragen stellen läßt und demzufolge auch die Antworten falsch ausfallen.

Mir ist so, als hätten sich – bis ein, zwei Jahre nach der Wende – die Papiere noch anders gelesen, die Reden noch anders angehört. Ich glaube, beobachtet zu haben, daß die damalige gesellschaftliche Ablehnung der PDS deren Repräsentanten zur Selbstkontrolle zwang, zu Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt im Gebrauch der Sprache. Daß man sich damals sehr in acht nahm, die Menschen nicht vor den Kopf zu stoßen mit einer Sprache, die in Schwulst und Bombast an die SED erinnerte. Diese Periode ist lange vorbei und damit, so mutet es an, auch die Selbstdisziplin im Sprachgebrauch.

Heute scheint es wieder auszureichen, zu versichern, daß der *Kampf gegen Sozialabbau in enger Verbindung zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit* unerläßlich sei, man endlich *Inhalte* brauche und man sich *Konzepten* zuwenden müsse, um den *Reichtum von oben nach unten zu verteilen*, am besten in einem *breiten linken Bündnis*.

Apropos *Bündnis*: Einer unserer Stadträte brachte es auf den Punkt. Er wünschte sich ein institutionalisiertes Bündnis der Linken. Mit der PDS als Zentrum, Grünen, SPD und Bürgerfraktion als deren Trabanten.

Sprache ist verräterisch. Gott sei Dank.

CLAUDIA GOHDE

## Den Tiger reiten.

### Vom Umgang mit den Organisationsdilemmata in der PDS

Ist es für die sozialistische Partei tröstlich, daß alle politischen Mitgliederorganisationen mit den gleichen Grunddilemmata zu kämpfen haben, wie das von Ruth Frey und Helmut Wiesenthal in »Utopie kreativ« 168<sup>1</sup> dargestellt wird? Oder ist es eine weitere Herausforderung und Bürde für eine Partei, die in vielerlei Hinsicht gegen den Strom schwimmen will und damit schon genug Widersprüche im politischen Alltag zu bewältigen hat?

Es kommt darauf an. Es kommt darauf an, die Dilemmata zu kennen und Strategien im Umgang mit ihnen zu entwickeln. Diese Fähigkeit zur kollektiven Selbstreflexion macht eine lernende Partei aus. Darum soll es im folgenden an Hand von Beispielen aus der PDS-Praxis gehen.

Claudia Gohde – Jg. 1958, Kulturwissenschaftlerin, tätig als Referentin für Parteientwicklung beim Parteivorstand der PDS und als freiberufliche Organisationsberaterin. Stellvertretende Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

#### *Die drei Grundaufgaben im Widerspruch*

Ruth Frey und Helmut Wiesenthal benennen (auf der organisationalen Ebene) drei Aufgaben einer Parteiorganisation, die miteinander in Konkurrenz stehen: die Mitgliedergewinnung und -pflege, die Mitgliederintegration und die Handlungsfähigkeit. Diese drei Aufgaben stehen widersprüchlich zueinander: Je mehr Mitglieder die Partei hat, desto weniger sind alle Interessen zu integrieren. Wer alle Mitgliederwünsche gleichermaßen erfüllen will, wird nicht handlungsfähig. Und wer optimal handlungsfähig – häufig gemeint im Sinne von: verhandlungsfähig – ist, verliert möglicherweise Mitglieder, die sich nicht einbezogen fühlen.

Die PDS bietet eine ganze Bandbreite von Beispielen für diese Widersprüche: Jedes Jahr werden zwischen 1000 und 2000 Mitglieder gewonnen. Wie viele davon im Laufe eines Jahres wieder gehen, wird nicht flächendeckend erfaßt. Auf Grund von Stichproben darf aber vermutet werden, daß es fast die Hälfte ist. Da die Mehrheit der Neumitglieder unter 40 Jahre alt ist, ist ihre Integration in Basisorganisationen der Partei, deren Durchschnittsalter oft runde 20 Jahre höher liegt, nicht einfach. Weder im Osten noch im Westen ist bis jetzt eine praktikable Organisationsform der politischen Beteiligung entstanden, die es z. B. berufstätigen Menschen mit Familie erlaubt, sich politisch einzubringen, ohne sich entweder unter Aufwendung der gesamten Freizeit gleich völlig zu verschleifen oder das politische Engagement in Form eines monatlichen unverbindlichen Gesprächsabends abzuleisten. Unbenommen ist, daß es an einzelnen Orten gelungen ist, Mischformen zu finden, und daß einige Arbeitsgemeinschaften einen entsprechenden Anspruch verfolgen. Jedoch:

1 Ruth Frey, Helmut Wiesenthal: Die politische Partei als lernende Organisation, in: UTOPIE kreativ, Heft 168 (Oktober 2004), S. 910-922.

Die Grundorganisationsform der PDS ist die Basisorganisation, und eine gleichberechtigte Alternative hat sich bisher nicht entwickelt.

Viel konkreter wird der Widerspruch zwischen Mitgliederintegration und Handlungsfähigkeit erfahren. Klassiker zur Aushandlung dieses Widerspruchs sind die Parteitage – und zwar insbesondere dann, wenn es um Dokumente programmatischen oder strategischen Charakters geht, die in der Regel im Antragsverfahren zusammengepuzzelt werden. Ein Höchstmaß an Integration wird angestrebt, indem am besten alle Ergänzungswünsche aufgenommen werden und zu umstrittenen Problemen keine Aussage getroffen wird. Jede Redaktionskommission stöhnt über die Antragsteller, die grundsätzlich darüber klagen, daß der Text eigentlich viel zu lang sei, dann aber feststellen, daß noch dieses oder jenes spezielle Thema fehle. So entstehen lange, sprachlich deformierte und langweilige Beschlußdokumente, die folgerichtig – nachdem sie vor und auf dem Parteitag heiß umkämpft waren – nach dem Parteitag zur Seite gelegt und nicht mehr angeschaut werden.

Der Widerspruch zwischen Handlungsfähigkeit und Mitgliederpflege ist eines der heikelsten Probleme der Mediendemokratie, in der Mitglieder häufig in spektakulärer Weise vor vollendete Tatsachen gestellt werden, für die sie als Mitglieder zwar in gewisser Weise haftbar gemacht werden, über die sie aber nicht mitbestimmen konnten. So wandeln sich Mitglieder vom Souverän ihrer Partei zu Kundinnen und Kunden ihrer Parteiführung – und rächen sich dafür gelegentlich auf Parteitag. Auch ein weites Netz von Delegiertensystemen, das sich über die Bundes-, die Länder- und die Bezirks- bzw. Kreisebenen zieht und mit Querverbindungen über Parteiräte und Arbeitsgemeinschaften versehen ist, schützt nicht vor permanenten Konflikten, besonders wenn die Handlungsfähigkeit der Partei öffentlich gefragt ist. Speziell die Berliner PDS weiß ein Lied davon zu singen: Jede unpopuläre Entscheidung ihrer Regierungsvertreter/innen – selbst wenn sie wortwörtlich dem Wahlprogramm oder dem Koalitionsvertrag entspricht – entfacht erneut den Vorwurf, »die da oben« entschieden, »ohne uns zu fragen«.

#### *Das Werte- oder Entwicklungsquadrat*

Wer alle drei beschriebenen Hauptaufgaben einer Organisation gleichermaßen bewältigen will, der solle – empfehlen Ruth Frey und Helmut Wiesenthal – vom Ideal einer maximal starken, maximal integrierten und maximal handlungsfähigen Organisation Abstand nehmen. Dem soll nicht widersprochen werden, gleichwohl: Es klingt ein wenig danach, daß man alles nur halb gut machen kann, daß Kompromisse eben weh tun, und es paßt dazu, daß Politik eben auch nur ein Geschäft ist. Doch wenn man – bis etwas wirklich Besseres in Sicht ist – dabei bleiben will, mit Hilfe von Volksparteien Mehrheiten zu gewinnen und demokratisch zu intervenieren, dann könnte eine systemische und etwas optimistischere Perspektive auf das Problem hilfreich sein.

In einer Partei, deren Mitgliedschaft profunde Kenntnisse der Dialektik mitbringt und die gleichzeitig in der unheilvollen linken Tradition steht, daß die Wahrheit eineindeutig sein soll und objektiv, finden sich allemal Potentiale dafür, die Widersprüche zu erkennen und

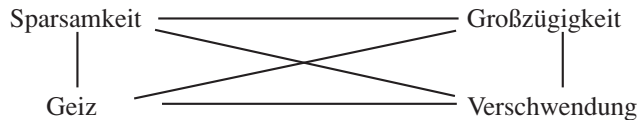
»Letztlich bleiben Entscheidungen über das Verhältnis zur Regierungspolitik eine Frage der Abwägung größeres und kleineres Übel, der Kompromißbereitschaft und möglichen Veränderungen, aber auch größter Aufmerksamkeit dafür, nicht in einem schleichenden Anpassungsprozeß oder unter dem Druck sogenannter Sachzwänge das eigene Profil und die prinzipiellen Ziele der eigenen Partei aufzugeben. Nur eine kontinuierliche Analyse der politischen Wirkungsbedingungen und insbesondere der Wirkungen eigenen Handelns im Verhältnis zu den sozialistischen Zielen der PDS, die beständige Einbeziehung der Mitglieder, Wählerinnen und Wähler in die Entscheidungsprozesse von Fraktionen und Vorständen können die Gefahren, die eigene politische Substanz zu verlieren, einschränken.«

André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann, Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, hrsg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., Dietz Verlag Berlin 1997, S. 318.

aus ihnen erweiterte Handlungsperspektiven abzuleiten. Aber nicht bei den marxistischen Klassikern soll in dieser organisationspolitischen Betrachtung der Partei eine Anleihe gemacht werden, sondern bei einem – gleichwohl emanzipatorischen – Klassiker der Kommunikationspsychologie: Friedemann Schulz von Thun.

Dort gibt es den Begriff vom Werte- oder Entwicklungsquadrat. Seine These ist: »Um den dialektisch strukturierten Daseinsforderungen zu entsprechen, kann jeder Wert (jede Tugend, jedes Leitprinzip, jedes Persönlichkeitsmerkmal) nur dann zu einer konstruktiven Wirkung gelangen, wenn er sich in *ausgehaltener Spannung* zu einem positiven Gegenwert, einer ›Schwestertugend‹ befindet. Statt von ausgehaltener Spannung läßt sich auch von *Balance* sprechen. Ohne diese ausgehaltene Spannung verkommt ein Wert zu seiner (...) *entwertenden Übertreibung*.«<sup>2</sup>

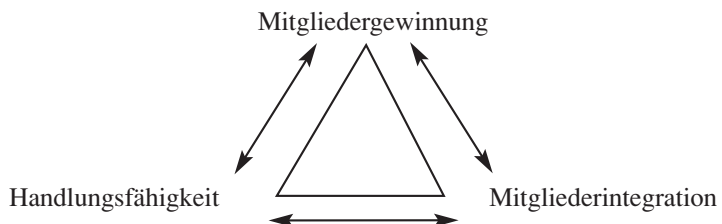
Und so stellt sich das Entwicklungsquadrat an einem Beispiel dar:



Die Aussage ist einfach: Sparsamkeit ohne ihren positiven Gegenwert Großzügigkeit verkommt zu Geiz, und umgekehrt verkommt Großzügigkeit ohne Sparsamkeit zu Verschwendung. Und: Trifft der Sparsame eine ihm sympathische Großzügige, dann wird er vielleicht ihre Großzügigkeit bewundern. Verkracht sich der Sparsame mit der Großzügigen, dann wird er ihr wahrscheinlich irgendwann Verschwendung vorwerfen. Diese Viererkonstellation läßt sich an vielen Werten durchspielen – z. B. Vertrauen/Vorsicht und Vertrauensseligkeit/Mißtrauen; oder Vorsicht/Mut und Feigheit/Leichtsinn.

Das Schöne an diesem Modell ist, daß jeder Mensch permanent damit beschäftigt ist, solche Wertepaare in seinem Leben auszubalancieren. In sich selbst, in Partnerschaften und Familien, in Arbeitsgruppen und Teams. Gute Teams leben davon, daß sie verschiedene Pole zum Zusammenspiel bringen, die für sich allein nicht produktiv wären. Es gibt also eigentlich reichlich Kompetenzen, auf die man aufbauen kann, wenn man es mit solch widersprüchlichen Wertepaaren auf einer höheren Organisationsstufe, die eine Volkspartei mit über 60 000 Mitgliedern zweifellos der Menge und dem Anspruch nach darstellt, zu tun hat.

Angewandt auf das Organisationsdilemma der drei Hauptaufgaben ist zunächst zu klären, in welcher Dimension sich die Widersprüche jeweils zwischen den drei Hauptaufgaben bewegen.



2 Zitat und Beispiel »Sparsamkeit/Geiz« aus: Friedemann Schulz von Thun: *Miteinander Reden 2*, Hamburg 2001, S. 38 ff.

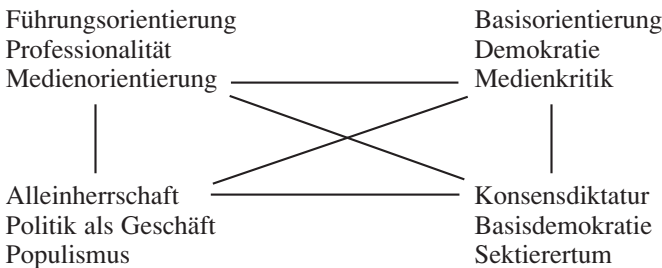
*Handlungsfähigkeit und Mitgliedergewinnung/Mitgliederpflege*

Um optimal handlungsfähig zu sein – zumal in einer Mediengesellschaft –, bedarf es eines klaren Profils, schneller Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit und in der Regel auch eines eingeführten und medienfähigen Personenkreises. Texte und Pressestatements müssen auf den Punkt formuliert sein. Der Zeitpunkt für Interventionen, für politisches Handeln orientiert sich eher an der gesamtpolitischen Landschaft als an der Partei-Agenda.

Die Demokratie verspricht, daß jede/r das gleiche Recht und die gleiche Stimme hat. Wer sehr große Gruppen wie Volksparteien unter einen Hut bringen will, greift heutzutage auf Delegiertensysteme, wie das Parteigesetz sie anbietet, zurück. Das ermöglicht Mitgliedern, über Ausmaß und Ort ihres eigenen Engagements zu entscheiden, bietet ihnen Wahlmöglichkeiten und Minderheitenschutz und über statutarische Festlegungen in der Regel einen festen Kanon von Entscheidungen, die öffentlich mit großen Mehrheiten zu treffen sind. Demokratie braucht Öffentlichkeit, Geld und Zeit und muß sich unabhängig von der Medienöffentlichkeit entfalten können. Es stehen sich also folgende Bedingungs-paare gegenüber:

- Führungsorientierung – Basisorientierung
- Professionalität – Demokratie
- Medienorientierung – Medienkritik

Übertragen auf das Werte- oder Entwicklungsquadrat ergeben sich dann die folgenden Paarungen:



Die Ansprüche auf der oberen Hälfte des Schaubildes werden auf der unteren Seite in ihr Extrem verzerrt. Wer nur den Anspruch der erfolgreichen Handlungsfähigkeit verfolgt, ohne sein Handeln mit der Partei rückzukoppeln, wird von den Betroffenen leicht in die untere Etage gedrückt. Er oder sie wird dazu neigen, den Vertreter/innen von mehr Basisorientierung vorzuwerfen, daß sie – ignorant gegenüber der Medienbedeutung – Entscheidungen endlos diskutieren wollten und die Partei auf den Kopf stellen würden, indem sie der Leitung nur genehmigen, was diese der Basis vorab vorgelegt habe. (Basisdemokratie im Sinne dessen, daß Oben nur machen darf, was unten beschlossen wurde, wird in der PDS von einigen gerne propagiert, wengleich sie weder in den Grundsatzdokumenten noch in der Praxis ihre Entsprechung findet.)

Handlungsebenen der Partei müssen die Medien immer in ihre Überlegungen für ihr Handeln einbeziehen. Sonst können sie nicht

»Die Möglichkeit, korrupt zu werden, bleibt, vor allem, wenn mit dem Amt, Mandat oder der hauptamtlichen Wahlfunktion eigene materielle Lebensbedingungen verbunden sind. Die primäre Orientierung praktischer Arbeit auf Aktionen und Widerstand gegen die herrschende Politik mindert diese Gefahr. Ebenda.

»Um diese Krise des Parlamentarismus, demokratischer Handlungsfähigkeit und, wie viele meinen, von Politik überhaupt zu überwinden, sind außerparlamentarische, zivilgesellschaftliche Bewegungen unabdingbar. Es wird von ihnen abhängen, ob eine Veränderung des geistig-kulturellen Klimas, der geistigen und kulturellen Hegemonie in der Gesellschaft gelingt, und es wird von ihnen abhängen, ob ein öffentlicher Druck entsteht, mit dem die Parteien und das Parlament veranlaßt werden können, sich den eigentlichen Gestaltungs- und Zukunftsaufgaben der Politik zuzuwenden. In dieser Hinsicht ist außerparlamentarische Arbeit vorrangig gegenüber der parlamentarischen und muß die Organisation des Parteilebens der PDS und den Einsatz ihrer Ressourcen bestimmen.«  
Ebenda, S. 322-323.

erfolgreich agieren. Umgekehrt wird diese Bedeutung der Medien oft verkannt oder ausgeblendet. Es wird dann nur die »Fixierung« der Apparate auf die Medien gesehen, eine »Fixierung«, mit der sie zu ihrem eigenen Machterhalt die Programmatik der Partei »verkaufen« würden.

Wenn aber die Politik erfolgreich ist, wenn das Vertrauensverhältnis stimmt, kurz, wenn die Zeiten gut sind, dann weiß eigentlich jede/r, daß Führungsorientierung und Basisorientierung, daß Professionalität und Demokratie, daß Medienorientierung und Medienkritik zwei Seiten einer Medaille sind, die zusammengehören.

#### *Mitgliedergewinnung und Mitgliederintegration*

Wer Mitglieder gewinnen will, muß sich öffnen, muß Sphären des Kennenlernens und des Mitmachens ohne Verbindlichkeit schaffen, muß den Neuen Interesse und Aufmerksamkeit entgegen bringen, muß um sie besonders werben, und wenn sie dann da sind, sollen sie mit offenen Armen empfangen werden und ihre Interessen in der Partei realisieren können.

Ein Höchstmaß an Mitgliederintegration wird erreicht, wenn die Mitglieder sich zu Hause fühlen, wenn man sich untereinander gut kennt, Traditionen und Rituale ausgeprägt hat, wenn es familiär zugeht und die persönlichen Beziehungen stimmen und wenn das Mitglied gegenüber dem Außenstehenden einen besonderen Status hat. Damit stehen sich folgende Bedingungs-paare gegenüber:

Vertrautheit, Geschlossenheit –	Offenheit, Aufgeschlossenheit
Traditionen, Rituale –	Flexibilität
Mitgliederbonus –	besondere Anstrengungen für die Neuen

Ergänzt um ihre negativen Übertreibungen stellen sich folgende Begriffspare dar:

Vertrautheit	Offenheit
Traditionen, Rituale	Flexibilität
Mitgliederbonus	Neuorientierung
geschlossene Veranstaltung	Fremdheit
Erstarrung	Geschichtslosigkeit
ausgrenzend	Unverbindlichkeit

Ein langer Diskurs über die Integrationsfähigkeit der PDS-Basisorganisationen begleitet die Bemühungen der Mitgliederprojektgruppe der PDS zur Gewinnung neuer Mitglieder. Die Protagonisten der Mitgliederwerbung übersehen manchmal die wichtige Integrationsleistung der Basisorganisationen, die dafür sorgen, daß viele Tausende Mitglieder ihre Bindung an die Partei behalten und ihre Beiträge zahlen, und beklagen statt dessen die familiären Rituale, die den neuen Mitgliedern das Ankommen schwer machen. Und umgekehrt hadern die meist älteren Genossinnen und Genossen in ihren

Basisorganisationen mit den meist jungen Neumitgliedern gelegentlich über deren Unverbindlichkeit, wollen ihre gewohnten Treffzeiten und Treffpunkte nicht verändern und beäugen skeptisch die andere Kultur, die die Neuen da reinbringen. Jenseits des Generationenkonfliktes bildet sich das Problem auch am Sympathisantenstatus der PDS ab, der jedem Sympathisanten die gleichen Mitgliederrechte wie dem Mitglied gewährt, nur daß der oder die Sympathisant/in keine Beiträge zahlen muß.

Auch in diesem Konfliktfeld wurden Modelle erprobt, um die beiden Ansprüche – den auf die vertraute Gemeinschaft und den auf Neumitgliederorientierung – auszubalancieren, z. B. durch Jugendgruppen, durch Neumitgliedertreffen und Mentoring. Dort, wo Vorstände beide Anliegen würdigen, stehen die Chancen für eine erfolgreiche Praxis nicht schlecht. Auch hier gilt: Wenn der Fokus ausschließlich auf die Mitgliederintegration gesetzt wird, dann droht Erstarrung, wenn er ausschließlich auf die Offenheit gesetzt wird, dann droht Desintegration; beide Pole müssen zusammenwirken.

*Mitgliederintegration und Handlungsfähigkeit*

Gelungene Mitgliederintegration bedeutet, daß sich die Mitglieder in höchstem Maße mit der Partei identifizieren. Sie wollen an Entscheidungen beteiligt sein und mindestens zufrieden das Ergebnis zur Kenntnis nehmen können, wenn sie schon nicht direkt beteiligt waren. Sie wollen Teil des Erfolgsteams sein, wenn es gut geht, und sie beanspruchen einen Informationsvorsprung gegenüber denjenigen, die nicht in der Partei sind.

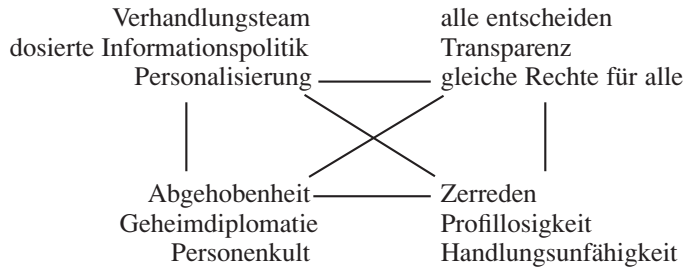
Optimale Handlungsfähigkeit z. B. in einer Verhandlungssituation bedeutet, daß eine kleine Gruppe, womöglich mit abgesprochener Rollenverteilung, optimal informiert und aufeinander abgestimmt agiert, jede/r kann sich auf den oder die andere/n verlassen, man hat Trümpfe im Ärmel und Kompromißangebote in der Tasche, die man situationsabhängig anbietet. Für die Präsentation eines politischen Konzepts wäre die optimale Handlungsfähigkeit gegeben, wenn das Konzept sprachlich aus einem Guß und in ein einheitliches Werbekonzept eingebettet ist und – wenn möglich – noch an eine populäre Person gebunden kommuniziert wird.

Es stehen sich also folgende Bedingungs-paare gegenüber:

- |                                      |                                   |
|--------------------------------------|-----------------------------------|
| ein verschworenes Verhandlungsteam – | alle sollen mitentscheiden        |
| gezielte und dosierte Information –  | vollständige Transparenz          |
| hohe Personalisierung –              | jedes Mitglied ist gleich wichtig |

Übertragen auf das Wertequadrat ergeben sich dann die folgenden Paarungen, die aus den politischen Konfliktfällen hinlänglich bekannt sind:

»Nur wenn Menschen Möglichkeiten besitzen, selbst real und konkret einzugreifen, läßt sich das so weit verbreitete Gefühl der Ohnmacht gegenüber den bestehenden Bedrohungen und gesellschaftlichen Blockaden überwinden. Durch alle Teile des PDS-Programms zieht sich daher der Anspruch, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger deutlich zu erweitern und Selbstorganisation der Betroffenen zu unterstützen. Nur mit diesem emanzipatorischen Anspruch und seiner realen Einlösung in der PDS-Arbeit auf allen Ebenen – in den Basisgruppen, den Kommunen, in den verschiedenen sozialen und politischen Organisationen (Gewerkschaften, Mietervereine, Volkssolidarität, Frauen- und Jugendorganisationen, Kulturinitiativen etc.), in sozialen und politischen Kämpfen, in den Parlamenten – kann die verbale Orientierung der PDS auf die globalen Probleme zu praktischer Politik werden. Hier und heute, nicht »für die Menschen«, sondern mit ihnen, durch sie.«  
Ebenda, S. 345.



Wer die Debatten in der Berliner PDS verfolgt, kann dafür etliche Beispiele finden. Von seiten der Abgeordneten wird zu jedem Kompromiß eine lange Geschichte erzählt, was sich hinter den verschlossenen Türen alles abgespielt hat, was der Koalitionspartner eigentlich gewollt habe und was man ihm dennoch abgetrotzt habe, was aber natürlich der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht werden könne. Dann nämlich mache man sich als Verhandlungspartner unmöglich. Ein Ergebnis wäre nie zustande gekommen, wenn man jede/n um seine oder ihre Meinung gefragt hätte, und hätte man womöglich wirklich alle berücksichtigt, dann wäre ein fader Konsensbrei herausgekommen, ohne Biß und Pointe. Die Kritiker/innen wiederum befürchten, daß die Verhandler/innen in einem fort mit dem Koalitionspartner kungeln, sie fühlen sich uninformiert und empfinden ihre politischen Vertreter/innen häufig als arrogant und behelrend.

Unter welchen Bedingungen können die beiden miteinander konkurrierenden Ansprüche der Handlungsorientierung und der Mitgliederintegration in eine fruchtbare Balance gebracht werden? Es handelt sich hier ja zweifellos um ein markantes und verbreitetes Dilemma der Politik, das nicht nur für Mitgliederschwund, sondern auch für Wählerverdruß sorgt. In den beiden Bundesländern, in denen die PDS an der Regierung beteiligt ist, sind verschiedene Modelle erprobt worden, die allesamt keine wirkliche Entspannung gebracht haben. In der PDS von Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine Begleitgruppe der Regierungsmannschaft, die aus Funktionsträger/innen besteht, die nicht an der Regierung beteiligt sind, und wie ein Seismograph Erschütterungen zu erfassen versucht, Entscheidungen diskutiert und alle Bedingungen abwägt und berät. In Berlin wurde nach einer krisenhaften Anfangsphase ein Strategieforum für alle Funktionsträger/innen eingerichtet, das monatlich knifflige Entscheidungen der Abgeordneten und Regierungsmitglieder berät.

#### *Besser (als) kommunizieren ...*

Zum geflügelten Wort wurde auch bei den demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten, daß man die eigene Regierungspolitik »besser kommunizieren« müsse. Scheint hier vielleicht durch, daß man es der Basis nur besser erklären müsse, damit sie die eigenen Handlungsbedingungen begreift? Das wäre in der Tat zu wenig. Wenn es hier wie in einem Team um verschiedene Rollen und Aufgaben geht, die untrennbar miteinander verbunden sind, dann ist die Absprache darüber und die Verbindlichkeit eine wichtige Bedingung, damit die Teamarbeit klappt. Dazu gehört vor allem die Anerkennung, daß die



Funktion der anderen genauso wichtig ist für das Gelingen wie die eigene. Wer wie im zuletzt diskutierten Beispiel nur die Handlungsfähigkeit zum Maßstab des Ganzen macht, der entwertet die anderen Funktionen. Das spüren die Betroffenen und fühlen sich abgehängt. Und umgekehrt muß sich kein/e Vorstandskritiker/in wundern, daß er oder sie wenig erreicht, wenn Opportunismus oder Machtgeilheit der Inhalt der Kritik sind. Doch wer als Vorstandsmitglied – und vor allem Vorstände haben die Verantwortung, den Konflikt zu meistern – die Interessen seiner Basis wirklich würdigt, wird dort auch einiges an Vorschußvertrauen bekommen und kann ihr manche schwierige Entscheidung zumuten.

*... ist thematisieren*

Aber was spricht dagegen, den Widerspruch zwischen den verschiedenen Aufgaben der Organisation Partei zu thematisieren? Die Anerkennung der berechtigten Anliegen wäre der erste Schritt. Es wäre auch ein Schritt hin zu einer lernenden Partei, für die Selbstreflexivität ohne Zweifel ein wichtiges Merkmal ist. Die in der Organisationsberatung tätigen Hochschullehrer/innen Christiane Schiersmann und Heinz-Ulrich Thiel sprechen von der dritten Ebene des Lernens, vom »organisationsreflexiven Lernen«, wenn nicht nur organisationsbezogene Prozesse thematisiert, sondern auch die Lernprozesse selber für die Aufgabenbewältigung fruchtbar gemacht werden.<sup>3</sup>

Eine Organisation, deren bedeutendste Ressource die Mitglieder sind, sollte auf solche Lernprozesse nicht verzichten. Geringschätziges Ansichten über Selbstbeschäftigung zugunsten der vermeintlich eigentlichen Aufgabe der Handlungsfähigkeit sind in der PDS zu sehr verbreitet. Umgekehrt lebt eine Organisation vom Erfolg in der Außenwelt. Und es sind wiederum die Mitglieder, die von ihren Vorständen und parlamentarischen Vertretungen erwarten, diesen Erfolg zu organisieren. Dennoch wird das Anstreben eines solchen Erfolges häufig unter Verdacht gestellt.

Offenkundig hat in der PDS alle Orientierung auf die Außenwelt nicht davor geschützt, daß die allermeisten lähmenden Konflikte an Widersprüchen in der eigenen Organisation entstehen, daß mehr Energie in die Bewältigung persönlicher Verletzungen und Mißverständnisse fließt als in den Streit um politische Alternativen. Da bietet es sich durchaus an, die Widersprüche anzunehmen und den Tiger zu reiten.

3 Christiane Schiersmann, Heinz-Ulrich Thiel: Projektmanagement als organisationales Lernen, Opladen 2000, S. 47 ff.

## MICHAEL SCHUMANN

# Gegen Rechtsextremismus. Eine Parlamentsrede

*Michael Schumann hielt die folgende Rede am 21. September 2000 im Landtag Brandenburg zur Begründung eines Antrags der Fraktion der PDS mit dem Titel »Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg«.<sup>1</sup> Auf der Grundlage dieses Antrages war mit Ergänzungsvorschlägen des Landtagspräsidenten Dr. Herbert Knoblich (SPD) eine Antragsfassung erarbeitet worden, zu der der nach Schumann das Wort nehmende SPD-Abgeordnete Peter Muschalla erklärte, man sei »an einem historischen Punkt«, denn das habe es »in diesem Hause noch nie gegeben, daß die drei großen demokratischen Fraktionen (gemeint sind SPD, CDU und PDS – d. Red.) gemeinsam einen Antrag – gegen Rechts in diesem Falle – verabschieden werden.« Es sei »wichtig, den Bürgern da draußen zu signalisieren: Der Landtag, alle drei demokratischen Fraktionen sind geschlossen gegen Rechtsextremismus und gegen rechte Gewalt (Beifall bei SPD und PDS)«.*

*Um ein solches gemeinsames Auftreten aller demokratischen Parteien im Parlament hatte Schumann lange gekämpft. Der Beitrag der PDS zur Eindämmung der rechtsextremistischen Gefahr – so hatte er z. B. auf einem Landesparteitag der PDS in Brandenburg im Juni 1998 erklärt – »kann nur dann zur Wirkung kommen, wenn es gelingt, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und auf allen politischen Ebenen mit anderen politischen und gesellschaftlichen Kräften zu erreichen. Die sektiererische Position, die von der Voraussetzung ausgeht, wir seien die eigentlichen und einzig konsequenten Gegner des Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus und verfügten als einzige über die richtigen Antworten, ist borniert und untergräbt die Möglichkeiten von Zusammenarbeit und Bündnissen vor allem mit anderen gesellschaftlich einflussreichen politischen Kräften. Wir haben deshalb im Landtag alles daran gesetzt, eine gemeinsame Erklärung zumindest mit der SPD zu erreichen. Das geht nicht ohne Kompromisse. Maßgebend muß die Einstellung sein, die Lothar Bisky in der Debatte in das Bild kleidete: Im Kampf gegen Braun, gegen rechte Borniertheit und Rassismus, drücken wir nicht nur rote, sondern auch grüne, gelbe und selbst die schwarzen Hände der CDU.« Das Streben nach Zusammenarbeit mit anderen Parteien schließe selbstverständlich Kritik an deren Positionen im einzelnen nicht aus. »Deswegen haben wir in der Parlamentsdebatte (gemeint ist die von 1998 – d. Red.) an die Adresse von SPD und CDU deutlich gesagt: Eine Vogel-Strauß-Politik, die auf eine offensive und*

Michael Schumann – 24. 12. 1946 – 2. 12. 2000, Philosoph, Prof. Dr.; 1990 Mitglied der frei gewählten Volkskammer der DDR und kurzzeitig des Deutschen Bundestages, 1990 – 2000 innenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg, Dezember 1989 – 2000 Mitglied des Parteivorstandes der PDS (von Dez. 1989 bis Febr. 1990 der SED-PDS), Vorsitzender des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung; am 16. Dezember 1989 auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED mit dem Vortrag des Referats »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«, das dann unter dem Titel »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« bekannt wurde, ins politische Rampenlicht getreten.

*öffentliche Auseinandersetzung mit rechter Borniertheit und Fremdenfeindlichkeit verzichtet, um keine schlafenden Hunde zu wecken, oder gar eine Politik, die sich die rechten ausländerfeindlichen Parolen zu eigen macht und glaubt, dadurch den Rechtsextremismus klein halten zu können, ist gescheitert.« Und an die Adresse der eigenen Partei gewandt hatte Schumann gefordert: »Wir dürfen unser Heil nicht vom Druck außerparlamentarischer Kräfte, antifaschistischer Basisinitiativen usw. erhoffen. Wir müssen sie auch als Landtagsfraktion und als Fraktionen in den Kommunalvertretungen unterstützen und ermutigen, wo es sie gibt. Aber wir können sie nicht schaffen (diese Initiativen – d. Red.) und wir dürfen vor allem die Betonung der Wichtigkeit des außerparlamentarischen Wirkens nicht als Ausrede für mangelnde parlamentarische Erfolge benutzen. Und die stellen sich nun einmal nur dann ein, wenn man es versteht, die parlamentarische Mehrheit real zu beeinflussen. Wenn uns das gerade in der Frage des Kampfes gegen den Rechtsextremismus nicht hinreichend gelingt, dann werden sich auch die vielen antifaschistisch gesinnten jungen Leute, die uns nahestehen und den rechtsextremistischen Entwicklungen aus legitimen Motiven Widerstand entgegensetzen wollen, resigniert von uns abwenden, und wir werden dann unser Teil Verantwortung dafür tragen müssen, daß sie den falschen Weg der Verstrickung in Gewalt und Gegengewalt gehen« (zitiert nach: Neues Deutschland, Berlin, v. 15. Juni 1998).*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In den letzten Monaten hat die Debatte über Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt in der deutschen Öffentlichkeit eine neue Dimension gewonnen. Manches, was in dieser Debatte geäußert wird, halte ich persönlich für wenig hilfreich, manches sogar für irreführend, und ich finde auch, daß gelegentlich Pharisäertum im Spiel ist. Aber das ist nicht wichtig. Entscheidend ist etwas anderes, entscheidend ist, daß diese Debatte zu einer neuen Sensibilisierung unserer Gesellschaft geführt hat und daß damit die Chance gegeben ist, einen Zustand zu überwinden, in dem rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit auf Dauer zu einer deutschen Normalität zu werden drohen.

Bundespräsident Rau hat nicht nur mit bemerkenswerter Präzision die komplexen Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit benannt und die entscheidenden politischen Aufgaben, die sich in diesem Zusammenhang stellen, beschrieben, er hat auch das Besondere, das Eigentümliche der mit dieser intensiven öffentlichen Debatte verbundenen aktuellen Situation charakterisiert, wenn er Folgendes sagt: »Mit dieser Gewalt leben wir seit Jahren. Fast konnte man meinen, daß wir uns daran gewöhnt haben. Jetzt scheinen alle aufgewacht zu sein. In den vergangenen Wochen ist uns allen noch einmal klar geworden, welchen Gefährdungen unser Gemeinwesen unverändert ausgesetzt ist.«<sup>2</sup>

Die politischen Möglichkeiten, die in dieser Situation liegen, dürfen wir nicht ungenutzt lassen. Das verlangt auch, daß wir den Prozeß öffentlicher Aufklärung und Sensibilisierung weiter betreiben, er könnte sonst ein Strohfeuer gewesen sein.

Die Redaktion »UTOPIE kreativ« erinnert mit dem Abdruck der vorliegenden Parlamentsrede im Landtag Brandenburg vom 21. September 2000, an den Politiker und Wissenschaftler Michael Schumann, der über viele Jahre hinweg auch zum Autorenkreis der Zeitschrift gehörte. Der Abdruck folgt der Fassung und – leicht gekürzt – auch der Kommentierung, wie sie unter der Überschrift »Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg« enthalten ist in: Wolfram Adolph (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989 -2000. Mit einem Geleitwort von Lothar Bisky, Bd. 12 der Reihe »Texte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin 2004, S. 231-237.

1 Vgl. Plenarprotokoll 3/21 (3. Wahlperiode) des Landtages Brandenburg vom 21. September 2000. Der Antrag trägt die Drucksachennummer 3/1700.

2 Johannes Rau: Gewalt und ihre Ursachen bekämpfen. Wer Gewalt verhindern will, muß ihre Ursachen verstehen, in: Süddeutsche Zeitung, München, 8. September 2000.

3 MEGA ist »Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit«.

4 Gemeint ist ein Interview mit Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe, das in »Die Zeit«, Hamburg, Nr. 38/2000 unter der Überschrift »Ich wollte es nicht wahrhaben« abgedruckt wurde. Zum breiten Echo

dieses Interviews vgl. auch »Die Welt«, Hamburg, v. 21. September 2000. Den Text des Interviews siehe auch unter [www.aktiv-gegen-rechts.de](http://www.aktiv-gegen-rechts.de).

5 Laut »Der Spiegel«, Hamburg, Nr. 37/2000 hatte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm, zugleich stellvertretender Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender, in einem Brief vorgeworfen, daß »mit Billigung offizieller brandenburgischer Stellen« rechts-extremistische Gewalttäter ihre Ziele erreichen würden. Dies sei eine »verheerende Situation«. Schönbohms Ministerium würde »die Konsequenzen rechtsextremistischer und rassistischer Vorfälle nicht nur hinnehmen, sondern sogar nutzen.« Anlaß des Briefes war der Fall eines der Opfer der »Hetzjagd von Guben«, bei der am 13. Februar 1999 drei Asylbewerber von rechtsextremistischen Männern durch die brandenburgische Stadt gejagt worden waren und einer der Gejagten beim Sprung durch eine Glastür ums Leben gekommen war. Dem nun Gemeinten, der die Hetzjagd überlebt hatte, war durch das Ministerbüro ein dauerhaftes Bleiberecht versagt worden, weil er durch die bei der Hetzjagd erlittene Traumatisierung nur »bedingt in der Lage sein (werde), sein Leben eigenständig zu meistern.« Eine ähnliche Entscheidung hatte das Ministerium im Falle eines ägyptischen Bürgers getroffen: Er war, nachdem seine Pizzeria in Elsterwerda bei einem Brandanschlag in Flammen aufgegangen war, mit der Begründung abgeschoben

Das Parlament, das ein wichtiger Teil der Öffentlichkeit Brandenburgs ist, hat die Pflicht, in dieser Frage immer wieder die Fahne zu hissen, sich in möglichst großer Einmütigkeit gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt, für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg deutlich zu erklären.

Insbesondere die Verantwortungsträger aller Ebenen, die Kommunalpolitiker, die Lehrerinnen und Lehrer, die Polizistinnen und Polizisten, die Inhaber von Ehrenämtern aller Art müssen spüren, daß Parlament und Regierung ihnen in jeder Hinsicht den Rücken stärken, wenn sie sich im Sinne eines toleranten Brandenburg und gegen fremdenfeindliche Ressentiments und Gewalt engagieren.

Das sind die Motive, die uns dazu bewogen haben, Ihnen den vorliegenden Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu unterbreiten.

Natürlich ist uns allen bewußt, daß Erklärungen und Bekundungen die konkrete politische Arbeit vor Ort nicht ersetzen können. Das ist trivial. Und wir sind weit davon entfernt, zu ignorieren, daß viel Positives geleistet wurde und wird – in Kommunen, in Schulen und Hochschulen, in Wirtschaftsunternehmen, durch freie Träger, durch Kultur- und Kunstschaffende, durch Bürgerinitiativen usw. Wir denken schon deswegen nicht daran, positive Entwicklungen auf diesem Felde zu negieren, weil sich nicht zuletzt viele Mitglieder der PDS in diesem Zusammenhang vorbildlich engagieren.

Wir stehen nicht am Punkt Null. Das betrifft selbstverständlich auch die Landesebene. Wir übersehen da gar nichts, weder die Aufstockung der MEGA<sup>3</sup> noch die wichtige Initiative von Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden noch das vorgesehene Schulprogramm gegen Rechts aus dem Bildungsministerium. Wir übersehen gar nichts. Aber es ist natürlich die Aufgabe der Opposition, die besonders kritischen Punkte anzusprechen, und die füllen seit geraumer Zeit die Schlagzeilen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrem Furore machenden »Zeit«-Interview<sup>4</sup> die Berechtigung unserer seit Jahren geübten grundsätzlichen Kritik an der Regierungspolitik bestätigt. Ich sage Ihnen das jetzt natürlich nicht händereibend, aber wer hat denn in diesem Parlament schon vor Jahren den damals noch üblichen Tenor von »den paar Verrückten, den Einzeltätern« moniert? Wer hat denn die verbreitete fremdenfeindliche Einstellung thematisiert, die hier gewiß auch spezifische historische, aber nicht vorwiegend historische Ursachen hat? Siehe die erhellenden Ausführungen des Bundespräsidenten! Wer hat denn die Einführung des Sachleistungsprinzips als einen Vorgang kritisiert, der dem fremdenfeindlichen Ressentiment nachgibt? Das war die PDS. Und wer hat denn außer der PDS von dieser Regierung und von ihrer Vorgängerregierung verlangt, daß die ghettohafte Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern als menschenunwürdig abgestellt wird? *(Beifall bei der PDS)*

Nein, die Auseinandersetzung über diese Fragen ist unvermeidlich. Das hat nichts mit der Negierung von Erfolgen und erst recht nichts mit Ehrabschneidung zu tun.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der unerfreulichen Debatte am gestrigen Nachmittag. Herr Minister Schönbohm, Sie können

von der linken Opposition nicht im Ernst erwarten, daß sie die Kritik des Bundestagspräsidenten an Ihnen einfach links oder rechts liegen läßt.<sup>5</sup> Und Sie können auch nicht wirklich erwarten, daß wir gewisse neuerdings wieder zitierte frühere Äußerungen von Ihnen zur Ausländerfrage bei der Beurteilung Ihrer Politik einfach vergessen.<sup>6</sup>

*(Vereinzelt Beifall bei der PDS)*

Sie können auch nicht erwarten, Herr Minister, daß wir vergessen, wie Sie sich – darüber haben wir ja auch gelegentlich öffentlich gestritten – in der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft engagiert haben, eine Kampagne, die damals von der übergroßen Mehrheit dieses Hauses als Bestärkung des fremdenfeindlichen Ressentiments verurteilt worden ist.<sup>7</sup>

*(Beifall bei der PDS – Minister Schönbohm: Aber nicht von den Bürgern in Hessen!)*

Na gut, ich bin im Moment in Brandenburg, Herr Minister.

Wir erstreben mit unserem Antrag ein gemeinsames deutliches Zeichen aller drei großen Fraktionen. Wir halten das aus den Gründen, die ich schon dargestellt habe, für notwendig. Aber wir müssen uns schon gegenseitig in Kritik begegnen, und da sind Sie ja auch nicht gerade fein, Herr Minister.

Ich will bei dieser Gelegenheit auch mit Blick auf die gestrige Debatte aber eines deutlich sagen: Unser Feindbild heißt nicht Schönbohm. Unser Feindbild beginnt da, wo schwarz-rot-golden aufhört und schwarz-weiß-rot beginnt. Damit das ganz klar ist!

*(Beifall bei der PDS)*

*Vizepräsident Habermann:<sup>8</sup> Herr Abgeordneter Prof. Dr. Schumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?*

*Prof. Dr. Schumann (PDS):*

Selbstverständlich.

*Vizepräsident Habermann: Bitte schön, Herr Abgeordneter Petke.<sup>9</sup>*

*Petke (CDU): Herr Prof. Dr. Schumann, nicht von den eigenen Reihen: Können Sie mir erklären, was das Sachleistungsprinzip für Asylantragsteller in Deutschland, was eine Unterschriftensammlung gegen ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, was all das mit den schlimmen Übergriffen auf Ausländer, die in Deutschland leben, zu tun hat?*

*(Widerspruch bei der PDS)*

*Oder sehen Sie die Täter in den Reihen der CDU oder in den Reihen der Landesregierung?*

*Prof. Dr. Schumann (PDS):*

Ach, Herr Kollege Petke, wir können doch jetzt keine Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft und über die CDU-Kampagne führen. Lesen Sie doch einfach mal in den Protokollen der betref-

worden, daß seine Aufenthaltsbefugnis an die Betreibung des Betriebes gekoppelt sei.

6 Als Innensenator im SPD-CDU-Senat von Berlin hatte Jörg Schönbohm z. B. am 2. Juni 1998 in der »BZ« erklärt, es gebe in Berlin »Gebiete«, in denen man sich »nicht in Deutschland« befinde. Solche »Ghettos« müßten »aufgelöst« werden. Islamischer Religionsunterricht sei nicht angezeigt, denn »der Unterricht im Christentum, den wir geben«, gebe »das christlich-abendländische Erbe weiter, auf dem unsere Kultur ganz stark beruht.« Die Auszahlung von Sozialhilfe solle gekürzt werden, wenn keine deutschen Sprachkenntnisse bestünden. »Multi-kulti« sei ein Kampfbegriff der 60er Jahre, der jede Integration verhindere. – Die Äußerungen hatten scharfen Widerspruch hervorgerufen. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Andreas Nachama, hatte im *Tagesspiegel* vom 10. Juni 1998 darauf hingewiesen, daß Berlin längst eine multi-kulturelle Stadt sei, und gefragt, ob der Innensenator »statt Berlin 2000 vielleicht doch lieber ›Germania 2000‹ anstrebe – »jenes gescheiterte Konzept, von dem es zum Glück nur noch ein architektonisches Modell aus der Zeit des Dritten Reiches gibt?« Nachama forderte, Schönbohm müsse »beherzt für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Prinzip des Geburtsortes – dem ›ius soli« – eintreten.« Der Vorstand des »Türkischen Bunds« hatte im *Tagesspiegel* vom 14. Juni 1998 kritisiert, Schönbohm wolle »mit einer den rechtsradikalen Parteien entlehnten Termi-

nologie Menschen aus ihren Wohnbezirken vertreiben.« Es sei aber endlich an der Zeit, zu begreifen, daß sich die Einwanderer in Deutschland »auf Dauer niedergelassen« hätten, und dieser Zustand sei »zumindest mit demokratischen Mitteln nicht mehr umkehrbar.« Es müsse Schluß sein, »unsere Zukunft über das ›Blutsrecht‹ zu definieren.« (vgl. die Dokumentation der Auseinandersetzung unter [www.antifaschistische-nachrichten.de](http://www.antifaschistische-nachrichten.de)).

7 Gegen die in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Herbst 1998 vorgesehene Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem zentralen Projekt einer doppelten Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern waren während des Landtagswahlkampfes in Hessen (die Wahlen fanden am 7. Februar 1999 statt) CDU und CSU gemeinsam mit einer Unterschriftenkampagne zu Felde gezogen, die eine deutliche Ermunterung ausländerfeindlicher Stimmungen zur Folge hatte.

8 Martin Habermann (CDU).

9 Sven Petke, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

10 Die rechtsextreme DVU war bei den Wahlen im September 1999 erstmals in den Landtag Brandenburg gewählt worden. Aktuelle Ergänzung der Redaktion: Im September 2004 konnte sie ihr Ergebnis von 1999 mit 6 Prozent der Stimmen und 6 Landtagssitzen wiederholen.

fenden Landtagssitzungen nach und denken Sie dann darüber nach, warum damals die große Mehrheit des Hauses gegen die CDU diese Verurteilung vorgenommen hat. Vielleicht leuchtet Ihnen das dann ein?

*(Beifall bei der PDS – Petke [CDU]: Was hat das miteinander zu tun?)*

Ich war bei dem Punkt, Herr Minister, Ihnen zu erklären, daß unser Feindbild nicht Schönbohm heißt. Mir liegt sehr viel daran, daß das deutlich wird. Mir liegt auch sehr viel daran, deutlich zu machen, daß wir uns an der geschickten Inszenierung von Sündenböcken nicht beteiligen werden, schon deshalb nicht, weil wir da gebrannte Kinder sind. Darauf können Sie sich verlassen.

*(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU: Brandstifter!)*

Sie können uns gelegentlich Populismus vorwerfen, meine Herrschaften von der CDU, ich will Ihnen aber eines sagen, und das sage ich Ihnen wirklich in großem Ernst: Wenn Sprecher der Koalition und auch Minister glauben, uns bei dieser Gelegenheit mit der DVU<sup>10</sup> verkneten zu können, wird diesem Parlament eine sehr unerfreuliche Zeit bevorstehen. Sie wissen ganz genau, wie uns das verletzt. Sie wissen ganz genau, was das für uns bedeutet.

*(Zurufe von der CDU)*

Wenn Sie dies tun, beschädigen Sie nicht nur die PDS – das kriegen wir schon hin, das halten wir aus –, sondern wenn Sie uns in eine Situation bringen, in der wir dieser Verknetung nur entgehen können, indem wir die Regierung loben und beklatschen, dann beschädigen Sie das Institut der Opposition und damit die Grundlagen der Demokratie in diesem Lande!

*(Beifall bei der PDS)*

Lassen Sie diese Spielchen! Die Verantwortung, die Sie damit übernehmen, können Sie nicht schultern!

*(Zurufe von der CDU)*

Meine Damen und Herren, auf dieser Geschäftsgrundlage gibt es auch gegenüber der Öffentlichkeit keine glaubwürdige gemeinsame Erklärung oder Verlautbarung der demokratischen Parteien in der Frage, mit der wir uns heute beschäftigen. Aber diese Gemeinsamkeit ist notwendig, wenn wir diese entsetzliche Landplage des Rechtsextremismus und der fremdenfeindlichen Gewalt in diesem Lande wirklich überwinden wollen.

*(Beifall bei der PDS)*

Ich stimme den Ergänzungsvorschlägen des Herrn Präsidenten zu. Wir werden auch seiner Antragsfassung zustimmen. – Danke schön.

*(Beifall bei der PDS)*

WILLIBALD JACOB

# Neoliberale Lebensweise und christlicher Glaube sind unvereinbar

Ein Wort zu Bischof Dr. Wolfgang Huber

Während eines Urlaubs in einem entlegenen Schweizer Bergtal lerne ich eine Gruppe von Nachbarinnen kennen, Katholiken, Protestanten und Atheisten, die sich mit aktuellen Fragen befassen. Die Einladung zu ihren Versammlungen im Halbjahr 2004/2005 beginnt mit den Worten:

»Kariere, Reichtum, Macht, Leistung, Ansehen. Schlagworte, die in unserer neoliberalen Gesellschaft zählen. Schließlich ist »jeder seines Glückes Schmied«. Tatsächlich? Die Hungernden, Unterdrückten, Ausgebeuteten, Kranken, die Opfer von Terror und Gewalt.

Der Gott der Bibel ist ein parteiischer Gott, er stellt sich auf die Seite der Kleinen und Schwachen, ergreift die Option für die Armen. »Ich habe das Elend meines Volkes gesehen, ich habe ihre Klage gehört. Ich will sie aus dem Sklavenhause herausführen in ein Land, das von Milch und Honig fließt« (Exodus 3, 7).

Die Bibel entwirft Visionen, Gegenwelten zur real existierenden Welt. Diesen Gegenwelten versuchen wir ... auf die Spur zu kommen.«

Welch ein Ton!? Wie kommt er in die »reiche Schweiz«? Es leben auch dort nicht nur reiche Leute; es leben dort Menschen, die über ihren Tellerrand hinausschauen; die begriffen haben, daß mit dem sog. Neoliberalismus ein neues Zeitalter von Ausbeutung und Klassenkämpfen begonnen hat. – Alte, überholte Worte? Ausbeutung? Klassenkampf? Wie kommen Christen und Christinnen dazu, sie weiterhin zu benutzen oder sie neu zu buchstabieren?

Es sind drei Erfahrungen, die nicht vergessen werden können, es sei denn, die Kirche verleugnet ihre eigene Sache in unserer Zeit:

- Der Kampf um das angemessene Verständnis des Evangeliums in der Zeit des Faschismus, das von dem Juden Jesus aus Nazareth ausgeht; Leben, Leiden und Werk von Karl Barth, Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer stehen exemplarisch für diesen Kampf der Bekennenden Kirche.

- Das Leiden und Sterben von Christen und Christinnen in Lateinamerika, Afrika und Asien im Ringen um Befreiung und soziale Gerechtigkeit nach dem 2. Weltkrieg, die Theologie der Befreiung steht für dieses Ringen bis heute.

- Die Erfahrungen mit der biblischen Botschaft in Europa in den letzten Jahrzehnten angesichts der Experimente und des Scheiterns von Realsozialismus und Realkapitalismus; aus diesen Erfahrungen sind bis heute keine Konsequenzen gezogen worden.

Willibald Jacob – Jg. 1932, Dr. theol., Theologe und Ingenieur für Straßeninstandhaltung, Pfarrer der Evangelischen Kirchen in Berlin-Brandenburg – Region Ost 1955 bis 1992, Dozent für evangelische Sozialethik in Indien 1985 bis 1988, ab 1992 Indienreferent der Entwicklungspolitischen Gesellschaft e.V. (EPOG), Mitglied des Bundestages für die PDS 1994 bis 1998.

»Wir glauben, dass Gott über die ganze Schöpfung regiert. »Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist.« (Ps 24,1) ... Darum sagen wir Nein zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, die vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird, und zu jedem anderen Wirtschaftssystem, einschließlich der Planwirtschaft, das sich Gottes Bund widersetzt, indem es die Armen, die Verwundbaren und die ganze Schöpfung von der Fülle des Lebens ausschließt. Wir lehnen jeden Anspruch eines wirtschaftlichen, politischen und militärischen Imperiums ab, das Gottes Herrschaft über das Leben untergräbt und gegen die gerechte Herrschaft Gottes handelt.« Reformierter Weltbund, 24. Generalversammlung, Dokument: Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, Accra, Ghana, August 2004, zitiert nach: [http://www.bb-evangelisch.de/extern/frz\\_reform\\_potsdam/Mitteilungen-TxLinks/Buecher-Erklaerung/RWB.htm](http://www.bb-evangelisch.de/extern/frz_reform_potsdam/Mitteilungen-TxLinks/Buecher-Erklaerung/RWB.htm)

### *Die ökumenische Alternative*

Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 und der Wahl und Machtergreifung Adolf Hitlers 1933 sind den Gliedern der christlichen Gemeinden Schritt für Schritt die Augen geöffnet worden für die ungeheure Macht, die von der Wirtschaft und damit in einer bestimmten Weise von der Arbeitswelt des Menschen ausgeht. Traditionell standen in den Kirchen die Themen von Familie und Staat im Vordergrund. Jetzt änderte sich dies. Die Geschichte der ökumenischen Bewegung und des Weltrates der Kirchen in Genf dokumentieren auf eindrucksvolle Weise den Erkenntnisprozeß, der an den Punkt führte, an dem nach sorgfältiger Prüfung der kirchlich relevanten Dokumente gesagt werden mußte: Die wirtschaftlichen Mächte unserer Zeit, Banken, Konzerne und global arbeitende ökonomische Großorganisationen sind hauptverantwortlich für Krieg oder Frieden, Ausbeutung oder Befreiung, Nichtentwicklung oder Entwicklung von Menschen. Vor dieser Erkenntnis sollte uns niemand mehr die Augen verschließen dürfen, auch kein Bischof und keine Kirchenleitung. Dies sei betont angesichts des Artikels von Bischof Dr. Wolfgang Huber im »Neuen Deutschland« vom 30. Juli 2004. Mehr durch sein Schweigen als durch sein Reden führt er uns zurück zu überholten Positionen. Er stellt uns vor Alternativen und Ausschließlichkeiten, die keine sind. Bischof Huber übergeht die eine Ausschließlichkeit, die heute biblisch relevant und menschlich konkret erfahrbar ist: Die Ausschließlichkeit von neoliberaler Wirtschaft, die unser ganzes Leben durchdringt, und christlichem Glauben. Den Artikel von Bischof Huber nehme ich daher zum Anlaß, die Voraussetzungen zu schildern, unter denen m. E. gesellschaftliche und politische Mitarbeit von Christen und Christinnen heute sinnvoll ist. Ich denke, daß somit die Kritik des Bischofs in einem anderen Licht erscheint und hoffe, daß deutlich wird, warum Gespräch, Zusammenarbeit und Mitgliedschaft von Christen mit und in der PDS nicht nur möglich, sondern geradezu geboten ist.

Im Jahre 1986 veröffentlichte Dr. Ulrich Duchrow, Professor für systematische Theologie in Heidelberg und langjähriger Direktor der Studienabteilung des Lutherischen Weltbundes, ein Buch mit dem Titel »Weltwirtschaft heute – Ein Feld für Bekennende Kirche?« Duchrow fragt darin, ob nicht längst durch das wirtschaftliche Handeln der reichen Industrieländer eine Situation entstanden ist, die das warnende und Einhalt gebietende Handeln und Reden der Kirchen erforderlich macht; ähnlich wie im faschistischen Deutschland, im Südafrika der Apartheid und angesichts der permanenten Bedrohung der Menschheit mit atomaren Massenvernichtungsmitteln.

Die kirchliche Tradition hat dafür einen Fachausdruck: status confessionis, die Feststellung und das Gebot des widerständischen Bekenntens im Namen Gottes. Wer hier schweigt, verleugnet Gottes Menschenfreundlichkeit und sein Mitleiden in Jesus von Nazareth. Übertragen auf die Weltwirtschaft, die heute bis in jedes Brandenburger und Württemberger, Mecklenburger und ostfriesische Dorf wirkt, heißt das: Die Ökonomie verfehlt ihre lebenserhaltende Aufgabe; sie wird mörderisch. Hier scheiden sich die Geister. Menschen sollen zur Besinnung kommen.

Duchrow zitiert den niederländischen Ökonomen und Mitglied des Zentralausschusses des ökumenischen Rates der Kirchen Harry



de Lange, der 1980 an die vorangegangenen Debatten erinnert und sagt: »Es müssen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aktivitäten entwickelt werden, die an erster Stelle die Bedürfnisse der ärmsten gesellschaftlichen Gruppen befriedigen. – Es ist an der Zeit, das Armutproblem zum Status confessionis zu erklären.« Dies ist nicht moralisch, sondern strukturell gemeint. Die Christenheit hat seither die Möglichkeit, die strukturellen ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen von Armut, Unterentwicklung und Kriegen zu erkennen. Spätestens seit 1980 rührt die ökonomische Frage an die Substanz des christlichen Glaubens. Seither wird sich ein Christ die Frage gefallen lassen müssen: Wie hältst du es mit dem Glauben und der Ökonomie?

Die Entwicklung einer neoliberalen Wirtschaftstheorie und -praxis, ihre sukzessive Durchsetzung seit der Mitte der siebziger Jahre und der Zusammenbruch von Realsozialismus und Realkapitalismus haben die Fragestellungen verschärft. Der konziliare Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, die ökumenischen Weltkonferenzen der letzten 15 Jahre haben die Alternative klar formuliert: Gott oder Mammon? Beide sind unvereinbar. Das heißt auch: Neoliberale Wirtschaftsweise und Weltsicht sind mit christlichem Glauben und christlicher Hoffnung unvereinbar. Im Juni 2002 sagt eine Konsultation des ökumenischen Rates der Kirchen, des Reformierten Weltbundes, des Lutherischen Weltbundes und der Konferenz Europäischer Kirchen in einem Brief an die Kirchen in Westeuropa u. a.:

»Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen, sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen. Die Konsultationen, die bisher stattfanden, zeigen eine wachsende Übereinstimmung darin, daß es Götzendienst gleichkommt, den globalen Markt nach Maßgabe einer unhinterfragten neoliberalen Wirtschaftslehre auszugestalten, weil dies zu Ausschluß, Gewalt und Tod führt. Diese Wirklichkeit, aber auch die Möglichkeit zur Veränderung und von Alternativen, wurden sichtbar, als wir von Geschichten derer, die unter den Auswirkungen der Umsetzung des Neoliberalismus leiden, berichteten und auf den Brief und die Botschaften von Schwestern und Brüdern aus dem Süden und aus Zentral- und Osteuropa hörten.«

#### *Eine andere Ausschließlichkeit*

Wären diese Erkenntnisse eine Brücke zur Partei des demokratischen Sozialismus? Bischof Dr. Huber schweigt zu diesem von mir angedeuteten ökumenischen Erkenntnisprozeß und seinem Ergebnis. Er betritt die Brücke nicht, die uns die Weltchristenheit gebaut hat, um mit unseren nichtchristlichen Zeitgenossen und Zeitgenossinnen ins Gespräch und zu gemeinsamem Handeln zu kommen. Dabei geht es m. E. nicht allein um das Verhältnis zu einer sozialistischen Partei, sondern um das Verhältnis zu allen, die heute nach Gerechtigkeit schreien und die christliche Variante des Schreies vernehmen möchten. Der Bischof stellt dagegen die Gretchenfrage Goethes: Wie hältst du es mit der Religion? Gleichzeitig konstatiert er eine neue Unvereinbarkeit, die Unvereinbarkeit von Pfarramt und Mitgliedschaft und Mitarbeit in der PDS.

»Wir glauben, dass Gott ein Gott der Gerechtigkeit ist. In einer Welt voller Korruption, Ausbeutung und Habsucht ist Gott in einer besonderen Weise der Gott der Notleidenden, der Armen, der Ausgebeuteten, der ungerecht Behandelten und der Missbrauchten (Ps 146,7-9). Gott fordert gerechte Beziehungen in der ganzen Schöpfung ... Darum lehnen wir jede Ideologie und jedes wirtschaftliche Regime ab, das den Profit über Menschen stellt, das nicht für die ganze Schöpfung sorgt, und das jene Gaben Gottes, die für alle gedacht sind, als Privateigentum ansieht. Wir weisen jede Lehre zurück, die jene rechtfertigt, die solch eine Ideologie im Namen des Evangeliums unterstützen oder ihr nicht widerstehen ... Die Generalversammlung verpflichtet den Reformierten Weltbund zusammen mit anderen Gemeinschaften, der ökumenischen Gemeinschaft, der Gemeinschaft anderer Glaubensrichtungen sowie Bewegungen der Zivilgesellschaft für eine gerechte Wirtschaft und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten und ruft unsere Mitgliedskirchen auf, das Gleiche zu tun ... Abschließend bekennen wir leidenschaftlich, dass wir uns verpflichtet werden, unsere Zeit und unsere Energie darauf zu verwenden, die Wirtschaft und die Erde zu verändern, zu erneuern und wiederherzustellen und damit das Leben zu wählen, auf dass wir und unsere Nachkommen leben können (5 Mo 30,19).«

Ebenda.

Bischof Dr. Huber verdeckt für den Leser und die Leserin des »Neuen Deutschlands« die eine grundlegende Alternative unserer Zeit durch eine pragmatisch zu handhabende Frage. Er verursacht eine Umkehrung der Fragestellung: Nicht Gott oder Mammon, sondern Religion oder Sozialismus. Die ökumenische Alternative »Gott oder Mammon« stellt auch jeden Christen, Pfarrer und Theologen in CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP vor schwerwiegende Probleme; praktizieren doch diese Parteien den Neoliberalismus ausdrücklich. Bischof Hubers Alternative kultiviert den alten Konflikt zwischen Christen und Sozialisten, obwohl er im Prinzip durch die Einsichten der ökumenischen Christenheit überwunden ist. Die Alternative lautet nicht mehr »Religion oder Sozialismus« und der Pfarrer und die Pfarrerin sind nicht mehr primär Vertreter in Sachen Religion, sondern Anwälte der von Gott geliebten Menschen, in welcher institutionellen Ausprägung auch immer. Wobei nach meiner Erfahrung der Spielraum für Diskussionen und unterschiedliche Ansichten in der PDS heute größer ist als in anderen Parteien. In der PDS kann eine Situation noch geprüft werden. In den anderen Parteien heißt es: TINA! There Is No Alternative! Hier wird akzeptiert, daß die eigentlichen gesellschaftlichen Machtzentren bei den großen wirtschaftlichen Einheiten liegen. Das gewählte Parlament akzeptiert heute die Vorgaben der Wirtschaft.

Das Schweigen des Bischofs an dieser Stelle erweckt den Eindruck, als akzeptiere auch er. Auch die Kirche soll den Vorgaben der Wirtschaft folgen. So kamen Bischof Huber und Kardinal Lehmann in die Lage, der Agenda 2010 zuzustimmen, gegen alle Warnungen von evangelischen und katholischen Sozialethikern und gegen die Grundintention ökumenischer Erklärungen und Beschlüsse. Hier liegt m. E. der eigentliche Dissenz zwischen Bischof Huber und der PDS.

#### *Die Erwartungen des Bischofs oder die Umkehr der Christenheit*

Was bleibt für den Repräsentanten der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Öffentlichkeit, als für die Religion zu streiten? In Brüssel für den Gottesbezug in der EU-Verfassung, in Berlin für die positive Religionsfreiheit (also für den rechtlichen Schutz der Religionsausübung und nicht nur für den Schutz der Nichtausübung von Religion).

Bischof Dr. Huber trägt Erwartungen an die PDS heran. Neben dem Schutz der Religionsausübung erwartet er von ihr ein inneres Verständnis für Religion, und daß die PDS »das dunkle Kapitel der Verfolgung von Christinnen und Christen in der DDR offen thematisiert«, um letzten Endes für verletzte Menschen »ein unbefangenes Zugehen auf die PDS in absehbarer Zeit« zu ermöglichen. Bischof Huber berührt damit wahrhaft sensible Themen. Auf indirekte Weise wird auch klar, daß der Versöhnungsprozeß im vereinigten Deutschland nicht gelungen ist. Für ein Aufeinanderzugehen wäre Unbefangenheit auf beiden Seiten nötig. Es ist nach 15 Jahren Vereinigung und in einer Zeit neuer politischer Anspannungen und sozialökonomischer Konflikte leicht erkennbar, daß wir keine Versöhnungskommission im Sinne des Südafrikanischen Erzbischofs Desmond Tutu hatten. Eine staatliche Behörde ist ungeeignet für Selbsterkenntnis

und Befreiung. Bischof Huber verschweigt auch an dieser Stelle eine wesentliche Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens in Europa: das Vorbild von Christen und Christinnen und das exemplarische Wort der Kirche, nämlich das eigene Schuld- und Umkehrbekenntnis. Es fehlt.

Es kann Bischof Huber nicht unbekannt sein, daß auch Sozialisten und Kommunisten ein Geschichtsbewußtsein haben und im Gedächtnis behalten, was Christen ihnen angetan haben. Sie haben Zurücksetzung, Verfolgung, Folter und Tod erlitten, während die Kirchen schwiegen oder aktiv beteiligt waren. Nicht nur Juden sind vernichtet worden. Wo heute Christen und Sozialisten aufeinander zugehen, sind die beiderseitigen Erfahrungen präsent oder werden angesprochen. So werden Befangenheiten abgebaut.

Als im Jahre 1945 die Waffen schwiegen, bekannte eine repräsentative Minderheit von Christen und Kirchenführern, aufgefordert durch westliche Kirchenvertreter, angeregt durch den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und vermittelt durch den Schweizer Karl Barth, in den Erklärungen von Stuttgart und Darmstadt ihre Schuld und ihre Irrwege hin zu Adolf Hitler.

»... mit großem Schmerz sagen wir : Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ...«

»... wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen ...«

Der Theologe Hans-Joachim Kraus schrieb: »Die Ausrottung der Juden Europas ... bedeutet die tiefste Krise, in die das Christentum je hineingekommen ist.«

Heute, 60 Jahre später, ist das Schuld- und Umkehrbekenntnis der Christenheit in Deutschland nötiger denn je. Es genügt nicht, steinerne Monumente zu errichten, Gedenktafeln einzuweihen und den Gottesbezug für den Text der Europäischen Verfassung zu fordern. Es sollte angesichts der Völker Europas und der Welt klargestellt werden, welcher Gott und Herr gemeint ist: Mammon, Mars oder Jesus. Und zwar in Wort und Tat und unabhängig davon, ob im Verfassungstext der Name Gottes genannt wird oder nicht. Nochmals Hans-Joachim Kraus: »Und alle diejenigen haben in unserem Volk den Ernst dieser Krise nicht recht erkannt, die mit großem Pathos von dem geistigen Erbe reden, das sich aus Antike und Christentum zusammenfügt und das nun im Abendland zu retten sei. Wieder wird an dem verachteten Grundfaktor vorübergegangen und wieder wird das abendländische Haus des christlichen Heiden renoviert.«

Wer sich den Entwurf zur Verfassung für Europa ansieht, weiß, was gemeint ist. Angesichts der zentralen Stellung von profitorientierter Ökonomie und expansiven militärischen Missionen in aller Welt fehlt das warnende und die eigenen Irrwege bekennde Wort der Kirchen. Wieder wird »an dem verachteten Grundfaktor vorübergegangen«, an der Thora und den Propheten in Gestalt der zen-

Literatur:

Das Darmstädter Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche zum politischen Weg unseres Volkes, in: Willibald Jacob: Der Ostwind weht, wo er will. Aufsätze und Reden, Scheunen-Verlag Kückenshagen 1995.  
Der Brief der Soesterberg-Konsultation an die Kirchen in Westeuropa, in: EPD-Dokumentation 43 a, Frankfurt am Main 2002.

Ders.: Vor Gott und den Menschen, Wolfgang Huber im Gespräch mit Stefan Berg, Wichern Verlag Berlin 2004.

Duchrow, Ulrich: Weltwirtschaft heute – Ein Feld für Bekennende Kirche? Christian Kaiser Verlag München 1986.

Huber, Wolfgang: Pfarramt und PDS – Mitgliedschaft sind nach meinem Verständnis unvereinbar, in: Neues Deutschland, 30. Juli 2004.

Kraus, Hans-Joachim: Begegnung mit dem Judentum. Das Erbe Israels und die Christenheit, Furche Verlag Hamburg 1963.

Marquardt, Friedrich-Wilhelm: Wie die Schuld bei den Evangelischen eine Frage wurde. Politisch-theologische Aspekte kirchlicher Schuldkultur, in: Erinnern, Erkundungen zu einer theologischen Basis-kategorie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 2003.  
Reformierter Weltbund, 24. Generalversammlung, Dokument: Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, Accra,

Ghana, August 2004.  
 Stuttgarter Schulderklärung  
 des Rates der Ev. Kirchen  
 in Deutschland, in: Martin  
 Niemöller: Ein Lesebuch,  
 Pahl-Rugenstein-Verlag Köln  
 1987.

tralen sozialen Frage im strukturellen Sinne. Es fehlt der Hinweis, daß die Vollendung der Einigung Deutschlands und Europas nicht gelingen kann, wenn die neoliberalen Prinzipien für das Leben und Zusammenleben der Menschen Anwendung finden. Dann wird nur der Stärkere »siegen«. Der »christliche Heide« renoviert sein Haus und fragt nicht nach den »Obdachlosen«.

### *Das Paradigma Ostdeutschland*

Ostdeutschland ist das Paradigma für diese Entwicklung in Europa. Die Proteste gegen Hartz IV signalisieren das Wissen der Menschen um eine grundlegende Fehlentwicklung, gegen die mit Geld und Moral nicht anzukommen ist. (Ihr Ruf lautet: »Wir wollen Arbeit« nicht »Wir wollen Almosen«!) Somit besteht die Gefahr, daß Religion wiederum zu einem Mittel der Vertröstung in auswegloser Situation verkommt, zum »Opium des Volkes«, das seine Situation nicht zu erklären weiß, oder gar zum Kampfmittel in Abgrenzung zu anderen im Überlebenskampf. Christen und Kirche sollten daher das Neutralitätsgebot in öffentlichen Einrichtungen und das Eintreten für die negative Religionsfreiheit als Warnsignal nehmen. Wo die soziale Frage neu aufbricht, aber nicht gelöst wird, entsteht eine Situation, in der Religion mißbraucht oder gar zum Risiko wird. Der »französische Weg«, d. h. die striktere Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften in Frankreich, signalisiert diese Gefahren und zeigt die Sensibilität einer nachrevolutionären, säkularen europäischen Gesellschaft. (In Frankreich fehlen die gesellschaftlichen Voraussetzungen, z. B. für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen, für den Einzug von Kirchensteuern durch staatliche Behörden und die flächendeckende Subventionierung der kirchlichen Sozialwerke durch den Staat. Die Träger dieser kirchlichen Aktivitäten sind dort im wesentlichen die lokalen Kirchengemeinden und christliche Basisgruppen.) Die Ähnlichkeiten der französischen und der ostdeutschen Gesellschaft sind in Sachen Religion m. E. unübersehbar.

Ein neues Denken und neue sozialökonomische Strukturen sind notwendig. Radikalprivatisierungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste und Lasten sind dafür ungeeignet. Alternative Konzepte, die der ökumenischen Alternative entsprechen, liegen vor. Attac, PDS und die Weltsozialforen, aber auch UNO-Gremien haben sie zusammengetragen. Es besteht kein Anlaß, vor der PDS zu warnen, solange wir eine Parteiendemokratie haben. Im Gegenteil. Es könnte die Zeit nahe sein, da christliche Gemeinden und Gruppen von ihren Pfarrern und Pfarrerinnen erwarten, daß sie mit der Partei des demokratischen Sozialismus kooperieren und mit dafür sorgen, daß Sozialistinnen und Sozialisten bei ihrer Sache bleiben und für soziale Gerechtigkeit streiten.

DORIS KATHEDER

## Sexy Konkurrenz

### Die Versprechen der Warenwerbung in Mädchenzeitschriften

Jugendliche bewegen sich heute alltäglich inmitten eines Spektrums moderner Erscheinungsformen von Körperlichkeit, Sexualität und Partnerschaft. Auf dieses verweisen gängige Begriffe wie »Abtreibungsparagraph«, »AIDS«, »Fernbeziehung«, »Geschlechtsumwandlung«, »gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft«, »Mißbrauch«, »Pornographie«, »Reproduktionstechnologie«, »Schönheitschirurgie«, »Viagra« und »Wellness«. Sie stehen für sich verändernde Geschlechterbeziehungen, für neue gesellschaftliche und individuelle Moral- und Attraktivitätsmaßstäbe, Freizügigkeiten, ja Enttabuisierungen. In nie zuvor gekanntem Tempo und Umfang haben sich Normen, die für Individuen und für Gemeinschaften wie die Familie konstitutiv waren, verändert.<sup>1</sup>

Ausmaß und Charakteristika dieser Wandlungen werden besonders an den für Jugendliche bestimmten Produkten der Medienindustrie deutlich; im folgenden soll das anhand von Mädchenzeitschriften gezeigt werden. Die Gesamt-Auflagenhöhe der drei Marktführer – *Bravo Girl!*, *Mädchen* und *Brigitte Young Miss* – liegt derzeit bei 1,5 Millionen Exemplaren.<sup>2</sup> Blättert man in ihnen, auch in *Sugar* oder *Sixteen*, so wird die vorherrschende Präsenz von Sexualität, Liebe, Partnerschaft und körperlicher Schönheit evident. Sie bestimmt maßgeblich in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht die Rezeption der Zeitschriften.

Die wichtigsten Vermittler dieser Präsenz sind neben den redaktionellen Ratgeberbeiträgen und den Fotogeschichten die Werbeanzeigen. All diese Teile der Mädchenzeitschriften stehen, genauso wie in den Frauenperiodika, in einer »osmotischen Beziehung«.<sup>3</sup> Belege dafür sind der hohe Anteil von kryptischer Werbung in Ratgeberteilen und die auch in redaktionellen Text-Bild-Beiträgen zu findende visuelle Rhetorik der Werbegrafik (Graphic Design). Die Leitbilder von der jungen Leserin, die in den Redaktionen dominieren, sind das einer Konsumentin, die für körperliche Attraktivität als Konsumartikel steht, und das einer Individualistin, die Attraktivität als Mittel sozialer Abgrenzung repräsentiert. Traditionelle Wertvorstellungen wie Toleranz, Konfliktfähigkeit und solidarisches Engagement spielen zwangsläufig eine untergeordnete Rolle.

In den Werbeteilen der Zeitschriften werden über Gestik, Kleidung und Kosmetik verbale und nonverbale Signale der Sexualisierung und Schönheitspropaganda vermittelt. Der Inszenierungscharakter dieser Werbung entfaltet sich auf topischen Feldern wie Glück, Multikulturalität und Kommunikation. Insbesondere die romanti-

Doris Katheder – Jg. 1958; studierte Germanistik, Geographie und Deutsch als Fremdsprache in Erlangen und München; war Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache, ist Mitarbeiterin des Kunst- und Kulturpädagogischen Zentrums in Nürnberg und wirkt am Projekt »Migration« der Jugendakademie Nürnberg mit.  
doriskatheder@t-online.de.

1 Siehe dazu Thomas Jendrosch: *Sex Sells*. Der neue Trend zur Lust in Wirtschaft und Gesellschaft, Darmstadt 2000.

2 Vgl. Petra Nickel: *Mädchenzeitschriften – Marketing für Medien*. Eine kommunikationswissenschaftliche Analyse der Marktstrategien und Inhalte, Münster 2000, S. 103-108.

3 Susanna Heim: Kampf um wählerische Leserinnen. Die Krise der Frauenzeitschriften, in: Neue Zürcher Zeitung, 7./8. September 2002.

4 Vgl. Nils Borstnar: Männlichkeit und Werbung. Inszenierung – Typologie – Bedeutung, Kiel 2002, bes. S. 701-707 zu »Inszenierungsstrategien« in Werbespots.

5 Vgl. Klaus Holzkamp: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt a. M./New York 1985, S. 313.

6 Cornelia Koppetsch: Die Verkörperung des schönen Selbst. Attraktivität als Imagefrage, in: Herbert Willems (Hrsg.): Die Gesellschaft der Werbung. Kontexte und Texte [...]. Wiesbaden 2002, S. 359-382, S. 367.

sche und individualistische Sexualisierung des Weltverständnisses wird augenfällig in Bildern, die mit Hilfe der Darstellung von heterosexuellen Paaren sowie weiblichen und männlichen Einzelpersonen Werbung machen. Hier kommen in den Inszenierungen – also in den Präsentationen von Körpern als Zeichenkomplexen in bedeutungskonstituierenden Umgebungen und Handlungen<sup>4</sup> – traditionelle rhetorische Kommunikationsstrukturen, aktuelle diskursive Inhalte und Praktiken, Neo-Mythologisierungen und vor allem ikonische Symbolisierungen zur Anwendung. Über letztere sind sinnlich-emotionale Erfahrungen sowohl verdichtet und verallgemeinert als auch unmittelbar gegeben.<sup>5</sup>

#### *Das Glücksversprechen*

Zu den grundlegenden Methoden der Werbung gehört, daß Produkten bzw. Waren durch gestalterische Überformungen Individualisierungs- und Prestige-Potentiale zugesprochen werden. Zum Beispiel einem Lippenpflegestift, der ein »Date« erst zum »Flirt-Event« mache (Blistex; Bravo Girl!, 9/02, S. 21); oder »Retro«-Jeans, die ein Paar vor einem großen Spiegel entspannt, harmonisch und stolz zugleich posieren lassen (Wrangler; ebd., S. 79). Bewundernde Männerblicke für die Damen und ihre gepflegten, »magnetisch anziehenden« Frisuren versprechen Produkte der Haarpflege (Schwarzkopf; Sixteen, 9/02, 2. U.-S.); sogar »Ruhm« verheißt der auf eine Fernsehserie der achtziger Jahre anspielende Werbetext zu »coolen« Uhren, die von einer Mädchengruppe während eines »walk of fame« auf einer Promenade getragen werden (Casio; Bravo Girl!, 9/02, S. 82). Der Zusammenhang mit der einseitigen Propagierung kulturindustrieller, besondere körperliche Attraktivität verlangender Befe (wie dem des »Models«) in den redaktionellen Teilen der Periodika wird offensichtlich.

Das allgegenwärtige Glücksversprechen der Werbung in den Mädchenzeitschriften ist aber nicht frei von Paradoxie. Denn es suggeriert, daß ein Zuwachs an individueller Attraktivität – das heißt: an »gutem Aussehen (Schönheit), Charisma (Ausstrahlung) und Authentizität (Natürlichkeit)«<sup>6</sup> – sowie ein Zustand der inneren Harmonie ausgerechnet durch massenhaft zum Kauf angebotene, uniforme Produkte bzw. Dienstleistungen erreicht werden könnten. Und daß Glücksempfinden, Beziehungsreichtum, Sicherheitsgefühl, Liebe und Schönheit zumindest teilweise als »Service« erwerbbar wären. Darum verheißt eine Parfümanzeige: »scents + senses« – Düfte und Gefühle (Esprit; Sugar, 9/01, S. 79).

Die sinnfällig-detaillierte Hervorhebung von Schönheit, Freiheit, Privatheit und harmonischer Sexualität in Form von sensuellen Appellen mit ästhetischem Überschuß soll die Leserinnen nachdrücklich sowohl zur erlebenden (emphatischen) Mitschau anregen als auch ihnen (Spiel-) Raum für eigene Reaktionen, für die Projektion von Wünschen geben – zu deren Erfüllung das Produkt als Ware und als Lustobjekt scheinbar verhilft. Scheinwelten voller Romantik und Freiheit, die als Rahmen für sexuelle Interaktion und Erfahrung fungieren, sind oft sogar je nach Warenart und Konsumentinnenkreis unterschiedlich inszeniert: Es gibt sie als abenteuerhafte Naturbegegnung, als schillernde Feste, als Ausflüge in das Exotische, als

»Ethno-Erotik«<sup>7</sup>. Fast immer werden sie außerhalb der Zwänge sozialen Handelns, der »diffusen Aspekte des sozialen Lebens«<sup>8</sup> angesiedelt. Die Werbebilder passen sich so der Ambivalenz in den Lebensvorstellungen vieler Jugendlicher an, die oft verbunden sind mit der Rückkehr zum »Vitalen« und sich gegen viele Verhaltensprogramme ihrer sozio-kulturellen Umwelt richten. Eine Kosmetikfirma versichert darum: »Lieb? Brav? Angepaßt? Nicht mit diesen Farben« (L'Oréal; Sugar, 4/02, S. 19).

### Die Ethno-Erotik

Das von den ikonischen Warenpräsentationen gegebene Glücksversprechen muß von den Werbestrategen aber auch durch die Imagination von Lebensnähe, von alltagsverbundenem Problembewußtsein verstärkt werden. Darum ließ zum Beispiel die ARD eine halbnackte junge Frau im Badezimmer versonnen blicken: »Jetzt hab ich zum ersten Mal meinen Freund betrogen. In *Verbotene Liebe* sah das leichter aus.« (Sugar, 6/01, S. 43) Eine melodramatische Vorabend-Fernsehserie (Soap Opera), die nach amerikanischem Vorbild den Alltag auf extreme Spielarten reduziert, ihre Protagonisten beständig in affektive Übererregung manövriert,<sup>9</sup> wird hier als zwar »leicht« gemacht, aber doch lebensnah und problembewußt empfohlen.

Besonders plastisch wird diese Suggestion von Lebensnähe in der Werbung durch Betrachtung ihrer Diskursnähe. So hat sich die Verschränkung von romantischer Sexualisierung mit globaler Ethnologisierung, mit dem »multi-kulturellen« Diskurs intensiviert, beeinflußt unter anderem durch die aggressive *Benetton-* und *Otto-Kern-*Werbung der neunziger Jahre. Diese Synthese verweist als eine Erscheinungsform der Natur-Neomythologie zugleich auf wichtige Entwicklungen in den Waren- und Kapitalströmen der nachkolonialen Zeit, auf Wanderungsbewegungen, Tourismus und Telekommunikation. Die Werbung spielt deshalb auch auf langlebige rassistische Sexualstereotype (wie »Wildheit«, »Ekstase«) an und trägt so zur postkolonialen Neu-Integration des »Exotischen«, »Fremden« als Lustobjekt-Reservoir in den westeuropäischen Kulturzusammenhang bei: »Man setzt auf die *Verfremdung*, auf den Farbsprich Hautkontrast, der als Blickfang inszeniert wird [...], man spekuliert mit der Kuriosität, Originalität, Attraktivität und Symbolkraft exotischer Zeichen und Farben.«<sup>10</sup>

In diesem Sinne soll offenbar eine Südländerin, die eine Jeans-Kombi in Gebrauch-look (»worn jeans«) trägt, sich mit offener, den Blick auf einen schwarzen Büstenhalter freigegebender Jacke in eine Ecke aus großen Sandsteinen lehnt und nach unten schaut, als Blickfang einer Marke für Alltagskleidung den entscheidenden exotischen Hauch verleihen (Levi's; Brigitte Young Miss, 10/02, 3. U.-S.). Inzwischen ist die Fiktion weltumspannend-harmonischer, über Konsumartikel vermittelter »Partnerschaft« gerade bei internationalen Firmen zu einer wichtigen Werbe-Botschaft geraten: Wie selbstverständlich präsentieren drei dunkelhäutige, eng aneinander sitzende Frauen Damen-Rasierpflegeartikel (Wilkinson; Sugar, 7/01, S. 45). Oder: »Life tastes good«, das Leben schmeckt gut – sanft umschlingt die männliche mitteleuropäische oder nordamerikanische Gestalt mit dem linken Arm eine Asiatin, deren

7 Rüdiger Lautmann: *Soziologie der Sexualität. Erotischer Körper, intimes Handeln und Sexualkultur*, Weinheim/München 2002, S. 166.

8 Ebenda., S. 335.

9 Zur »Seifenoper« siehe Hanne Landbeck: *Generation Soap*, Berlin/Weimar 2002. Siehe auch Margareta Gorschenek u. a.: *Sexualität und Geschlechtsrollenklischees im Privatfernsehen*. Inhaltsanalytische Fallstudien, Berlin 1994.

10 Michael Diers: Schwarz, Weiß, Rot und Gelb. Aus der politischen Farbenlehre der Werbung, in: *Jahrbuch der Hamburger Kunsthalle*, Bd. 1 (1994), S. 187-204, S. 193 f.

11 »Latin Lover« und »Naturbursche« als Spiegelfiguren weiblicher erotischer Sehnsüchte sind aus Film und Literatur des frühen 20. Jahrhunderts transferierte populäre Symbolfiguren. Erinnert sei hier nur an den Hollywood-Star Rudolph Valentino (dem John Dos Passos in seiner Romantrilogie »U. S. A.«, 1930/32, ein literarisches Denkmal setzte) und die männliche Hauptfigur in David Herbert Lawrence' Roman »Lady Chatterly's Lover«, 1928. Susan Sontag spricht in »Der Heroismus des Sehens« (1977) vom »heroischen Vitalismus der zwanziger Jahre«, der vor allem von D. H. Lawrence propagiert worden sei und einschlieÙe »die Bejahung des Sinnenlebens, die Wut auf die sexuelle Heuchelei des Bürgertums, die selbstgerechte Verteidigung des Egoismus im Bekenntnis zur eigenen geistigen Berufung, die mannhaften Aufrufe zur Vereinigung mit der Natur«. S. Sontag: Geist als Leidenschaft. Ausgewählte Essays zur modernen Kunst und Kultur. Hrsg. v. Eva Manske, Leipzig/Weimar 1989, S. 203-227, S. 214.

12 Die Markenbezeichnung »BeeDees« spielt auf den Namen der britischen Popgruppe »Bee Gees« an (abgeleitet von der Abkürzung für Brothers Gibb).

13 Jan Biaostocki: Stil und Ikonographie. Studien zur Kunstwissenschaft, Dresden 1966, S. 111-125, bes. S. 113.

Augen geschlossen sind – und mit der linken Hand die Coca-Cola-Flasche (Abb. 1 – Yam!, 34/01, S. 25). »Schmackhaft« gemacht werden soll hier gewiß nicht nur ein alkoholfreies Getränk, sondern eine Illusion: die Illusion der – im wörtlichen und übertragenen Sinne – grenzenlosen, völkerverbindenden Freiheit, Geborgenheit und Konsumfreudigkeit im »globalen« Zusammenhang.

Die exotischen Mädchen- und Frauengestalten der Werbung sind zu meist passiv, sind nicht mehr als ästhetisierte und ästhetisierende Staffagen. Anders verhält es sich – gewiß nicht zufällig – mit den Akteuren männlichen Geschlechts. Zum Beispiel präsentiert ein Miederwarenhersteller eine von Kopf bis Becken nackte männliche Figur, die ihren Körper nach links ab-, ihr Gesicht mit Schulterblick nach rechts den Betrachtenden zuwendet. Über ihre rechte Schulter hat sie einen weißen Büstenhalter geworfen, den sie mit der rechten Hand hält. Zwar besagt eine in der Mitte über das Bild laufende Schriftzeile in Form eines Geheimdienst-Stempels: »For girls only« (Adaption der Dienstanweisung »For eyes only« – Streng geheim). Aber die Figur, ethno-erotischer Prototyp »Latin Lover« (oder lateinamerikanischer »Naturbursche«),<sup>11</sup> präsentiert den »BH« wie eine Jagd-Trophäe. Das weibliche Kleidungsstück und seine Trägerin haben also letztlich die Bestimmung, »erobert« zu werden, ja dazu zu »animieren« (Ab. 2 – Triumph, Marke »BeeDees«; Sugar, 6/01, S. 29).<sup>12</sup> Diese Fotografik gehört zu einer Serie – was durch die »ikonographische Schwerkraft«, das »Beharrungsvermögen« und die »Magnet«-Wirkung<sup>13</sup> der in ihr verwendeten Prototypen belegt wird. Weitere Ausführungen zeigen ebenfalls halbnackte männliche Gestalten mit teilweise archaischer Gestik: einen jungen Mann mit Afro-Haartracht, der den »BH« in Frontalsicht vor seinem Oberkörper ausbreitet (Mädchen, 9/03, 2. U.-S.); einen Asiaten mit einem »BH« in den gefalteten Händen (Sugar, 4/02, S. 16; variiert in Bravo Girl!, 7/03, S. 15)); einen Mitteleuropäer mit Schmolllmund, der ein »BH«-Exemplar von hinten über seinen Nacken spannt (Mädchen, 10/02, S. 73).



### *Fetisch Massenkommunikation*

Zwangsläufig muß Werbung, als Teil der modernen Massenkommunikation, selbst Aspekte des technisch optimierten Mediengebrauchs aufnehmen und diesen zum topischen Feld machen. Das hat aber im kommerziellen Graphic Design zur Folge, daß gerade der kommunikative Aspekt von Sexualität<sup>14</sup> reduziert und pervertiert wird.

Ein Fotoapparate-Hersteller präsentiert zum Beispiel eine junge Dame – das heißt: nur deren T-Shirt, einen Teil des Bauches mit Nabel, die Unterarme und Hände, deren Daumen in die Taschen einer Jeans-Hose eingeführt sind. An letzterer hängen verschlußartig drei Sofortbilder, die je ein Vorhängeschloß, ein Stück von der Kette eines Kettenschlosses und ein Scharnierschloß zeigen. Gespielt wird hier sowohl mit dem künstlerischen Motiv des »Bildes im Bild« als auch mit der Männerphantasie und Legende um das alte ritterliche Treuesymbol des eisernen »Keuschheitsgürtels«. Der Blick wird in die Unterleibsregion der Figur gelenkt – die »verschlossen« ist, aber »geöffnet« werden kann und wohl auch soll (Polaroid; Sugar, 8/01, S. 21).

Mobilfunk sei »a part of your life«, ein Teil deines Lebens, postuliert eine andere Anzeige. Diagonal wird hier die Bauchregion einer jungen weiblichen Figur, die oben und unten angeschnitten ist, in das Bild gesetzt. Ihre rechte Hand ist auch zu sehen – die den Slip leicht nach unten zieht. Auf ihren rechten Oberschenkel ist das Bild eines Funktelefons gelegt: »klein – edel – sexy«. Ein Arrangement, das die Assoziation »Telefonsex« hervorruft, in die Nähe zum Sexismus<sup>15</sup> gerät (Abb. 3 – Motorola; Bravo Girl!, 23/01, S. 61). Das gilt auch für weitere Beispiele: »True romance«, wahre Romantik, verspricht eine Textilfirma mit einer Szenerie, an der eine junge Frau mit halb geöffnetem Mund und in schwarzer Unterwäsche, eine Liege und ein Telefon mitwirken. Hier wird enigmatisch auf das »Rotlichtmilieu« angespielt (skiny; Brigitte Young Miss, 12/01, S. 59). Und: »Mach's mit wem Du willst – [...]«, fordert doppeldeutig der Text zu einem Foto mit ekstatischen Gestalten beiderlei Geschlechts auf – »[...] supergünstig in alle Handynetze!« (eplus; Sugar, 6/01, S. 84). Ein Spiel mit der Fiktion totaler kommunikativer Selbstbestimmtheit in der modernen »Netzwerkgesellschaft«.<sup>16</sup> Für diese Fiktion steht auch die doppelseitige Darstellung einer fröhlichen Party-Runde, zusammengesetzt aus weiblichen und männlichen Figuren mitteleuropäischer, afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft, durch welche ein Elektronikkonzern seine Funktelefon-Neuentwicklung »global« feiern läßt (Siemens; Yam!, 44/01, S. 22 f.).

### *Der Pseudo-Feminismus*

Es gehört zur landläufigen Suggestion von lebensnahem Problembewußtsein der Werbung in den Mädchenzeitschriften und zu ihrer Porosität auch gegenüber dem Feminismus-Diskurs, daß zu den Figurationen des männlichen Blicks auch weibliche Spiegelbilder, weibliche Entsprechungen mitgeliefert werden. Mittels des Prototyps der »Power-Frau« – der zuweilen auch in der weiblichen Version des »Latin Lover«, der »Latina«, erscheint – werden pseudoemanzipatorische, schein-selbstbestimmte Verhaltensweisen in

14 Rüdiger Lautmann spricht von Sexualität als einer »kommunikativen Beziehung«, von »sexueller Kommunikation« und »sexueller Interaktion«, a. a. O. (Anm. 7), S. 24 f., S. 21, S. 55.

15 Unter Sexismus wird hier nicht neo-puritanisch Werbung mit sexuellem Inhalt oder sexuellen Anspielungen schlechthin verstanden. »Paradigmatisch für sexistische Werbung ist [...] eher die traditionelle Waschmittelreklame, die eine geistig beschränkte Frau darstellt, deren gesamter Lebensinhalt sich in sauberer Wäsche zu erschöpfen scheint und die hilflos auf den natürlich männlichen Experten blickt.« Julian Nida-Rümelin: Werbung und Ethik, in: Susanne Bäuml (Hrsg.): Die Kunst zu werben. Das Jahrhundert der Reklame, Köln 1996, S. 327-335, S. 334. Siehe auch Günter Herkel: Tangaslips und Elektroschocker. Zur Spruchpraxis des Werberates bei frauendiskriminierender Werbung, in: M. Menschen Machen Medien (Stuttgart), 51 (2002) 6, S. 16.

16 Siehe dazu: Im Netz: Frei oder gefangen oder aber abgehängt? Der Soziologe Manuel Castells im Gespräch mit Sven Ahnert, in: Kunst & Kultur (Stuttgart), 9 (2002) 3, S. 50-52.

17 Claudia Koppetsch,  
a. a. O. (Anm. 6), S. 365.

»Machtspielen« demonstriert. Und zwar quasi im bloßen Rollentausch, überwiegend mit lässigen und raumgreifenden Gesten, die ansonsten als »die wichtigsten Stützen männlicher Überlegenheit«<sup>17</sup> gelten.

So verspricht eine Textilfirma »Dress for the moment«, Kleidung für den richtigen Augenblick, mittels einer Szenerie, die sowohl als Anspielung auf Kriminal- und »Action«-Filme als auch auf den Diskurs »Gewalt in der Ehe« verstanden werden kann: Vor dem Eingang eines Gartenhauses mit Pflanzenwand und Glastür agiert eine weibliche Figur (ihr Kopf ist weggeschnitten), bekleidet mit einer Tigerfellmuster-Bluse und einem rosafarbenem Seidenrock. Sie zieht in Judoka-Manier mit beiden Händen eine männliche Figur (deren obere Gesichtshälfte ebenfalls weggeschnitten ist) in transparentem Hemd, unter dem ein Brustbeutel erkennbar wird, Jeans und Turnschuhen an sich heran und rammt ihm ihr linkes Knie in den Unterleib (Abb. 4 – New Yorker; Sugar, 6/01, S. 37).

Ein schwarz bekleideter weiblicher Oberkörper, umgeben von zwei angeschnittenen männlichen nackten Körpern und einem nackten weiblichen beherrschen das Werbearrangement einer Kosmetikfirma. Im Haar der weiblichen Hauptfigur befinden sich zwei leuchtende – die Metapher vom »Teufelsweib« assoziierende – rote Hörner, die der Form der »not for everybody« (nicht für alle) gedachten Parfümflasche entsprechen; ihre Unterlippe ist lustvoll leicht über die untere Zahnreihe gewölbt (bruno banani; Mädchen, 23/01, S. 35).

Animation, Spiel und Tabubruch assoziiert eine weitere Werbung desselben Herstellers, diesmal für einen Damen- und einen Herren-duft, der wiederum »not for everybody« bestimmt sei. Eine junge Dame, mit dem rechten Bein auf einem historischen Bett (einem abgesperrten Museumsexponat mit dem Schild »Bitte nicht berühren«) knieend, zieht ihren Partner an seinem Gürtelschloß an sich heran: »Time to play« – Zeit zu spielen (bruno banani; Brigitte Young Miss, 9/02, 2. U.-S.). Trotz solcher pseudo-feministischer »Spiele«, sol-

cher Zugeständnisse im Geist individualistischer »Selbstverwirklichung«, im Geist des Werbespruchs »express yourself« (siehe u. a. Sugar, 1/02, 4. U.-S.) ist im gegenwärtigen Graphic Design eine wesentliche Tendenz unübersehbar. Nämlich die, daß romantische Sexualisierung, ihr entsprechende Rollenklischees in der Werbung vor allem mit einem maskulinen Blick figuriert werden, das heißt: mit einem bestimmten maskulinen Blick. Die häufig in den Mädchenzeitschriften erscheinenden halbnackten Männergestalten zum Beispiel verweisen auf mehrere Traditionsfelder. So zunächst auf kunsthistorische Vorbilder wie antike Plastiken (und ihre kriegerischen Adaptionen im Sinne der NS-Ideologie während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, unter anderen durch Arno Breker), auf die deutsche »Lebensreformbewegung« um 1900 mit ihrem Protest gegen die Einengungen durch Industrialisierung und Wilhelminismus, auf Topoi wie Naturverbundenheit, Freiheit und romantische Entgrenzung in Zeit und Raum.<sup>18</sup> Aber dieser kunst- und kulturgeschichtliche Transfer in die Gegenwart fußt wiederum auf dem Basisprozeß der kulturellen Prägung eines männlichen Habitus »durch die Lebensbedingungen und ästhetischen Standards einer Mittel- und Oberschicht, in der die Verfügung über ökonomisches Kapital, der berufliche Erfolg im Sinne von persönlicher Karriere in Politik, Wirtschaft oder Kultur an erster Stelle stehen«, und mit dem verbunden sind »eine ausgeprägte Konkurrenz- und Dominanzfähigkeit, die Verfügung über Statussymbole sowie Erfolg bezogen auf Frauen.«<sup>19</sup> So wird in der Werbung der Mädchenzeitschriften über Körperpräsentationen mittels ausgewählter diskursiver Einschreibungen ein maskuliner Habitus propagiert, der den Leserinnen die Illusion der Teilhabe an seiner Hegemonialität bzw. wenigstens an seinen Lebensstilmustern vermittelt – vorausgesetzt, sie sind bereit, Unterwerfungsbereitschaft, Sanftheit und die Reduktion auf das Sexuelle zu akzeptieren.

Die globalen Glücksversprechen der Warenwerbung, ihre bildhaften Scheinlösungen für Lebensprobleme können aber nicht nur vor dem Hintergrund von aktuellen »Geschlechterkonstellationen« untersucht und bewertet werden. So sind die Zusammenhänge zwischen einerseits landläufig von der Werbung propagierten Schönheitsidealen – wie der »Stundenglasfigur« und des »Goldenen Schnitts«<sup>20</sup> –, und andererseits ökonomischen Interessen der Nahrungsmittel-, Pharmazie-, Kosmetik- und Modeindustrie sowie der Berufsstände der Ernährungswissenschaft und Schönheitschirurgie weithin bekannt. Aber sie sind den Leserinnen und Konsumentinnen nicht immer bewußt – auch deshalb nicht, weil in der Werbung diese Zusammenhänge permanent gestalterisch überformt werden. Wichtig ist es aber, den Wunsch der Werbestrategen nach absatzfördernder »Kundinnenmotivation« – auf der Grundlage eines vereinfachten, monokausalen Reiz-Reaktions-Musters wie »AIDA« (Attention, Interest, Desire, Action)<sup>21</sup> – nicht gleichzusetzen mit den realen Wirkungen. Denn es gibt noch weitere Einflußfaktoren, die sich unter anderem aus der Durchdringung unterschiedlicher kultureller Lagen ergeben und die wirtschaftliche Absicht sogar unterlaufen können: Die ästhetische Gestalt- und Symbolbildung des Graphic Design

18 Michael Rutschky schreibt dazu: »In der Kunst [...] strahlt der entblößte Frauenkörper vorzüglich Erotik aus, der Männerkörper dagegen Heldenmut, Heroismus. Seit der griechischen Antike sind unsere Helden nackt, und immer wenn was Heroisches zur Darstellung kommen soll, greift man auf diese Formel zurück. So unterläßt man das Nachdenken, warum.« Der nackte Männerkörper erscheine als »besonders eindrückliche Darstellung von Heldentum«, denn: »Heroismus ist keine Sache des äußerlichen Körperschutzes oder der Waffen, sondern eine seelische Kraft. Der Held wird so stark von Entschlossenheit und Kampfesmut beflügelt, er bleibt so frei von Furcht und Zweifel, daß er seinen Feinden nackt gegenüberzutreten kann.« M. Rutschky: Nichts als Helden. Der Mann hat die Werbung erobert – heroisch, martialisch, nackt. Mehr als nur ein Zufall? In: Die Zeit (Hamburg), Magazin, Nr. 10, 4. März 1994, S. 12-17. Siehe auch in Anm. 4.

19 Holger Brandes: Held der Arbeit oder Workaholic? Geschlecht und Habitus, in: Freitag (Berlin), Jg. 2002, Nr. 50, S. 11 (Auszug aus Ders.: Der Männliche Habitus, Bd. 2, Leverkusen 2002). Der Autor unterstreicht: »Zumindest seit den achtziger Jahren behauptet sich diese Männlichkeit als hegemoniale nicht nur gegenüber anderen Männlichkeitsentwürfen in der eigenen Gesellschaft (beispielsweise dem Alternativentwurf des »Hausmannes« oder auch traditionell proletarischen oder soldatisch geprägten großbürgerlichen Männlichkeitsformen), sondern auch gegenüber dem feministischen Anspruch stärkerer

Frauenrepräsentanz in Führungspositionen.«

20 Der Goldene Schnitt bedeutet ideale Körperproportionen – wie die Abmessungen Fuß – Bauchnabel und Bauchnabel – Scheitel im Verhältnis 1 : 0,681. Vgl. BBC Exklusiv, Folge 3: Gesichter, Grünwald 2002 (Video-kassette).

21 Vgl. Friedemann W. Nerdinger: Strategien der Werbung. Vom Auftrag über die Gestaltung zur Entscheidung, in: S. Bäumler (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 15), S. 297-307, bes. S. 299.

22 Vgl. Michel Foucault: Archäologie des Wissens, Frankfurt a. M. 1981, S. 198-200.

23 Helmut Schanze (Hrsg.): Metzler Lexikon Medientheorie – Medienwissenschaft. Ansätze – Personen – Grundbegriffe, Stuttgart/Weimar 2002, S. 234 (Artikel »Medienpädagogik«).

24 K. Holzkamp, a. a. O. (Anm. 5), S. 390.

steht auf vielfach vermittelte Weise für Deutungsmuster des *gesamten* sozial-kulturellen Systems. Deshalb lassen sich Verbindungen nicht nur mit dem jugendkulturellen oder feministischen »Geschlechterdiskurs«, sondern auch mit den Diskursen um »Umwelt«, »Sozialstaat« und anderen feststellen, welche (nach einem Wort Michel Foucaults) die Bilder und Texte »durchqueren«, sie mitunter völlig beherrschen.<sup>22</sup> Als Bestandteil der gesellschaftlichen Imagination stehen die Bildtechniken der Werbung nicht nur in einem wechsel- und spannungsvollen Verhältnis mit solchen, in Politik, Medien und Bildungswesen institutionalisierten Diskursen, sondern auch mit der visuell-kommunikativen Erfahrung der Betrachterinnen, ihrer Unterscheidungs- und Selektionskompetenz, ihren analytischen und kreativen Fähigkeiten. Darum müssen in der Werbung aktuelle Erscheinungsweisen des Alltagsbewußtseins der Menschen berücksichtigt werden – ihre massenhaften Bedürfnisse, individuellen und gesellschaftlichen Erfahrungen, ihre Einstellungen, Wünsche, Identifikationen, ihr sinnlich-vitales Verhalten. In der Werbung muß auf zeitgemäße Bilderwartungen reagiert werden; stets sind neue Formen des Bildgebrauchs zu schaffen. Insbesondere müssen die Gestaltungsmethoden des Graphic Design auf reale Bedürfnisse der Konsumentinnen nach sozialer Geborgenheit, Naturverbundenheit, Sinnerfüllung, Symmetrie und Harmonie sowie ästhetischer Differenz reagieren, um überhaupt wirken zu können.

Die kommerziellen Mädchenzeitschriften bieten darum – auch und gerade in dem, was sie verschweigen und in den Konsequenzen für Geschlechterbeziehungen ausblenden (Arbeitssphäre, Politik, Bildungswesen, Ökologie ...) – Reflexe gegenwärtiger sozialer Verhältnisse und Verhaltensweisen (die Verdrängungsstrategien eingeschlossen), der Widersprüche in und zwischen Arbeitswelt (Schul-, Lehrausbildungswelt) und Privatsphäre. Die von ihnen betriebene Marginalisierung und Ausklammerung der für junge Frauen wichtigen gesellschaftlichen Lebensbereiche und Themen sowie die romantische und individualistische Sexualisierung des Weltverständnisses dienen denn auch nicht der Annäherung der Geschlechter im Sinne echter Gleichberechtigung (auf der Basis ökonomisch-sozialer Gleichstellung), sondern der Befestigung tradiert, teilweise patriarchalischer Machtstrukturen, Geschlechterverhältnisse und Rollenklischees.

Aus all dem folgt in Sachen Mädchenzeitschriften, daß Medienkritik nicht ausschließlich Kritik an den Medien sein darf, »sondern auch Kritik an problematisch gewordenen Sozialisations- und Vergesellschaftungsformen« sein muß.<sup>23</sup> Das heißt: Kritik der geschlechtersrollenspezifischen, also gesellschaftlich gemachten, teilweise noch vom Patriarchat diktierten Normen, der zahlreichen maskulinen Mythologeme bzw. männlichen Weiblichkeitsmythologien; Kritik auch der Propagierung körperlicher Schönheit als Maß der allgemeinen Anerkennung. Das gilt um so mehr, als Werbung ein Darstellen und Deuten in Form des anschaulichen Denkens ist, das stets der Unmittelbarkeit verhaftet bleibt. Und darum die Tendenz hat, vorhandene soziale Widersprüche »nur als jeweils individuell auftauchende und individuell zu bewältigende Probleme innerhalb einer im Ganzen unbegriffenen, als naturhaft gegeben und unveränderbar hingenommenen gesellschaftlichen Umwelt erscheinen« zu lassen.<sup>24</sup>

JOACHIM HIRSCH

## Kommentar zum VorSatz 168

Die Positionierung des Beitrags und die Person des Verfassers lassen annehmen, dass es sich dabei um ein von der Redaktion getragenes Editorial und nicht um eine Einzelmeinung handelt. Also tatsächlich um einen »VorSatz«. Dies veranlasst mich zu einem kurzen Kommentar.

Dass Konrad Adenauer, Richtung Osten fahrend, sich nach Asien reisend wähnte, mag zutreffend sein. Man kann dies – auch wenn es geographisch nicht völlig falsch ist – und sehr vieles mehr an seiner Politik kritisieren. Aber eines bleibt festzuhalten: Die von ihm verfolgte Strategie der Westbindung Deutschlands, die nicht nur eine militärische, ökonomische und politische, sondern auch eine kulturelle Dimension hatte, zog eine dringend notwendige Lehre aus der deutschen Geschichte, die in der »Berliner Republik« offenbar gerne wieder vergessen wird. Sie bedeutete eine Absage an autoritäre deutsche Sonderwege, deutschtümelnden Nationalismus und an das reaktionäre Ausspielen deutscher »Kultur« gegen westliche »Zivilisation«. Es fällt offensichtlich schwer, zu begreifen, dass genau diese Orientierung für die einer Freiheit und Humanität verpflichteten Linken wohl nicht allein im Westen einmal zentral war.

Ist »Deutschland« da, wo »immer noch in der Sprache der Lutherbibel geredet« wird? Was für eine Sprache haben denn Hegel oder gar die Rheinländer Marx und Engels gesprochen? Es war die Sprache der gesellschaftlichen und politischen Emanzipation, die man mit Luther wahrlich nicht verbinden kann. Ist Deutschland da, wo gebärfreudige Frauen »selbstbewusst und unverklemmt« ihren Platz in der Form der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen, die eben von Marx und Engels (in der »Deutschen Ideologie«) als eigentlicher Ursprung von Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet wurde? Kein Wunder, dass solche deutschen Frauen mit »feministischer Literatur« nichts am Hut haben können. Wenn sich die beiden Altväter heute mit deutscher Ideologie auseinander zu setzen hätten, böte ihnen »UTOPIE kreativ« einiges Material, wenn auch kaum auf dem Niveau der junghegelianischen Philosophie von damals. Das »Zurückgebliebensein«, das hier so borniert gepriesen wird, hat weniger mit Renitenz als mit dumpfer Reaktion zu tun.

Der Verfasser geht noch weiter, wenn er das Idealbild einer »ethnisch noch weitgehend homogenen deutschstämmigen Gesellschaft« zeichnet, die – angeblich – im Osten anzutreffen sei. Die Wortwahl ist mehr als verräterisch. Jedenfalls wird spätestens dann klar, dass der Beitrag über große Passagen hinweg auch in der »Jungen Frei-

Joachim Hirsch lebt in Frankfurt am Main. Siehe z. B. bei [www.linksnet.de](http://www.linksnet.de) seinen Beitrag in »arranca«: »Eine soziale Infrastruktur ist notwendig«.

heit« stehen könnte. Das ist nicht einmal mehr mit Ostalgie zu entschuldigen. Der Bruch zwischen Ost und West auch bei denen, die sich selbst als links verstehen, geht offenbar weiter, als man denkt. Angesichts all dessen verwundert es wirklich nicht, dass der Verfasser sich »mit Grausen« über die Deutzer Brücke wieder in das eigentliche Deutschland, eben das der deutschen Zustände begibt, die Marx und Engels ebenso treffend wie vehement im Namen der politischen Emanzipation kritisiert haben. Da ist er bei Luther, dem Apologeten des Obrigkeitsstaates, in der Tat besser aufgehoben.

Was den Rechtsextremisten nützt, lässt sich nun auch im Organ der Rosa-Luxemburg-Stiftung finden. Gerade die Namenspatronin muss sich darüber im Grabe herumdrehen.



WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Unser heutiges Thema: Innovationen. Innovationen sind rar im Zeitungswesen, und Überraschungen – was die Dramaturgie eines Blattes angeht – höchst selten. In Berlin gar gibt es zwei Organe (eines für Ost, eines für West), die sich in ihrer Seitenaufteilung dermaßen ähneln, wie es ähnlicher kaum geht. Und was Neuheiten angeht: »Erfindet« die eine Redaktion etwas, meinethalben eine Serie über Kriminalfälle, kann man sicher sein, daß die andere nachzieht; läßt sich die eine als Leserservice Wanderrouen einfallen, kontert die andere mit Radtouren. Die beiden Zeitungen sind sich so ähnlich, daß es nicht wundert, daß sie von »interessierten Kreisen« auch geschäftlich gern unter einem Dache gesehen würden. Bislang hat die Zwergelafantenhochzeit aus kartellrechtlichen Gründen nicht stattgefunden; kommt Zeit – kommt Holzbrinck.

Kürzlich hat die eine Zeitung – der *Tagesspiegel* – so etwas wie ein Tabu gebrochen. Obwohl: Tabu ist vielleicht etwas zu dick aufgetragen; aber das ist nicht von mir, sondern der Medienredakteur des Schwesterblattes *Berliner Zeitung* (ob es zwischen denen eigentlich so etwas wie regelmäßige Redakteuraustausche gibt?) nannte das so. Wie ich finde, ausgesprochen vorlaut. Doch der Reihe nach. *Der Tagesspiegel* überraschte/begeisterte/empörte/erschreckte/erfreute/verwirrte kürzlich damit, daß er anstelle des sonst üblichen Titels ganzseitig die Anzeige einer Konfektionskette druckte, mit der die Kollektion eines Berliner Modegestalters vorgestellt wurde. Das war wirklich mal etwas Neues, soll aber – wenn wir dem Kommentar in der *Berliner Zeitung* glauben wollen – gegen den Willen der Redakteure passiert sein. Die Anzeige sei, so hieß es, von der Anzeigenabteilung (sprich: Geschäftsführung) durchgedrückt worden und habe



schätzungsweise 100 000 Euro in die Verlagskasse gespült. Wir können das hier nicht überprüfen; aber glaubhaft erscheint es schon, der Redakteur denkt – der Geschäftsführer lenkt.

So ist die Lage. Und so gesehen, ist die forsche Kommentierung dieses Vorgangs durch den Medienredakteur der *Berliner Zeitung* zumindest ziemlich vorschnell oder könnte sich als leichtsinnig erweisen: Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß deren Anzeigenchef vor Neid erblaßte, als er sah, welchen Coup sein Kollege aus der anderen Stadthälfte mit dieser Anzeige gelandet hatte. Die Kollegen Redakteure der *Berliner Zeitung* haben also einfach nur Glück gehabt. Was partout nicht heißt, daß das von Dauer sein muß. Es sollte mich wundern, wenn nicht im Verlagshaus am Alexanderplatz jetzt ernsthaft daran gedacht wird, auch so eine einträgliche »Titelblatt«-Anzeige an Land zu ziehen. Dann könnte ja der Redakteur seinen Kommentar, leicht modifiziert, noch einmal abdrucken. Wenn die Geschäftsführung mitspielt, versteht sich.

Auch das *Neue Deutschland* hat einen Geschäftsführer. Ob auch der sich in redaktionelle Angelegenheiten einmischt, wissen wir nicht. Nachfragen hat keinen Sinn – weil die Antwort natürlich von vornherein feststünde (wie bei allen Zeitungen!): selbstverständlich nicht! Allerdings – soviel Gutgläubigkeit muß erlaubt sein dürfen – wollen wir annehmen, daß der Geschäftsführer des *ND* nicht die Titelseite für eine einträgliche Anzeige opfern lassen würde. Und das, obwohl diese Zeitung die in Rede stehenden 100 000 Euro sicher noch dringender bräuchte als *Tagesspiegel* oder *Berliner Zeitung*.

Die ökonomischen Unterschiede – von anderen ganz zu schweigen – bringen es auch mit sich, daß Innovationen in der *Sozialistischen Tageszeitung* verhaltener ausfallen müssen als bei den anderen, vor allem müssen sie weniger kosten. Vor einigen Wochen etablierte die Redaktion als Neuheit die neue Kolumne *Post von Gregor Gysi*. Einmal im Monat, so die Ankündigung, werde der ehemalige PDS-Politiker in Form eines Offenen Briefes seine Ansichten kundtun. Das ist insofern begrüßenswert, als sich die etwas Anspruchsvollen unter PDS-Interessierten nun nicht mehr heimlich – der Peinlichkeit wegen – den *Berliner Kurier* oder gar die *Super-Illu* antun müssen, um zu wissen, was der ehemalige PDS-Vorsitzende schreibt und denkt. Jetzt bleibt abzuwarten, wie sich Gregor Gysis Post entwickelt, und ob sie mehr als eine jener Maßnahmen sein wird, mit denen derzeit versucht wird, den ehemaligen Vorsitzenden und Kurzzeitsenator politisch zu reanimieren und wieder ins Spiel zu bringen. Die demonstrativen und teils heftigen Küßchen- und Umarmungsarien zwischen den Protagonisten vor laufenden Kameras auf dem letzten Parteitag mögen der Delegierten Herzen erwärmt und sie an PDS-Gründerjahre erinnert haben (*Don't worry – take Gysi ...*); aber für einen Neuanfang muß mehr getan werden.

Kurzum: Innovationen im Zeitungswesen sind und bleiben ein schwierig Ding. Selbst die, die kein oder wenig Geld kosten würden. Ich zum Beispiel warte nach wie vor auf eine deutsche Tageszeitung, die es ohne Wenn und Aber fertigbrächte, jeden Tag – jeden Tag! –, den der Verleger werden läßt, auf der hochpolitischen Titelseite ein Gedicht zu veröffentlichen. Wahrlich, eine bescheidene »Innovation« – und bislang absolut undurchführbar.

Franz Oswald:  
 The Party That Came Out  
 of the Cold War. The Party of  
 Democratic Socialism in United  
 Germany (Die Partei, die aus dem  
 Kalten Kriege kam. Die PDS  
 im vereinigten Deutschland),  
 Praeger Publishers, Westport/  
 Connecticut and London 2002,

Jürgen P. Lang:  
 Ist die PDS eine demokratische  
 Partei? Eine extremismus-  
 theoretische Untersuchung,  
 NOMOS Verlagsgesellschaft  
 Baden-Baden 2003, 196 S. (29 €)

Er habe, sagt Verfasser Franz Oswald, Professor für Politik und Direktor der Forschungsgruppe Internationale Beziehungen und Globale Sicherheit an der Curtin University of Technology in Perth, Australien, für sein Buch den Vorteil der »sicheren Distanz« genutzt. Diese habe es ihm leichter gemacht, den Pflichten des Historikers und Politikanalytikers ungestört nachzukommen. Texte über die PDS seien ansonsten ja allzuoft durch eine zu enge Verbindung zwischen Analyse und Strategie geprägt. So sei die Charakterisierung der Partei als »extremistisch« und »nostalgisch-traditionalistisch« durch das »Bedürfnis nach Rechtfertigung einer Ausgrenzungsstrategie« nachgerade »ermutigt« worden, und umgedreht hätten die Beförderer einer »Integrationsstrategie« allzu rasch die PDS als »normalen Teilnehmer an Deutschlands Parteienwettbewerb« beschrieben. Typisch sei zudem ein statisches Herangehen, das sich lediglich auf Augenblicksaufnahmen beschränke. Er, Oswald, hingegen wolle die Partei in ihrer *Entwicklung* zeigen.

Schon einleitend macht er klar, welche Linien ihm dabei wichtig sind: »Mit dem Zusammenbruch der Deutschen Demokratischen Republik blieb die Nachfolgepartei der herrschenden Partei Ostdeutschlands in der Kälte zurück – beladen mit einem Erbe, mit dem

sich die verbliebenen Mitglieder nicht identifizieren wollten. Seither hat die PDS als ein Vehikel der Integration funktioniert – vielen Ostdeutschen ein politisches Milieu bietend, das es ihnen erleichterte, in der gesellschaftlichen Realität der vereinigten Bundesrepublik Deutschland anzukommen. Kulturell und psychologisch ist die deutsche Vereinigung noch immer nicht abgeschlossen. Zum Maß der Integration, wie es bisher erreicht worden ist, hat die PDS aber – wenn auch nicht immer absichtlich – einen bedeutsamen Beitrag geleistet«. Und darum müsse man es bei der Beurteilung der PDS auch mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker halten, der gesagt habe, daß die Integration des vereinigten Deutschland die Verbindung von Wahrheit und Versöhnung erfordere. »Die PDS zu verstehen und zu akzeptieren, sollte ein Teil dieses Prozesses sein.«

Das Buch ist auf eine Weise gegliedert, in der schon die Kapitelüberschriften die Ernsthaftigkeit dieses Verstehen-und-Akzeptieren-Wollens unterstreichen. Im ersten Teil, der das letzte Jahr der DDR von Dezember 1989 bis Dezember 1990 umfaßt, lauten die beiden Unterkapitel »Mehr als ein neues Etikett: Der Übergang von der SED zur PDS« und »Gewöhnung an die Oppositionsrolle und an die deutsche Vereinigung«. Teil zwei heißt »Verlangsamung des Niedergangs, Überleben an den Rändern« und umfaßt die Unterkapitel »1991-1992. Der Niedergang der PDS bestärkt die Strategie der Ausgrenzung« und »1993-1994. Auf dem Weg zu den Wahlen 1994: Überleben und erste Schritte heraus aus der Isolation«.

Der dritte Teil ist mit »Umgestaltung der Partei: Das »Ankommen« im neuen Deutschland« überschrieben, und die Unterkapitel lauten »1995-1997. PDS: Überdenken der Oppositionsrolle; SPD und Grüne: Überdenken der Ausgrenzungsstrategie« und »1998. Juniorpartner in einer Landesregierung: Nun fast eine normale Partei«. Ein drittes Unterkapitel in diesem Teil ist vom chronologischen Herangehen abgetrennt und behandelt zusammenfassend den »Platz der PDS im Parteiensystem«. Eine sechs Seiten umfassende »Chronologie der PDS von 1989 bis 2001« bietet eine in ihrer treffsicheren Knappheit überzeugende Darstellung wichtiger Eckpunkte

der Parteientwicklung, und da sie eigentlich bis zum 17. Januar 2002 reicht, schließt sie als Höhepunkt die Bildung der SPD-PDS-Regierung in Berlin ein.

Die Krisen des Sommers und Herbstes 2002 sind im Buch – es ist bereits 2002 erschienen – nicht mehr behandelt; aber das schmälert den Lesewert auch unter ganz aktuellen Gesichtspunkten in keiner Weise. Der Autor hat recht: Die »sichere Distanz« ist es, die ihm geholfen hat, eine im deutschen Sprachraum so nicht anzutreffende souveräne Sicht auf die PDS zu entwickeln. Und diese hat Gültigkeit auch über tagespolitische Wendungen und Schwankungen hinaus.

Am Beispiel der Gliederung des Unterkapitels über die Zeit von 1995 bis 1997 sei die gründliche und auch in der Quellenheranziehung vorbildliche Arbeit des Autors noch einmal ins einzelne gehend illustriert. Zunächst setzt er sich mit der Debatte innerhalb der SPD über den künftigen Umgang mit der PDS auseinander. Zwischen den Polen »Marginalisierung« hie und »Integration« da habe sich diese abgespielt. Dann beschreibt er das »Magdeburger Modell« der Tolerierung der Minderheitsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt als Zeichen der »Halb-Akzeptanz« der PDS im Osten, um sich im Anschluß daran mit den Debatten in der PDS darüber zu befassen, wie nun mit diesem Erfolg und dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag im Jahre 1994 umzugehen sei. Ein »schmerzhafter Selbstfindungsprozeß« sei in Gang gesetzt worden, der erst im Januar 1997 mit dem Schweriner Parteitag und dem dortigen Beschluß, sich dann, wenn die Bedingungen dafür gegeben seien, an Regierungen zu beteiligen, beendet worden sei (S. 80). Die Beschreibung des Weges dorthin schließt die »Zehn Thesen zum weiteren Weg der PDS«, die in Vorbereitung des Parteitags im Januar 1995 vom Parteivorstand verabschiedet worden waren (S. 81-82), ebenso ein wie den Protest der Kommunistischen Plattform gegen sie (S. 82) und die in Antwort darauf entwickelten »Fünf Punkte: Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel«. Es folgen eine Behandlung des Aufsatzes von Lothar Bisky und André Brie »Deutschland braucht eine neosozialistische Alternative« vom Februar 1995 (S. 84), eine

Analyse der verschiedenen in der Partei stattfindenden »Geschichtsdebatten« als »Fraktionsmachtkampf« (S. 85-89) und eine sorgfältige Beleuchtung des vom Marxistischen Forum herausgegebenen Papiers »In großer Sorge« (S. 89-91). Im Ergebnis des letzteren kommt der Autor zu dem Schluß, daß 1995 der Einfluß der Kommunistischen Plattform in der Partei insgesamt aufs »fast Vernachlässigbare« geschrumpft sei, das Marxistische Forum hingegen von den PDS-Spitzen nicht habe ignoriert werden können – zumal es eine Integrationsfunktion gegenüber Unzufriedenen in der Partei wahrgenommen habe (S. 91). Mit dem Magdeburger Parteitag 1996 habe die »schon seit dem 19. Jahrhundert für die sozialistischen Parteien immer wiederkehrende Frage, ob sie entweder eine klare Stimme der Opposition zu einem ungerechten Gesellschaftssystem bleiben oder mit einem eher pragmatischen Herangehen Reformen (...) den Vorzug geben sollte« (S. 84-85), erneut an Schärfe gewonnen. Herausgekommen aber sei mit dem Schweriner Parteitag 1997 schließlich ein von einer breiten Mehrheit getragener »Konsens zugunsten einer flexiblen Strategie, die für alle drei Optionen Opposition, Tolerierung und Regierungsteilnahme offen war« (S. 93).

Im weiteren werden im genannten Kapitel behandelt: der »Brief aus Sachsen« von Christine Ostrowski und Roland Weckesser aus dem Jahre 1996 als »Kritik an der Gysi-Brie-Strategie des Aufbaus einer bundesweiten linkssozialistischen Partei« (S. 94-96), die Beziehungen zwischen SPD und PDS im Streß der Debatten um den fünfzigsten Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD zur SED (S. 96-100) und die Ausprägung eines um Wolfgang Thierse gruppierten Flügels in der SPD, der für Zusammenarbeit mit der PDS auf Länderebene eintritt (S. 101-103). Zu den besonders anregenden Abschnitten des Buches gehört dann eine Passage, die mit »Erfurter Erklärung versus Wörlitzer Erklärung: Kein Bündnis für die Wahlen 1998« überschrieben ist (S. 103-104) und die Auseinandersetzungen bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen um den Kurs gegenüber der PDS beschreibt. Eine Befassung mit dem 1997 veröffentlichten, von André Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schu-

mann und Dietmar Wittich verfaßten »Kommentar« zur Programmatik der PDS (S. 104-108) beschließt das Kapitel.

Franz Oswald beendet seine Darstellung der PDS-Entwicklung mit der These, daß »im Jahre 2006 die weitere Normalisierung der PDS das Zustandekommen einer ›schwedischen Mehrheit‹ erlauben könnte« (S. 149) – also: einer sozialdemokratisch-grünen Koalition, die von den Linkssozialisten unterstützt wird.

Vor einer solchen Perspektive graut es Jürgen P. Lang, dem Verfasser des zweiten hier in Rede stehenden Buches, ganz ausdrücklich. Die »Auseinandersetzung mit der PDS« – so beschließt er seine Studie – sei »gekennzeichnet von der Ignoranz demokratischer Kräfte gegenüber der extremistischen Orientierung der Partei«. Damit sei es um den »Konsens der Demokraten (...) nicht zum besten bestellt«. Er sei »in eine bedenkliche Schiefelage geraten«, denn: »Andernfalls würde man der linksextremistischen PDS genauso entschieden und eindeutig entgegentreten wie den rechtsextremistischen ›Republikanern‹« (S. 162).

Ja, ja: Mit solchen Sätzen wird man in Deutschland 2003 Doktor. Lang ist ein erfahrener und oft zitierter PDS-Analytiker, und was hier gedruckt vorliegt, ist seine Dissertation, die er an der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz in der Doktorvaterschaft von Eckhard Jesse verfertigt hat – eines Mannes, der sich mit seinen Extremismus-Forschungen einen Namen gemacht hat. Aber was nützen alle Erfahrung und alle Namhaftigkeit, wenn am Ende ein solches Buch herauskommt? Ein Buch, das nicht wirklich – wie der Titel ja eigentlich verheißt – einer *Frage* nachgeht, sondern nur der *Bestätigung längst feststehender Urteile* dient? Man kennt solche Aufgabenstellungen aus schlechter Marxismus-Leninismus-Praxis: »Beweisen Sie, daß ...«

Bei Jürgen P. Lang gibt es nichts von der Distanz, die Franz Oswald für die Arbeit des Historikers und Analytikers für so wichtig hält, aber alles von der durch Oswald beklagten Nähe zwischen Analyse und Strategie. Und diese Strategie liegt völlig offen auf der Hand: Die PDS wird gesehen als »Hypothek der deutschen Wiedervereinigung« (S. 15) – als Belastung also, und die muß weg, und zur Begründung dieses Wegmüssens ist auch das

üble Mittel der Gleichsetzung von PDS und rechtsextremistischen Parteien nur recht und billig.

Die Arbeit von Lang ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie sich durch ein solch strategiegebundenes Analysieren viel Interessantes und Gründliches am Ende doch selbst entwertet. Die Gliederung des Buches ist schlüssig: Nach Einleitung und Beschreibung eines »extremismustheoretischen Bezugsrahmens« mit den Abschnitten »Extremismustheorie im Spannungsfeld von Normativität und Empirie«, »Demokratischer Verfassungsstaat als Pendant zum Extremismus« und »Maßstäbe der Analyse« folgen zu den Themen »Grundwerteverständnis«, »Demokratieverständnis«, »Staatsverständnis«, »Außerparlamentarische Strategie«, »Parlamentarische Strategie«, »Regierungsstrategie«, »Organisationsprinzipien und innerparteiliche Demokratie« sowie »Umgang mit innerparteilichen Strömungen« jeweils vergleichende Darstellungen von »Reform«-Positionen und »orthodoxen« Positionen innerhalb der PDS.

Das ist alles sehr gut recherchiert und quellengestützt und mit etlichem Detailgewinn für den an der PDS-Geschichte Interessierten aufgearbeitet – aber der »extremismustheoretische Bezugsrahmen« ist das Problem. Er stammt von Langs Lehrern Eckhard Jesse und Uwe Backes, mit ihm werden »sämtliche politische Auffassungen und Akteure in demokratische und extremistische (antidemokratische)« eingeteilt – oh, wie einfach ist doch die Welt gestrickt! –, und der Begriff des »politischen Extremismus« wird zur »Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen« gemacht, »die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einwissen« (S. 43). Ein solcher Rahmen ist natürlich viel zu eng, um etwa den Blick auf die Dynamik gesellschaftlicher Verhältnisse öffnen zu können und damit die Parteianalyse vom Schreibtisch der Philister ins Leben hinaus zu holen.

Die reale Gesellschaft in ihrer Dynamik, in ihren seit 1989/90 von besonderer Heftigkeit geprägten Veränderungen – sie kommt bei Lang nicht vor. Was dort vorkommt, ist eine statische, aus der alten Bundesrepublik vorgegebene »Demokratie«, ist ein ebenso stati-

scher »Verfassungsstaat«, und an all dem wird die »Hypothek« PDS nun gemessen. Das Ergebnis spiegelt sich in Sätzen wie diesen: »Die PDS beanspruchte, eine demokratisch geläuterte Kraft zu sein, die sich den Entscheidungsmechanismen des demokratischen Verfassungsstaates nicht verweigert. Während sie als Wählerpartei innerhalb der Instanzen des demokratischen Verfassungsstaates weitgehend an der politischen Macht teilhaben wollte, hielt sie aber den ›außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen‹ für ›entscheidend‹ und eine gegen den Staat gerichtete ›Gegenmacht‹ für notwendig. Der eine Aspekt spricht auf den ersten Blick eher für, der andere gegen die demokratische Qualität der PDS« (S. 29). Parlament gleich Demokratie, außerparlamentarischer Kampf gleich nicht-demokratisch resp. extremistisch – nein, damit ist im Leben kein Blumentopf zu gewinnen (und dürfte eigentlich auch in der Wissenschaft keiner zu gewinnen sein).

Aber das Lächeln darüber bleibt einem im Halse stecken, weil die ganze Methode nicht nur wissenschaftlich fragwürdig, sondern zugleich auch das ist, wogegen Lang ja vorgeblich zu streiten meint: demokratiefeindlich nämlich. Denn Demokratie ist Demokratie *nur* in Veränderung und *nur* in Beteiligung aller und natürlich nicht zu trennen von Wirtschaft und Sozialem und Kultur und Vision. Lang aber – ein weiteres Mal seinen Lehrer Jesse ins Feld führend – meint: »Im Kern ist es der Utopismus, der Linke zu Extremisten macht« (S. 51).

Wissenschaft als willfährige Dienerin gegebener Herrschaftsform – in Langs Buch darf sie Urstände feiern.

WOLFRAM ADOLPHI

Eske Bockelmann:  
Im Takt des Geldes.  
Zur Genese modernen Denkens,  
zu Klampen Verlag Springe 2004,  
511 S. (36 €)

Wer nachts wach liegt und dem gleichmäßigen Ticken des Sekundenzeigers seines Weckers lauscht, der kann eine interessante Entdeckung machen – er wird nämlich alsbald

einen Takt hören: »tick-tack«. Obwohl sich die einzelnen Töne physikalisch-akustisch keineswegs voneinander unterscheiden und insofern eigentlich ein monotones »tick-tick-tick« – ein Ticken eben – zu hören sein müßte, nimmt man statt dessen einen Wechsel betonter und unbetonter Töne wahr. Das Phänomen des »taktrhythmischen Reflexes« ist seit längerem bekannt, dagegen waren die Gründe für diese Form aktiven Hörens bislang verborgen geblieben.

Für den Philologen, Musikwissenschaftler und Philosophen Eske Bockelmann stellt die Lösung dieses Rätsels jedoch nur *einen* möglichen, wenngleich äußerst prägnanten Zugang zu einem viel grundlegenderen Zusammenhang dar, dem er sich in seiner jüngsten Publikation ausführlich widmet. Schon der Untertitel macht es deutlich: Nicht weniger als eine wesentliche Klärung der »Genese modernen Denkens« wird in Aussicht gestellt.

Bockelmann beginnt sein kühnes Vorhaben damit, die Historizität unseres spezifischen Rhythmusempfindens, des Hörens nach Takten in Musik und Versen zu belegen, und zwar indem er zeigt, daß in der Antike und im Mittelalter nach ganz anderen Prinzipien komponiert, musiziert, gedichtet und gehört wurde als heute. In diesem Zusammenhang erweist sich auch das Klischee eines vermeintlich archaischen Trommeltaktes, auf den sich ja die Techno-Szene gelegentlich als ihre Wurzel beruft, als bloßer moderner Mythos – so primitiv wie auf der Love-Parade ging es bei den Naturvölkern bei weitem nicht zu.

Der zunächst befremdliche Befund, daß ein Musikstück, egal ob von Chopin, den Dire Straits oder sonstwem, nicht an sich rhythmisch sei, sondern allein durch die Einbettung von Künstler und Rezipient in einen noch näher zu bestimmenden modernen Kontext als rhythmisch empfunden werde, bildet gleichsam den Ausgangspunkt zu weiteren verblüffenden Entdeckungen. In der Analyse des neuzeitlichen Taktschlags arbeitet der Autor eine aufschlußreiche Analogie zum Geld heraus, genauer: zum modernen Geld als allgemeinem gesellschaftlichen Äquivalent. Aber nicht nur, daß Geldverhältnis und Takt einen gemeinsamen zeitlichen und geographischen Ursprung hatten, sich synchron verbreiteten und bis heute umfassend wirken. Vor allem werde uns

mit beidem dieselbe unbewußte kognitive Leistung abgefordert, welche darin bestehe, daß wir ihre Elemente jeweils nach einem reinen, d. h. nicht-inhaltlichen Verhältnis aufeinander beziehen und synthetisieren – im Falle der alltäglichen monetären Handlungen: Geld (»reine Einheit«) und Ware (»rein bezogene Einheit«). In ihrer indifferenten Zwanghaftigkeit sei diese Leistung, die der Autor im weiteren Verlauf als »funktionale Abstraktion« charakterisiert und erläutert, eindeutig auf die Konstituierung kapitalistischer Verhältnisse zurückzuführen, welche in ihrer permanenten Reproduktion notwendig auf einen solchen Reflex ihrer Gesellschaftsinsassen angewiesen seien. Das Geld, dieses »chimärische Nichts einer Einheit jenseits aller Inhalte« (S. 229), etabliere damit in der Folge einen universalen Wahrnehmungs- und Denkmodus, der sich nach und nach auf alle möglichen Bereiche erstreckte und sie nach seinem (gehaltlosen) Bilde forme. Obwohl also weder anthropologische Konstante noch sonstigen natürlichen Ursprungs, werde diese Abstraktionsleistung somit quasi zum allgemeinen Apriori.

Im Zuge der Untersuchung von Rhythmus im ersten und Geld im zweiten Teil seines Buches gelingt dem Autor der argumentative Nachweis einer Verbindung zwischen zwei Extremen: Hier ein (scheinbares) Beispiel blanker Subjektivität, dort das (scheinbar) materiale Sinnbild kapitalistischer Ökonomie. Innerhalb dieses polaren Gefüges spannt sich natürlich ein weites Feld gesellschaftlicher Wirklichkeit, dessen Bereiche jetzt auf ihre konkreten Verstrickungen ins funktionale Denken hin zu untersuchen wären. Bockelmann sondiert dafür Mathematik und Naturwissenschaft (dritter Teil) sowie Philosophie (vierter und letzter Teil).

Noch heute sucht man vergeblich nach einer detaillierten Auskunft auf die Frage, worin das Revolutionäre der wissenschaftlichen Umwälzungen des 17. Jahrhunderts denn eigentlich genau bestanden habe – von der präzisen Angabe ihrer Ursachen ganz zu schweigen. Jenseits der üblichen, oft rein phänomenalen Umschreibungen der Wissenschaftstheorie bietet das Buch auch hierfür eine nachvollziehbare Antwort. Welch tiefgreifende Konsequenzen die Synthesis am Geld hat, veranschaulicht der letzte Teil der Schrift schließlich beson-

ders drastisch. Dem Selbstverständnis der (üblicherweise als das strikte Gegenteil beschränkten Denkens firmierenden) Philosophie wird hier heftig zugesetzt. Wie und warum es Descartes, Spinoza und vor allem Leibniz, die als Wegbereiter und Paradebeispiele des Denkens in funktionaler Abstraktion gezeigt werden, geschafft haben, unsere Welt in ihrer Fülle auf einen ausdehnungslosen Nullpunkt einzudampfen, erschließt sich dem staunenden Leser aber tatsächlich erst dadurch zur Gänze, daß er die vorherigen drei Teile des Buches gelesen hat, während umgekehrt auch vieles Vorausgegangene mit der Vollendung der Lektüre klarer wird.

Man traute dem Kapital ja ohnehin alles zu. Daß dieser naive Verdacht aber auf eine viel radikalere Weise berechtigt ist, als man gemeinhin zu denken und hoffen wagt, belegt Eske Bockelmann in eindrucksvoller Art. *Im Takt des Geldes* vermag es, dem gewöhnlich recht abstrakten »Basis-Überbau-Theorem« wirkliche Substanz zu verleihen, ohne monokausalistisch zu werden. Dabei wird Marx nicht übergangen, sondern schweigend vorausgesetzt.

Dem Autor ist hier ein bemerkenswertes Buch gelungen, dem man kontroverse Debatten wünscht.

THOMAS TETZNER

**Bernd Hüttner:**  
**Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände,**  
 AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2003,  
 177 S., (15 €)

Die einst »neuen« sozialen Bewegungen sind in die Jahre gekommen und damit auch ihre Hinterlassenschaften von Flugblättern über Zeitschriften und Broschüren bis hin zu Zeitungsausschnittsammlungen oder Plakaten. Gesammelt und aufbewahrt wurden diese Materialien von zahlreichen kleineren Archiven, die meist enge Verbindungen zu den jeweiligen Bewegungen aufwiesen und damit einen herrschaftskritischen Blick von unten garantierten. Einige dieser Archive haben inzwi-

schen eine beachtliche Größe und einen professionellen Status erreicht.

Die »klassischen« neuen sozialen Bewegungen haben ihre spektakulären Zeiten hinter sich gelassen. Obwohl viele der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die sie angestoßen haben, keineswegs als politisch abgeschlossen betrachtet werden können, arbeitet die Geschichtswissenschaft schon eifrig an der Historisierung dieser Bewegungen. Einen deutlichen Schub erhielt die historische Aufarbeitung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre anlässlich des 20. Jahrestages des »deutschen Herbstes« 1977 sowie des 30. Jahrestages von »1968«. Im Zuge der Entwicklung lässt sich auch bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die den Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre nicht nahe standen, ein stärkeres Interesse beobachten. In den staatlichen Archiven, die Dokumente der neuen sozialen Bewegungen nur vereinzelt und unter dem Blickwinkel staatlicher Institutionen aufbewahrt und kategorisiert haben, zeichnet sich ebenfalls ein Umdenken ab.

Ein Überblick über die Anzahl und Aktivitäten alternativer Archive ist selbst Eingeweihten kaum noch möglich. Mangelnde Kontinuität und wenig institutionelle Absicherung gehören zu den Charakteristika dieser Einrichtungen. Den ersten und letzten Versuch, diese differenzierte Archivlandschaft zu erfassen, legte das ID-Archiv in Amsterdam 1990 mit dem »Reader der ›anderen‹ Archive« vor. Heute besitzt dieser Band kaum mehr als historischen Wert.

Bernd Hüttner – selbst Gründer eines solchen Archivs in Bremen – kommt das Verdienst zu, in mühevoller Kleinarbeit nun eine neue Übersicht zusammengestellt zu haben. Präsentiert werden aktuelle Adressen und weiterführende Informationen zu 276 Archiven und Bibliotheken, überwiegend aus dem deutschsprachigen Raum.

Der Archivführer versucht, der unterschiedlichen Qualität und Größe der jeweiligen Einrichtung gerecht zu werden. Zu den bedeutenden themenübergreifenden Archiven finden sich ausführliche Beschreibungen der Bestände mit Angaben zu technischer Ausstattung und Dienstleistungsangeboten. Dazu gehört auch die für intensivere Forschungen relevante Frage nach Art und Umfang der Er-

schließung des Materials. Die kleineren Archive werden mit Adresse nach Postleitzahlen regional geordnet aufgelistet. Der Verweis auf eine Präsenz im Internet ermöglicht dann den raschen Zugang zu weiteren Informationen.

Mit Hilfe dieser Einteilung ist es leichter, die Bedeutung der jeweiligen Sammlungen einzuschätzen. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil der aktiven Einrichtungen erfasst wurde.

Wichtige Archive zu bestimmten Schwerpunkten werden gesondert aufgeführt. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage ihrer Entstehungsgeschichte. Die Bezeichnungen sind sehr allgemein gehalten (Antifaschismus, Ökologie, Internationalismus ...), da eine eindeutige thematische Abgrenzung nur bei den wenigsten Archiven möglich ist. Gesondert aufgeführt werden auch feministische Archive, Einrichtungen der Bürgerbewegung der DDR oder Archive einzelner Parteien.

Der Archivführer versteht sich als Leitfaden für die Praxis und richtet sich damit auch an einen nicht akademisch geprägten Personenkreis. Am Ende des Buches gibt es einige Tipps für die Recherche sowie Hinweise für den Aufbau und die Struktur von Archiven. Darüber hinaus werden ausgewählte Publikationen, Zeitschriften, Netzwerke und Internetadressen angeführt und kommentiert, die die Erschließung weiterer Informationsquellen erleichtern.

Vorteilhaft für die Suche nach bestimmten Dokumenten sind das Ortsregister und das Archivregister am Ende des Bandes. Ein Sachregister fehlt allerdings. Wer also gezielte Information zu speziellen Ereignissen und Bewegungen oder zu einer bestimmten Zeitschrift sucht, wird nicht automatisch auf das geeignete Archiv stoßen. Letztlich wird ein bestimmtes Maß an Hintergrundwissen über die Entstehung der Bewegungen und ihrer Archive für eine effektive Nutzung dieses Handbuchs vorausgesetzt. Auch die recht unterschiedlichen Selbstdarstellungen der Archive erlauben häufig nur eine grobe Einordnung ihrer Bestände.

Bernd Hüttner versucht, am Ende des Bandes einige Einschätzungen über die aktuelle Lage alternativer Archive und Bibliotheken zu

geben, etwa zur finanziellen und personellen Ausstattung, zum Stand der Vernetzung oder zur Öffentlichkeitsarbeit. Die dargestellten Probleme und Konflikte sind keineswegs neu. erinnert sei in diesem Zusammenhang an das 1993 erschienene Archiv-Themenheft von *WerkstattGeschichte*. Viele der damals angesprochenen Fragen nach Datenschutz oder rechtlichen Grundlagen sind heute weiterhin ungeklärt und werden in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Dazu gehört auch die perspektivische Überlegung, in welchem Rahmen die Dokumente nach der Ablösung der Archive von ihren bewegten Entstehungszusammenhängen langfristig für eine herrschaftskritische Geschichtsschreibung bewahrt und einem größeren Publikum zugänglich gemacht werden können. Es wäre zu wünschen, dass dieses Handbuch die öffentliche Wahrnehmung der alternativen Archive verbessert und einen Anstoß zur Diskussion über den weiteren Umgang mit diesen Zeugnissen vergangener politischer Aktivitäten geben wird.

ECKART SCHÖRLE

Martin Held, Gisela Kubon-Gilke,  
Richard Sturn (Hg.):  
Normative und institutionelle  
Grundfragen der Ökonomik,  
Jahrbuch 1,  
Metropolis Verlag Marburg 2002,  
362 S. (24,80 €)

Das Jahrbuch 1 verkörpert die Fortsetzung der Buchreihe »Normative Grundfragen der Ökonomik«, welche seit 1987 im Campus-Verlag Frankfurt/New York erschienen ist und es bis zum Jahre 2001 auf zwölf Bände gebracht hat. Inzwischen liegt bereits das Jahrbuch 2 vor – an Beiträgen zu den normativen und den institutionellen Voraussetzungen der Ökonomik herrscht also kein Mangel; der dritte Band ist bereits in Vorbereitung. Was dieses Jahrbuch auszeichnet, ist sein interdisziplinärer Charakter und seine Themenwahl. Indem die Herausgeber bestimmte Fragen der Wirtschaftspolitik ins Zentrum stellen und diese dann von mehreren Autoren unter sehr verschiedenen

Aspekten erörtern lassen, erreichen sie eine große Bandbreite der Diskussion, welche auch periphere Ansätze und weniger häufige Zugänge zu der jeweiligen Thematik mit einbezieht. Auf diese Weise wird nicht nur Spezialwissen vermittelt, sondern vor allem zur kritischen und unkonventionellen Diskussion angeregt.

Das Jahrbuch 1 trägt den Titel »Gerechtigkeit als Voraussetzung für effizientes Wirtschaften«. Damit wird sogleich eine These formuliert, die der landläufigen Auffassung, welche davon ausgeht, daß ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit mit Einbußen an Effizienz verbunden ist, zuwiderläuft. Das macht die Lektüre spannend, denn die Autoren behandeln das »versteckte Grundproblem« der ökonomischen Analyse, die Relation von Effizienz und Gerechtigkeit, keineswegs schlechthin als ein einfaches »Abwägungsverhältnis« wie derzeit die Politik, sondern als ein echtes Problem. Die damit verbundenen Fragen werden auf der methodologischen, der institutionellen und der wirtschaftspolitischen Ebene behandelt. Dabei wird deutlich, daß es vor allem der enge ökonomische Horizont ist, der das Problem der Effizienz als losgelöst von den Wertfragen erscheinen läßt. Die Autoren hinterfragen daher zu recht, was ist Effizienz in einem erweiterten Sinne? Und was ist Gerechtigkeit? Welche Probleme wirft die Relation zwischen Gerechtigkeit und Effizienz generell auf und welche Interpretationen sind daran geknüpft? (S. 25) Wie so oft gibt es auch hier keine einfachen Antworten. Die Autoren des Einführungstextes bemühen sich, dem komplexen Zusammenhang durch eine mehrschichtige Lösung gerecht zu werden, indem sie Argumente für eine »Rückbindung der Marktwirtschaft« an außermarktliche Ziele vortragen, ohne jedoch allzu genau zu erklären, was sie mit »Gerechtigkeit« eigentlich meinen. Dies bleibt den nachfolgenden Beiträgen vorbehalten. So untersucht zum Beispiel Peter Weise die Tragweite und die Folgen eines Trade-offs zwischen Effizienz und Gerechtigkeit (S. 51 ff.), Andreas Suchanek das Verhältnis von Effizienz und Gerechtigkeit aus vertragstheoretischer Sicht und Ernst Helmstädter die Verteilungsgerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit (S. 297 ff.).

Andere Beiträge vertiefen bestimmte Einzelaspekte der beiden Seiten des Themas, so



Peter Koller die Dialektik von Freiheit und Gleichheit, Hans G. Nutzinger die Beziehungen zwischen Freiheit, Gerechtigkeit und Effizienz und Fabienne Peter den Konflikt zwischen Wahlfreiheit und Einwilligung im modernen Staat. Daneben finden sich Aufsätze zur sozialpsychologischen Gerechtigkeitsforschung, zur Sozialpolitik und zur Besteuerung.

Die politischen Explikationen der Aufsätze sind zumeist etwas versteckt und nicht immer deutlich ausformuliert. Man muß also mitunter sehr genau lesen, wenn man danach sucht. So plädiert Christian Sartorius zum Beispiel in seinem Text zu Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit durchaus für mehr Ungleichheit bei der Verteilung als Grundlage für Wirtschaftswachstum, macht dann aber geltend, daß »der Versuch, die Anreizwirkung einer ungleicheren Verteilung zur Steigerung des Wirtschaftswachstums zu nutzen, nur solange erfolgreich sein kann, wie die Konsequenzen von der *gesamten* Gemeinschaft getragen werden und der soziale Frieden gewahrt bleibt« (S. 253). Das heißt, es gibt eine empirisch auszumachende Schwelle, von welcher ab eine stärkere Ungleichverteilung durchaus wachstumshemmend wirkt! – Insgesamt zeigt sich nach der Lektüre des Bandes, daß Gerechtigkeit als Voraussetzung für wirtschaftliche Effizienz keineswegs ein Ausnahmefall ist. Für entwickelte (und reiche) Volkswirtschaften läßt sich ein solcher Zusammenhang vielmehr systematisch nachweisen. Dies ist bemerkenswert, dann damit deuten sich sowohl »für die Theoriebildung als auch für das normative Koordinatensystem der praktischen Politik ... Akzentverschiebungen mit bedeutender Tragweite an« (S. 10).

ULRICH BUSCH

**Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union, Promedia Verlag, Wien 2004, 143 S., (9,90 €)**

Die Zeiten sind vorbei, da die europäische Einheit ein Hoffnungsschimmer für eine Welt ohne Krieg, Grenzen und für Völkerverständi-

gung sein konnte. Genauer, die Propaganda für ein solches Europa hat neue Dimensionen erreicht, wie das Abfeiern der EU-Osterweiterung und die Europawahlen 2004 zeigten. Aber die berechtigte Skepsis der Bürger hat weiter zugenommen, und sie sollte angesichts der Realitäten noch größer werden. Anstatt daß Europa zum Vehikel der Angleichung der Sozialstandards auf das Niveau der entwickeltsten Länder wird, hat sich die Gemeinschaft als Motor neoliberaler Zerstörung erwiesen. Aber auch außen- und sicherheitspolitisch tut sich einiges, was dem Anspruch einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als Markenzeichen einer Friedensgroßmacht widerspricht.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat für die EU neue Perspektiven eröffnet, den gemeinsamen (west)europäischen Wirtschaftsraum nach Osten ausgedehnt, die politische Einigung zuallererst im Interesse der (westlichen) Hauptmächte in den Mittelpunkt gerückt. Zugleich wird von interessierter Seite die Frage aufgeworfen, ob dieses Europa nicht Anspruch, Verantwortung und Zugriffsmöglichkeiten einer Weltmacht mit all ihren Attributen haben müsse. Schon Ende der 1960er Jahre betrachtete der norwegische Friedensforscher Johan Galtung die damalige EWG als »superpower in making«. Es hat etwas gedauert, bedurfte des Untergangs des kommunistischen Osteuropas, um diesem Ziel näher zu kommen. Wie das geschieht, hat Gerald Oberansmayr, Aktivist der Friedenswerkstatt Linz und Redakteur der friedenspolitischen Zeitschrift »guernica«, genauer beleuchtet. Bei ihm schwingt nicht nur die berechtigte Sorge eines geborenen »Neutralen« darüber mit, daß sein Österreich via EU heute selbst zu einem in der weltpolitischen Neuordnung engagierten Teilnehmer auch einer nicht auf Europa beschränkten militärischen Neuordnung geworden ist.

Im vorliegenden Buch weist er nach, daß sich in der EU ein sich beschleunigender Militarisierungsprozeß vollzieht. Er läßt die Geschichte der (west)europäischen Einigung Revue passieren, erkennt hinter friedensfreudigen Beteuerungen und ökonomischen Interessen Bereitschaft und festen Willen, die Potentiale dieser Staatenformation auch militärisch in die Waagschale zu werfen. Dabei

übersieht er jene unseligen Vorgänger nicht, deren Wirken heute gern geleugnet wird, die aber an der Idee eines militärisch gesicherten Supermachtansatzes in Westeuropa mit besonderer Rolle Deutschlands sowohl während des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs unter zunächst kaiserlichen, dann nationalsozialistischen Vorzeichen gefeilt haben. Er weiß selbstredend um den Platz Westeuropas im Kalten Krieg als Bollwerk gegen den Kommunismus. In den aktuellen Entwicklungen mit einer aufrüstungs- und militarisierungsfreundlichen EU-Verfassung, die jeden Gegner einer solchen Politik quasi in die Ecke des Verfassungsfeindes rücken muß, wie auch dem Ausbau gemeinsamer militärischer Strukturen und Rüstungsprojekte sieht Oberansmayr den Vollzug dieses Konzepts.

Die neue Supermacht EU »war zu keinem Zeitpunkt ein Projekt der friedlichen und gleichberechtigten Integration des Kontinents, um ihn von seiner blutigen Geschichte zu erlösen. Kaum ein Prozeß der letzten Jahre und Jahrzehnte ist mit derartig viel Lügen und Illusionen gepflastert wie die so genannte »europäische Integration«, die keine ist. Denn der Weg zur Supermacht EU-Europa integriert den Kontinent nicht, sondern spaltet und hierarchisiert ihn und weckt die Furien der Vergangenheit« (S. 7). Die Illusionen über den Prozeß seien zu zerschlagen, denn nur so könne über Alternativen diskutiert und versucht werden, sie mit Leben zu erfüllen.

Der Autor wendet sich drei Problemkreisen genauer zu. *Erstens* dem Prozeß der Militarisierung, den er als einen langwierigen beschreibt, der die EWG/EG schon früh begleitete – auch im besonderen Verhältnis zur NATO. Der Untergang des Realsozialismus wirkte deshalb nur als »Katalysator« in einem veränderten Kräfteumfeld.

*Zweitens* den vielfältigen Militarisierungstendenzen in der Gemeinschaft selbst, die er an zahlreichen Rüstungs- und Militärstrukturentscheidungen festmacht. Eine besondere Rolle spielt dabei die Revitalisierung der »un-toten« WEU. In der Masse der präsentierten Fakten zeichnet sich das Bild einer zunehmend einsatzbereiten und kriegsfähigen Allianz ab, die neben der NATO in neue Dimensionen auch jenseits der engeren Grenzen Europas vorstößt. Nicht immer scheint allerdings die

Darstellung parallel mit den wirklichen Entwicklungen zu laufen, bei denen Interessenkonflikte, Entscheidungsschwäche, Finanznot und militärisches Unvermögen der EU-Mitgliedsstaaten zumindest die klassischen Vorstellungen von einer kriegsbereiten Koalition doch arg untergraben. Offensichtlich sind hier die Ansprüche der Politiker und Militärs größer als die aktuellen Möglichkeiten. Das ist auch das eigentliche Problem der Argumentationen gegen diese Tendenzen, denn für den Normalbürger erscheinen diese Dinge schwer bis gar nicht nachvollziehbar. Schnell werden berechnete Warnen eines überempfindlichen Alarmismus verdächtigt. Für deren Argumentationen sprechen allerdings nicht nur Beschluß- und Rechtslagen, sondern vor allem die praktischen Einsätze – unter welchem aktuellen Kommando auch immer – in jenen zu »humanitären Interventionen« oder »Anti-Terror-Einsätzen« schönegeredeteten Kriegen, die in Europa, Asien und Afrika mit europäischer Beteiligung im letzten Jahrzehnt geführt wurden und die heute unter mehr oder minder realistischen »Friedenssicherungs«vorzeichen fortgesetzt werden. Der Krieg ist heute wieder Mittel der Politik, sichert nicht zuletzt auch wirtschaftliche Interessen: hinsichtlich des Zugangs zu Ressourcen und zur Gewährleistung von kostengünstiger Produktion und Kommunikation. Der Autor verweist insbesondere am Beispiel des Balkans auf die aktive Mitwirkung Westeuropas am Ausbrechen der Kriege und die militärische Konfliktlösung, die allerdings letztendlich nur mit dem Engagement der USA möglich wurde

Der *dritte* Problemkreis ist die herausgehobene deutsche Rolle auf dem Sprung zur EU-Supermacht. Insbesondere mit der These vom »Kerneuropa« erfolgt eine Präjudizierung dieser besonderen deutschen Rolle, die sich nicht zuletzt aus der wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Größe und Stärke dieses Landes ergibt, worüber insbesondere auch die kleinen Nachbarn, hier offenkundig die Österreicher, berechtigt besorgt sind. Die geschichtliche Erfahrung liegt doch recht nahe. Es wird nicht zuletzt auf die enge abgestimmte Politik Deutschlands und Frankreichs verwiesen. Die schließt eine Arbeitsteilung ein, die Frankreich vor allem in Afrika und Deutschland auf dem Balkan und in Afghanistan aktiv werden

läßt. Auch wenn Oberansmayr dazu neigt, manche Zitate von Politikern, Wissenschaftlern und Konzernmanagern schnell im martialisches Sinn zu interpretieren, so bleibt doch eines klar: Der sich entwickelnde und bewaffnende EU-Imperialismus ist eine spezifische Form politischer Absicherung und Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der wichtigsten und stärksten Wirtschaftsgruppen, die von den EU-Staaten aus operieren. Wie jeder Imperialismus kann er bereit sein, alle verfügbaren Mittel zur Durchsetzung dieser Interessen einzusetzen. Die Rückkehr zu jener Konstellation von 1914, deren erhoffte Überwindung eigentlich am Beginn der Europa-Idee stand, liegt näher, als wir erwarten. Eine Zivilmacht wird dieses Europa nicht sein.

STEFAN BOLLINGER

**Alexander Jakowlew:  
Die Abgründe meines Jahrhunderts.  
Eine Autobiographie,  
Verlag Faber & Faber Leipzig 2003,  
910 S. (29,90 €)**

Alexander Jakowlew gehörte zu jenen Vertretern der sowjetischen Führungsschicht, die schon vor dem endgültigen Zusammenbruch des Sozialismus den Glauben an die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit dieser Gesellschaftsordnung verloren hatten. Dabei ging es nicht um theoretische Argumente, vielmehr hatte die Praxis selbst plausible (wenngleich nicht unbedingt zwingende) Gründe für diesen Glaubensverlust geliefert. Im Falle von Jakowlew trat an die Stelle der alten Ideologie sehr bald eine neue: Inzwischen glaubt er an die segensreiche Wirkung von Privateigentum, freiem Unternehmertum und parlamentarischer Demokratie. Und er gibt auch eine Erklärung dafür, warum sich die neuen Verheißungen in Russland noch nicht erfüllen konnten: Die nachwirkende Macht des »Bolschewismus« sei das Haupthindernis auf dem Wege des Fortschritts. Mit seinem Rückblick will der Autor offenbar dazu beitragen, Geist und Mentalität des »Bolschewismus« endgültig zu überwinden. Diese innerrussische Konstellation prägt nicht nur die Tendenz, sondern

auch die Tonart des Buches, es ist Kampfschrift und Beichte, moralische Anklage und Selbstrechtfertigungsversuch. So ist ein Text entstanden, der mit seinem Pathos und seiner Emotionalität bezeichnend sein mag für die geistige Auseinandersetzung im nachsozialistischen Russland, doch für einen um historisches Verständnis der sowjetischen Geschichte bemühten Leser ist diese Art der Darstellung – gelinde gesagt – nicht sehr anziehend.

Mit leidenschaftlichen Worten beklagt der Autor den realen Verlauf der russischen Geschichte. Seine Wunsch-Alternative zur Oktoberrevolution und der nachfolgenden Entwicklung wäre eine friedliche, demokratische kapitalistische Modernisierung gewesen, wie er sie im Programm der Stolypinschen Reformen konzipiert sieht. Dieses Ideal ist für ihn der Bewertungsmaßstab für die historische Realität. Dabei gerät freilich das Wunschdenken des Politikers immer wieder mit dem Wissen des Historikers in Widerspruch. Denn natürlich kennt der Autor die Gründe für das Scheitern der Stolypinschen Reformen und er muss auch einräumen, dass die Februarrevolution von 1917 keine der Massenforderungen erfüllte. Doch dass die tiefgehende Entfremdung zwischen »Gesellschaft« (den Oberschichten) und »Volk« im vorrevolutionären Russland der Oktoberrevolution eine objektive Basis verliehen haben könnte, diesen Schluss mag der Autor nicht ziehen. Statt dessen beklagt er den Mangel an Vernunft und Besonnenheit in der Geschichte. Dabei hätte die historische Erfahrung, dass Demokratie und Marktwirtschaft unpopulär sind, wenn gravierende soziale Probleme ungelöst bleiben, durchaus auch einen gewissen aktuellen Wert.

Der Zeit zwischen Oktober 1917 und Stalins Tod 1953 widmet der Autor ein Kapitel von 140 Seiten. Er unterscheidet hier nicht zwischen einzelnen Phasen, sieht keine Entwicklungen, für ihn ist alles ein und dasselbe: »russischer Faschismus«. Das Verhängnis beginnt bereits mit Lenin – ein »blutrünstiges Ungeheuer« (S. 39), Stalin war nur sein getreuer Schüler. Die Diktion verrät schon, worum es dem Autor geht: er will entlarven, anprangern, verdammen. Und es fällt ihm nicht schwer, aus der sowjetischen Geschichte entsprechende Tatsachen und Dokumente aus-

zuwählen: der »Krieg gegen Kinder« (S. 168 ff.), die Bekämpfung andersdenkender Sozialisten (S. 176 ff.), die Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern (S. 181 ff.), die Überwachung und Unterdrückung der Intelligenz (S. 193 ff.), der »Terror gegen alle Religionen« (S. 228), die Zwangsumsiedlungen ganzer Völkerschaften (S. 252 ff.) u. a. So ergibt sich eine bedrückende Anklageschrift, aber kein Bild der realen Geschichte. Wer etwas von dieser Geschichte begreifen will, ohne ihre grausigen Tatsachen verdrängen oder verleugnen zu wollen, der wird sich anderen Quellen zuwenden müssen. Zum Verständnis dieses Kapitels ist noch ein persönlicher Umstand zu beachten: Der Autor leitet seit Jahren die Kommission zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repression; kaum einer dürfte so viel über die düstersten Seiten der sowjetischen Vergangenheit wissen wie er. Und er muss erleben, wie sich die Gesellschaft gegen dieses Wissen sperrt, wie sich erneut das Bedürfnis nach einer ungetrübten, »heroischen« Vergangenheit breit macht.

Mehr als die Hälfte des Buches ist den Jahrzehnten zwischen Stalins Tod und dem Ende der UdSSR gewidmet. 1953 war Jakowlew Instrukteur im ZK der KPdSU geworden, die Zeit unter Nikita S. Chruschtschow erlebte er also im Umfeld der obersten Führung. In diesen Jahren wurde zum ersten Mal ein historisches Dilemma deutlich: Das unter Stalin geschaffene System bedurfte dringend der Reform, aber jeder ernsthafte Reformschritt bedeutete zugleich eine Gefährdung des Systems. Chruschtschow selbst hatte offenbar eine begrenzte Sicht auf seine historische Aufgabe und meinte, mit der »Entthronung« Stalins das Nötige zur Belebung der erstarrten Gesellschaft getan zu haben. Umso hilfloser stand er den widersprüchlichen Folgen gegenüber. Bei dem Autor dreht sich auch alles um die Frage, ob die Nomenklatura bereit war, sich von der stalinistischen Vergangenheit zu distanzieren oder nicht. Im Allgemeinen bietet er dazu nicht viel Neues, aber immerhin: Seine Darstellung der Machtkämpfe und seine Erlebnisberichte geben eine genauere Vorstellung von der Atmosphäre und den Umgangsformen im Milieu der politischen Führung. Bezeichnend in dieser Hinsicht dürfte das Schicksal von Georgi K. Shukow gewesen

sein (S. 323 ff.). Der Autor kommentiert diese Verhältnisse mit moralischer Empörung, das eigentlich Verhängnisvolle war aber, dass das System keine institutionellen Formen für einen produktiven Wettbewerb in den oberen Etagen der Macht geschaffen hatte.

Bis zu seinem Wechsel auf den Botschafterposten in Kanada 1972 blieb Jakowlew unter Leonid I. Breschnew in der Propaganda-Abteilung des ZK, er stieg sogar auf und war vier Jahre lang de facto Abteilungsleiter. Was der Autor aus erster Hand berichten kann, bezieht sich also auf den Ideologiebereich. Interessant sind auch hier wieder vor allem die Einzelbeobachtungen. Da sind zunächst seine Erfahrungen als Redenschreiber für Breschnew (S.359 ff): Man fragt sich nach diesem Bericht, welche Funktion diese Reden eigentlich noch hatten, denn bewegen sollten sie offenbar nichts mehr. Auch erfährt der Leser einiges über die Hintergründe von kritischen Beiträgen, die ausnahmsweise in der Presse erschienen (S. 368 ff, 382): Unter Nutzung von Rivalitäten im Apparat konnten schlimme Konsequenzen für die Autoren mitunter abgewendet werden. Schließlich beschreibt der Autor den Kampf entgegengesetzter Strömungen in den Zeitschriften (S. 373 ff). Er sieht darin eine Ersatzbühne für den schwebenden innerparteilichen Konflikt um die Frage, ob man die Linie des 20. Parteitages fortsetzen oder rückgängig machen soll. Die Darstellung lässt ahnen, was hinter der Fassade der offiziellen, entleerten Ideologie in den Köpfen der Menschen tatsächlich vor sich ging. Da die Führung nichts entschied, sich zu keiner Richtung offen bekennen wollte, verlor der Parteiapparat nach und nach die Kontrolle über das geistige Leben (S. 379). Zwar konnte die Partei noch überwachen und reglementieren, verbieten und strafen, doch die geistigen Grundlagen der Macht unterlagen einer zunehmenden Erosion. Und diese Erosion nahm in dem Maße zu, wie konservative, reformfeindliche Kräfte in der Parteiführung die Oberhand gewannen. Als Jakowlew in einem eigenen Pressebeitrag Stellung gegen Nationalismus und Großmachtchauvinismus bezog, erregte er Breschnews Unmut und wurde als Botschafter nach Kanada abgeschoben.

Über ein Drittel des Buches behandelt die Zeit nach 1985, also der Periode, die als Um-

gestaltung (Perestrojka) des Systems begann und mit dessen Zusammenbruch endete. Hier berichtet der Autor als prominenter Akteur des Geschehens; aber auch hier gibt er keinen systematischen Überblick, liefert keine Geschichte, setzt vielmehr beim Leser die Kenntnis der wichtigsten Zusammenhänge voraus. Und natürlich berichtet er aus seiner Sicht, unterbreitet seine Version der Ereignisse. Demnach sei es im Wesentlichen um einen Machtkampf gegangen, denn jede ernsthafte Reform habe die Machtposition des Apparats antasten müssen, so dass von Seiten der Nomenklatura mit entschiedenem Widerstand zu rechnen gewesen sei. Dieser Widerstand hätte nur dadurch gebrochen werden können, dass einerseits die Öffentlichkeit, die Gesellschaft mobilisiert, andererseits von der Spitze aus Druck gemacht wird. Durch Glasnost habe es tatsächlich die ersten Schritte zu einer Kontrolle der Macht von unten gegeben. Als der durch die Ankündigungen der Parteispitze ohnehin schon verunsicherte Apparat dadurch in Bedrängnis geriet, sei die Nomenklatura zum organisierten Widerstand übergegangen. Sie habe nun die Reformen systematisch sabotiert, Panik verbreitet und Provokationen organisiert, um ein Antireform-Klima im Land zu erzeugen und einen Putsch vorzubereiten, der dann im August 1991 tatsächlich inszeniert worden sei. Michail Gorbatschow habe zu lange der Illusion angehangen, die Reform im Konsens mit den obersten Machträgern durchführen zu können, habe es deshalb versäumt, sich in der entscheidenden Phase auf die demokratischen Kräfte zu stützen und diese zu mobilisieren, auch habe er seine Macht als Präsident nicht zur Brechung des Widerstands der Reformgegner eingesetzt. Der August-Putsch sei zwar gescheitert, doch auf Grund dieser Versäumnisse sei es der Nomenklatura gelungen, wichtige Machtpositionen in die nachsowjetische Zeit hinüberzueretten. Soweit – kurz zusammengefasst – die Version des Autors.

Jakowlews Zeitzeugenbericht ist zweifellos eine wichtige Quelle, um die Dramatik dieses Geschehens rekonstruieren zu können, auch wenn die Subjektivität und Einseitigkeit seiner Darstellung unverkennbar ist. Da ist die mangelnde Differenzierung innerhalb der Nomenklatura, immerhin war die Initiative zur Re-

form von Teilen der Führungsschicht ausgegangen. Wie war die spätere »Einheitsfront« der Reformgegner zustande gekommen? Und ist es nicht ein altbekanntes, daher »verdächtiges« Erklärungsmuster, alle Schwierigkeiten des Reformprozesses auf die Sabotage seiner Gegner zurückzuführen? Gab es nicht gravierende konzeptionelle Mängel im Programm der Perestrojka? Warum war es nicht gelungen, die Menschen außerhalb des Apparats für die Umgestaltung zu gewinnen? Ist das nur mit der Propaganda der Reformgegner zu erklären? Und mit welchen Mitteln hätte Gorbatschow als Präsident den Widerstand im Apparat gegen die Reform brechen sollen, wenn er sich an die neugeschaffenen demokratischen Prozeduren halten wollte? Solchen Fragen weicht Jakowlew aus oder er belässt es bei sehr allgemeinen Auskünften. Wahrscheinlich ist das nicht zufällig; denn seine neue, neoliberale Ideologie liefert ganz einfache Lösungen für komplexe Probleme, und wenn es in der Realität nicht so einfach und so schnell geht, dann kann es nur am Widerstand oder an der Trägheit von Personen liegen, die nicht so rasch und so gründlich wie der Autor die Last der Vergangenheit abgeschüttelt haben.

Bei einem Blick über Russland hinaus konnten bereits um die Jahrhundertwende (also zur Entstehungszeit vorliegenden Buches) ernsthafte Zweifel aufkommen, ob die sich weltweit zusammenballenden Probleme mit den Rezepten einer neoliberalen Ideologie gelöst werden können. Der Zusammenbruch des Sozialismus konnte solche Zweifel nur zeitweilig überdecken. Angesichts dieser Ratlosigkeit zu Beginn des neuen Jahrhunderts wirkt Jakowlews Buch mit seinem Glaubenseifer und seiner selbstgewissen Unterscheidung zwischen gut und böse insgesamt etwas antiquiert. In seinen Vorzügen wie in seinen Schwächen ist es allerdings ein aufschlussreiches Zeitdokument für die Untergangsgeschichte des Sozialismus sowjetischer Prägung.

ROLF SEMMELMANN

## Reflecting on Godwin

William Godwin (1756-1836), an English contemporary of the French Revolution first published his work »An enquiry concerning political justice« in the year 1793 in London – a text that has appeared in German translation in its entirety for the first time this year. The editor, Hermann Klenner – a well known expert in the philosophy of Law – has compiled some topical maxims for UTOPIE kreativ.

## DETLEF NAKATH, GERD RÜDIGER STEPHAN 15 Years ago: A split with »Stalinism as System«

The Party of Democratic Socialism, which originated during the Autumn Revolution of 1989, is the focal point of the book under discussion. In this contribution the authors concern themselves with the dramatic events during these days. The collective abdication of the leaders of the SED, the temporary study group which replaced the fallen SED leadership and the special party conference from which the PDS emerged, are all dealt with.

## MARIO KESSLER The Rise and Fall of State Socialism. Helmut Bock's Documentation

Helmut Bock is an intellectual typical of the PDS in the first years of its existence. This collection of essays deals with the main topics of his research: German writers in 19th century Paris, such as Heinrich Heine; reflections on the Revolutions of 1789, 1848 and 1917-1918; the relevance of utopian thinking from the French Revolution to the present and the disputed place of the GDR in the history of German socialism. Correspondence with the West German historian Wolfgang Mommsen focuses on historians' responsibility in the struggle for democracy. Mommsen, while criticising his East German colleagues for their failure to deal with the crimes of Stalinism, omits the fact that West German historians of his generation never dealt with the Nazi past of their own academic teachers.

## ANDRÉ BRIE Strategic consequences of the PDS election campaigns in 2004

The author is a member of the European Parliament (PDS) and was a leading election campaigner of his party for many years (1990-1999, 2003/2004). After having failed to reach the 5% hurdle in the Federal elections of 2002, the party experienced a come-back in 2004 having already been declared dead by many. Brie analyses the reasons for this and shows that the hardest problems for the PDS are still to come. His thesis states that the PDS only has a future if it plays a decisive role in the formation of a left movement in Germany.

## GESINE LÖTZSCH The future of concrete policies

The author is a member of the PDS and one of the two members of the Bundestag who succeeded in being elected into Parliament. In this contribution she holds up a mirror to her own party and demands that an honest analysis and open debate take place. In her political analysis, the Member of Parliament is confronted again and again by the problem that the PDS hardly formulates tangible goals and thereby lacks appeal. The author makes concrete suggestions by the use of several examples which prey on the minds of many people in Germany.

CHRISTINE OSTROWSKI

## The PDS and its proximity to the citizen

The author is amongst the most distinguished politicians of the PDS; between 1998 and 2002 she was a member of the Bundestag and speaker for housing policy in her party. In Saxony during the 1990's, she initiated diverse projects by which people directly experienced politician's help. The author emphasises the need for a left politics which voices the interests of large parts of the population. She turns her back on the opinion prevalent within the PDS that left-wing politics should above all serve the interests of the left.

CLAUDIA GOHDE

## Riding the tiger. On dealing with the organisational dilemmas within the PDS

The author is advisor for party development within the party executive of the PDS. Her contribution is in response to an article which appeared in the October edition of UTOPIE kreativ. (Ruth Frey, Helmut Wiesenthal: political party as learning organisation). She discusses the various contradictions within which a left-wing party must manoeuvre nowadays and pleads for an open learning process within the party in order to avoid the kinds of conflicts which paralyse the organisational process.

MICHAEL SCHUMANN

## Opposing right-wing extremism. A parliamentary speech

The author, who died in an accident in December 2002, was amongst the few strategic thinkers in the PDS. In his oppressive speech held in the Brandenburger Landtag in September 2000, which is printed here, Schumann strongly criticised the lax policies of the interior minister – a former general of the Bundeswehr – vis-à-vis right wing extremism. In particular, he criticised the CDU, ruling party in Brandenburg, for cultivating a xenophobic atmosphere and thereby encouraging right-wing extremism.

WILLIBALD JACOB

## Neo-liberalism and the Christian faith are incompatible. A word on Bishop Dr. Wolfgang Huber

The author, a theologian, was vicar of the protestant church in Berlin-Brandenburg and a development worker in India for several years. From 1994 to 1998 he was a member of the Bundestag for the PDS. He fiercely attacks leading officials of the Protestant church in Germany, as their criticism of neoliberalism is too reserved. Jacob calls for the coming together of Christians and the Political Left.

DORIS KATHEDER

## Sexy Competition. The promises of advertising in girls' magazines

The author examines adverts in well-known German girls' magazines, such as »Bravo girl!« and »Sugar«, especially the eye-catching visual presence of romantic and individualistic sexualisation. With reference to current post-colonial ethnic (or »multi-cultural«) eroticism, mass communication and pseudo-feminism, she illustrates the use of iconic symbols which underlie the promise of universal happiness in advertising.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,

ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,

JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €